

Moritz Mälzer

Ausstellungsstück Nation

Die Debatte um die Gründung des
Deutschen Historischen Museums
in Berlin



Reihe
**Gesprächskreis
Geschichte**
Heft 59

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

80 1925
2005
80 Jahre für
Soziale Demokratie

Gesprächskreis Geschichte

Heft 59

Moritz Mälzer

Ausstellungsstück Nation

**Die Debatte um die Gründung des Deutschen
Historischen Museums in Berlin**

Friedrich-Ebert-Stiftung
Historisches Forschungszentrum

Für meine Eltern

Herausgegeben von Dieter Dowe
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel.: 0228 – 883-473
E-mail: Doris.Fabritius@fes.de

© 2005 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn (-Bad Godesberg)
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2005

ISSN 0941-6862
ISBN 3-89892-371-1

Zum Geleit	5
1. Einleitung	7
1.1 Fragestellung und Ziele der Untersuchung	8
1.2 Gliederung des Quellenmaterials	11
2. Das Geschichtsmuseum als umstrittene erinnerungs- kulturelle Ressource	13
2.1 Kulturelles Gedächtnis und Erinnerungskultur	13
2.2 Geschichtspolitik und Politisierung der Erinnerung	17
3. Geschichte im Museum	19
3.1 Historische Museen in der deutschen Museumslandschaft	19
3.2 Vier Mal deutsche Geschichte im Museum	24
3.2.1 Das Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin	25
3.2.2 „1871 - Fragen an die deutsche Geschichte“ im Berliner Reichstag	29
3.2.3 Die Erinnerungsstätte für die Freiheits-Rewegungen in Rastatt	33
3.2.4 Das Historische Museum Frankfurt am Main	38
3.3 Große historische Ausstellungen und das Zeitphänomen Musealisierung	42
4. Die Kontroverse um das Deutsche Historische Museum	47
4.1 Die Berliner Debatte	48
4.1.1 Preußen-Ausstellung und wiedererwachtes Geschichtsinteresse in beiden deutschen Staaten	48
4.1.2 Zwei Konzepte für ein Museum	53
4.1.3 Ein Museum neben dem Gedächtnisort	63
4.1.4 Öffnung zur Diskussion: Ein Forum für Geschichte und Gegenwart	68
4.1.4.1 Zwischen Labor und Identitätsfabrik: Aufgaben des Geschichtsmuseums	71
4.1.4.2 Der VW-Käfer in der deutschen Geschichte: Sammlung und Vermittlung	77
4.1.4.3 Form folgt Funktion: Forum oder Museum	82

4.1.5	Bilanz der Berliner Debatte	87
4.2	Die Politisierung des Museumsprojektes	88
4.2.1	Bonn, Bitburg, Berlin: Zwei Geschichtsmuseen und der Umgang mit nationaler Geschichte	92
4.2.2	Die Geschichte wiederholt sich: Ein neuer Standort für das Museum	97
4.2.3	Die Konzeption des Museums	103
4.2.3.1	Das Gutachten der Sachverständigenkommission	105
4.2.3.2	Der Holocaust auf fünfzehn Zeilen: Die Kritik der Konzeption und der „Historikerstreit“	112
4.2.3.3	Das Scheitern einer Überarbeitung der Museumskonzeption	119
4.2.4	Eine unendliche Geschichte: Der Aufbau des Museums	125
5.	Resümee: Ein Geschichtsmuseum, das Geschichte macht	131
6.	Quellen- und Literaturverzeichnis	135
	Personenregister	144

Zum Geleit

„Nie geraten die Deutschen so außer sich, wie wenn sie zu sich kommen“: Moritz Mälzer zitiert das Wort von Kurt Tucholsky in der Einleitung zu seiner Studie über die erregten Debatten, die in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts der Errichtung eines Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin vorausgingen. Was der Autor, gestützt auf ein breites Quellenmaterial, darlegt, ist geeignet, Tucholsky recht zu geben.

Mit souveräner Sicherheit ordnet Mälzer sein engeres Thema in den größeren Zusammenhang des kollektiven Gedächtnisses und der Erinnerungskultur im geteilten Deutschland ein. Er läßt die großen historischen Ausstellungen der siebziger und achtziger Jahre - über Staufer, Wittelsbacher und Preußen - Revue passieren, ehe er sich dem Beratungs- und Diskussionsprozess zuwendet, den der Berliner Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker 1981 mit dem Vorschlag auslöste, ein Deutsches Historisches Museum in Berlin zu errichten. Die öffentliche Auseinandersetzung begann zwei Jahre später, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl der Berliner Initiative die Unterstützung des Bundes zugesagt hatte: Kritiker, unter ihnen Günter Grass und Jürgen Habermas, sahen in dem Projekt den Versuch, mit Hilfe eines nationalen Geschichtsmuseums eine konservative, ja apologetische Deutung der deutschen Geschichte durchzusetzen.

Was öffentliche Debatte, Expertenkommission und Hearings bewirkten, läßt sich bei Mälzer nachlesen. Er zeichnet die Bemühung von Historikern und Praktikern nach, eine innovative Museumskonzeption zu entwerfen und diese mit einer zustimmungsfähigen Version der deutschen Geschichte zu verbinden - ein Unterfangen, das fast der Quadratur des Kreises gleichkam. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Autor der tiefen Zäsur von 1989/90: Durch die „friedliche Revolution“ in der DDR und die Wiedervereinigung änderten sich die Rahmenbedingungen für das Vorhaben eines Deutschen Historischen Museums radikal. Erst durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde möglich, wovon die Fürsprecher des Projekts vor 1989 nicht einmal zu träumen gewagt hatten: die Unterbringung des DHM im ehemaligen Zeughaus Unter den Linden, das die DDR zum Sitz ihres Museums für deutsche Geschichte gemacht hatte.

Es ist eine facettenreiche und urteilsfreudige Untersuchung, die Moritz Mälzer mit seiner an der Humboldt-Universität zu Berlin angefertigten Magisterarbeit vorgelegt hat. Er zeigt, wie das 1994 eröffnete DHM wurde, was es heute ist. Der Autor leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Erforschung deutscher „Geschichtspolitik“ und Erinnerungskultur vor und nach der Überwindung der Teilung Deutschlands.

Berlin, im März 2005
Heinrich August Winkler

1. Einleitung

Im Herbst 2005 soll in Berlin das Deutsche Historische Museum seine Dauerausstellung eröffnen.¹ Rund 20 Jahre werden dann seit der Bekanntgabe seiner Gründung durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl vergangen sein. Die Diskussionen und Planungen zu diesem Museum gehen sogar noch weiter zurück, bis an das Ende der 1970er Jahre. Wenn der Besucher nun die zwei großen Stockwerke des Zeughauses Unter den Linden durchschritten hat, wird er ganz am Ende der Ausstellung einige Hinweise zur Entstehungsgeschichte dieses Geschichtsmuseums finden.² Möglicherweise wird dort auch eine Stiftungstafel aus Bronze stehen mit der Aufschrift: „Hier entsteht das Deutsche Historische Museum. Die Bundesrepublik Deutschland schenkt das Museum dem Land Berlin zum 750-jährigen Jubiläum der Stadt. 28. Oktober 1987.“ Während diese Stiftungstafel heute ein Ausstellungsstück in diesem Museum ist, war sie noch wenige Jahre zuvor im Spreebogen aufgestellt, quer gegenüber dem Reichstagsgebäude und exakt an der Stelle, wo heute der Neubau des Bundeskanzleramtes steht. Der italienische Architekt Aldo Rossi sollte dort einen Bau errichten, der nach den damaligen Plänen rund ein Drittel größer geworden wäre als die heutige Regierungszentrale und somit ausreichend Platz für ein groß angelegtes Panorama der deutschen Geschichte geboten hätte. Wo eigentlich Museumsbesucher die deutsche Vergangenheit besichtigen sollten, wird heute versucht, die Gegenwart zu gestalten.

Der Enthüllung dieser Stiftungstafel und der damit verbundenen Gründung war eine jahrelange und streckenweise erbittert geführte Auseinandersetzung über Sinn und Zweck eines nationalen Geschichtsmuseums vorausgegangen. Politiker aller Parteien äußerten damals unterschiedlichste Vorstellungen davon, ob so ein Museum

¹ Vorbemerkungen:

Alle Zitate sowohl aus Quellen als auch aus der Fachliteratur sind in ihrer originalen Schreibweise belassen worden und nicht den Regelungen der Rechtschreibreform angepasst worden. Die Formulierung des Obertitels geht auf eine Sammlung von Aufsätzen der Berliner Geschichtswerkstatt zurück: Geschichtswerkstatt Berlin (Hrsg.): Die Nation als Ausstellungsstück: Planungen, Kritik und Utopien zu den Museumsgründungen in Bonn und Berlin, Hamburg 1987. (=Geschichtswerkstatt, 11)

² So war zumindest die Planung Ende 2003, als die Dauerausstellung vom heutigen Generaldirektor, Prof. Hans Ottomeyer, am 3.12.2003 in ihren Grundzügen vorgestellt wurde.

überhaupt eingerichtet werden sollte und wie es aussehen könnte. Historiker und Museumsfachleute schrieben Gutachten, äußerten sich zur Darstellung deutscher Geschichte auf Anhörungen, veranstalteten eigens Podiumsdiskussionen und Tagungen. Auch die verschiedenen Medien berichteten rege von den Planungen im nicht nur in geographischer Hinsicht fernab gelegenen West-Berlin. Diese Debatte, deren Hauptteil in die Jahre 1982 bis 1987 fällt, war in vielerlei Hinsicht ein Seismograph für das Verhältnis der Gesellschaft der alten Bundesrepublik zur deutschen Geschichte - kurz vor der unerwarteten politischen Wiedervereinigung. Die deutsche Geschichte war damals ebenso umstritten wie die Form, in der man diese Geschichte in allen ihren Facetten überhaupt erinnern könnte.

1.1 Fragestellung und Ziele der Untersuchung

Die Kontroverse um das Deutsche Historische Museum in Berlin hat als Untersuchungsgegenstand der historischen Forschung zwar wiederholt Interesse gefunden, doch soweit Darstellungen sich mit der Debatte befasst haben, behandelten sie diese stets im Zusammenhang mit dem so genannten Historikerstreit. Zwar sind Überschneidungen zeitlicher, inhaltlicher und auch personeller Art zwischen beiden Auseinandersetzungen zu konstatieren, aber die Anfänge des Museumsprojektes und der sich darum rankenden Auseinandersetzung gehen doch wesentlich weiter zurück.

Die Schwerpunkte dreier bisheriger Untersuchungen, die sich jeweils kurz nach dem Historikerstreit - und übrigens alle mit der Perspektive von außerhalb Deutschlands - mit dem Museumsprojekt beschäftigt haben, sollen kurz vorgestellt werden. Charles Maier widmete der Museumskontroverse ein Kapitel seiner 1988 erschienenen Monographie *The Unmasterable Past*.³ Maier teilte die Kontroverse um das Museum darin in zwei Ebenen auf, indem er die Diskussion der Historiker, Kunsthistoriker und Museumsexperten, die sich in der Sachverständigenkommission der Bundesregierung mit dem Aufbau des Museums befassten, trennte von der Ebene der öffentlichen Diskussion. Diese Separierung diente Maier dazu, sich auf die internen Auseinandersetzungen der Sachverständigenkommission zu konzentrieren, die

³ Charles S. Maier: *Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen*, Frankfurt/Main und New York 1992, orig. 1988: *The Unmasterable Past*.

sich in der ersten Fassung des Gutachtens spiegeln. Er skizzierte, wie die von Mitgliedern der Kommission - die seiner Bewertung nach ihre Aufmerksamkeit mehr auf die Planung der Architektur als die Darstellung der Geschichte richteten - vertretenen rivalisierenden historischen Schulen zu einer komplizierten Konsenslösung führten. Ein gewisses „Insiderwissen“ schien diese Analysen zu stützen, wobei er seine Quellen nicht preisgab. In Bezug auf die zweite Ebene der öffentlichen Kritik stellte Maier heraus, dass die Trennlinie zwischen Gegnern und Befürwortern des Museumsprojektes nicht entlang ihrer Parteipräferenzen und auch nicht identisch zur Aufstellung der Teilnehmer des „Historikerstreits“ verlief. In einem Nachtrag zur 1992 erschienenen deutschen Übersetzung seines Buches stellte Maier rückblickend dann die pointierte und häufig zitierte These auf, dass es sich bei der Museumskontroverse um eine Ersatzdebatte der Intellektuellen der Bonner Republik gehandelt habe, in der das Museum als Allegorie einer nicht mehr vorhandenen Nation fungiert habe. 1989 sei dann aber das „Vaterland“ unerwartet schnell aus dem Museum in die Gegenwart zurückgekehrt.

Zeitgleich zu Maier publizierte Mary Nolan einen Aufsatz über die Position der Sozialgeschichte im Historikerstreit, in dem sie sich am Rande mit der Museumskontroverse beschäftigte.⁴ Das Museumsprojekt in Berlin war nach ihrer Analyse primär eine Reaktion konservativer Politiker und Intellektueller auf die Bewegung der regional und lokal seit Anfang der 1980er Jahre agierenden Geschichtswertstatt-Bewegung, denen auf nationaler Ebene eine Initiative entgegen gesetzt werden sollte. Die jahrelange Debatte um das Geschichtsmuseum reduzierte sie auf den zentralen Streitpunkt, ob die kritische Konfrontation der Bürger mit der gesamten Geschichte gefördert oder aber die eher affirmative Bildung einer nationalen Identität unterstützt werden sollte, wobei sie ihre Argumentation allerdings kaum durch Belege abstützte. Als Beatrice Heuser etwas später ihre Beobachtungen zu *Museums, Identity and Warring Historians* veröffentlichte, lag bereits ein umfangreicher Quellenband mit Dokumenten zur Debatte vor.⁵ Von dem damit leicht verfügbaren Bestand an Materialien hat Heuser jedoch so gut wie keinen Gebrauch gemacht. Sie konzentrierte

⁴ Mary Nolan: The Historikerstreit and Social History, in: *New German Critique*, 44 (1988), S. 51-80.

⁵ Beatrice Heuser: *Museums, Identity and Warring Historians on History in Germany*, in: *The Historical Journal* 33 (1990), S. 417-440. Der Dokumentenband unten in Anm. 7.

sich hinsichtlich der Museumskontroverse in ihrem streckenweise recht polemischen Aufsatz vor allem auf die Frage der Identitätssuche, die ihr, aus dem Ausland betrachtet, sehr sonderbar anmutete (wobei ihr Tucholskys Sentenz „Nie geraten die Deutschen so außer sich, wie wenn sie zu sich kommen“ offenbar nicht geläufig war). Gemeinsam ist allen drei Untersuchungen, dass sie vom umfangreichen Bestand an Quellen wenig bis gar keinen Gebrauch machten, sondern sich vor allem auf die beiden Berichte der Sachverständigenkommission von März 1986 und Mai 1987 stützten und, wie bereits erwähnt, noch sehr stark unter dem Eindruck des Historikerstreits argumentierten.

Mit dem inzwischen gewonnenen zeitlichen Abstand von rund eineinhalb Jahrzehnten scheint es sinnvoll, sowohl das Spektrum auszuwertender Quellen als auch die Fragestellung breiter anzulegen, als dies bisher geschehen ist. Deshalb soll im Rahmen dieser Untersuchung die Vorgeschichte insbesondere der 1970er Jahre einbezogen werden, gerade was die dem Berliner Projekt vorangehenden Versuche der Ausstellung von Geschichte anbelangt. Auch angeregt von Nolans These soll die Frage weiterverfolgt werden, wie sich diese früheren Projekte im Hinblick auf Affirmation oder kritische Konfrontation mit Geschichte verhalten und welche Veränderungen hier in einem sehr überschaubaren, doch zugleich auch dynamischen Zeitraum zu beobachten sind. Ein Aspekt der bisher nicht beachtet wurde und hier ganz besonders im Vordergrund stehen soll, ist die Rolle der Historiker in Bezug auf Entwicklung und Gestaltung der Darstellung von Geschichte im Museum, auch unter den verschärften Bedingungen unterschiedlicher Erwartungshaltungen von Seiten der Politik. Dieser Frage - und dem Interesse an ihr - liegt die Beobachtung zu Grunde, dass nur wenige Historiker Museen und Ausstellungen so sehr als ihre Arbeitsstätten verstehen wie Bibliotheken und Archive. Abgesehen von einem neuen Arbeitsfeld, ergibt sich in diesem Bereich für Geschichtswissenschaftler sowohl die Chance, über ein anderes Medium für ihre Arbeit zu werben, als auch eine gewisse soziale Verpflichtung von Wissenschaft, nämlich Erkenntnissuche im Auftrag der Gesellschaft zu betreiben und die Ergebnisse zu deren Nutzen zu vermitteln. Kurzum, die Museumsidee und die Auseinandersetzung mit diesem Medium soll stärker in den Vordergrund gerückt werden, als dies bisher der Fall war. Es soll das Wechselverhältnis untersucht werden, in dem das zeitgenössische Interesse/Desinteresse an der Ausstellung von Geschichte zur Instrumentalisierung desselben für bestimmte Zwecke stand.

Nach Methode und Gegenstand ist die vorliegende Untersuchung also sowohl einem ideen- als auch einem historiographiegeschichtlichen Ansatz verpflichtet. Auf diese Weise, und darin liegt nicht zuletzt der innovative Anspruch, verfolgt sie den Weg von der Idee mit ihren komplexen Kontexten und Diskursen bis hin zur konkreten Umsetzung. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Rolle der Historiker bei der Planung und Gestaltung der Institution Museum und dem Medium Ausstellung.

1.2 Gliederung des Quellenmaterials

Die Debatte um ein Deutsches Historisches Museum spielte sich an zahlreichen öffentlichen und halböffentlichen Orten ab. Aus diesem Grund ist auch das Spektrum der ausgewerteten Quellen breit angelegt: Zu den schriftlichen Quellen, die analysiert werden, gehören Tages- und Wochenzeitungen ebenso wie Beiträge in Zeitschriften oder Monographien. Zeitungsartikel liegen für den Hauptteil der Kontroverse allerdings in so großer Zahl vor, dass nur eine kleine Auswahl Verwendung finden konnte.⁶ Während in Bezug auf die Printmedien im ersten Abschnitt des Hauptteils wegen der lokalen Beschränkung der Diskussion (Kapitel 4.1) die Berliner Morgenpost als Leitmedium und Forum der Debatte fungiert, ist im zweiten Abschnitt der auf die gesamte bundesrepublikanische Öffentlichkeit erweiterten Diskussion (Kapitel 4.2) keine Konzentration der Kontroverse in einer einzelnen Zeitung auszumachen. Vielmehr widmeten liberale wie konservative Blätter der Auseinandersetzung gleichermaßen Aufmerksamkeit, was das breite gesellschaftliche Interesse an diesem Thema belegt. Außerhalb der Zeitungen sind auch Stellungnahmen und Beiträge der unterschiedlichen Akteure in Fachzeitschriften, Aufsatzsammlungen und Monographien von Bedeutung. Ebenfalls herangezogen werden, für die politische Dimension, Debatten des Berliner Abgeordnetenhauses und des Bundestages, sowie separat vorgenommene Stellungnahmen der Parteien, etwa in Pressemitteilungen.

Der Schwerpunkt bei der Analyse des Quellenmaterials liegt jedoch auf den zahlreichen Hearings und Diskussionsveranstaltungen, die von Parteien und Kommissionen organisiert wurden. Diese Debatten,

⁶ Die Recherche über entsprechende Indizes und Ausschnittsammlungen erbrachte rund 280 Artikel aus deutschsprachigen Zeitungen, die in der Konzentration auf Berichterstattung oder Kommentar variieren.

die als Protokolle vorliegen, können wie kein anderes Medium Gestalt und Form der Debatte spiegeln, da sie Rede und Gegenrede der Akteure zugleich abbilden und damit übrigens auch eine außerordentlich spannend zu lesende Quelle darstellen. Die ersten dieser Anhörungen sind vom Berliner Kultursenator schon 1983/84 veröffentlicht worden, wobei diese Publikationen zusätzliche Quellen wie Denkschriften und Medienecho enthalten. Nach diesem Vorbild wurde 1988, nach Gründung des Deutschen Historischen Museums, ein sehr umfangreicher Dokumentenband zur Kontroverse um das Museum von dessen Gründungsdirektor herausgegeben.⁷ Dieser Band enthält einen Großteil der Denkschriften und Gutachten, Protokolle von Anhörungen der Sachverständigenkommission und Parteien sowie Ansprachen von Politikern auf Bundes- und Landesebene. Durch diesen voluminösen Dokumentenband ist bereits zeitnah zur Debatte ein umfangreicher Bestand an Dokumenten für die Auswertung greifbar geworden, der - wie bereits erwähnt - von der Forschung bislang (vielleicht wegen seines abschreckenden Umfangs) nahezu gar nicht genutzt worden ist. Diese Materialien ergänzend, wurden drei Hintergrundgespräche mit an der Debatte beteiligten Akteuren geführt, denen an dieser Stelle für ihre freundlichen Auskünfte herzlich gedankt sei. Zu diesen gehörte der damalige Sekretär der Sachverständigenkommission und heute im Museum beschäftigte Dr. Hans-Martin Hinz, der Gründungsdirektor des Museums Dr. Christoph Stölzl, sowie der Historiker Prof. Dr. Jürgen Kocka, Mitglied der damaligen Sachverständigenkommission sowie des heutigen wissenschaftlichen Beirats.⁸

⁷ Christoph Stölzl (Hrsg.): Deutsches Historisches Museum. Ideen, Kontroversen, Perspektiven, Berlin 1988.

⁸ Die Interviews fanden statt: 5. März 2004 mit Dr. Hans-Martin Hinz, 9. März 2004 mit Dr. Christoph Stölzl, 19. April 2004 mit Prof. Dr. Jürgen Kocka.

2. Das Geschichtsmuseum als umstrittene erinnerungs-kulturelle Ressource

Gesellschaften erinnern sich und sie streiten sich um ihre Erinnerung. Mit der Aufbewahrung ihrer Geschichte sind sie ebenso beschäftigt wie mit der Konstruktion dieser aufzubewahrenden Geschichte. Beide Verhaltensweisen, der Vorgang der Erinnerung und die Auseinandersetzung um deren Inhalte, beschäftigen seit den 1990er Jahren einen sich kulturwissenschaftlich öffnenden Teil der Geschichtswissenschaft und benachbarte Disziplinen. Die Untersuchung der Debatte um das Deutsche Historische Museum als Kontroverse um ein Museum als erinnerungskulturelle Ressource profitiert von den Fragestellungen und Erkenntnissen der Erinnerungskultur und der Geschichtspolitik, denn beide Felder überschneiden sich an genau diesem Punkt: Der Frage nach Institutionalisierung und Instrumentalisierung von Geschichte. Deshalb soll zunächst ein Überblick über Annahmen und Fragestellungen beider Forschungsfelder das Thema verorten.

2.1 Kulturelles Gedächtnis und Erinnerungskultur

Die gegenwärtige kulturwissenschaftliche Forschung zum Bereich gesellschaftlicher Erinnerungsarbeit und „Gedächtnisgeschichte“⁹ geht davon aus, dass es sich bei der Vergangenheit, die eine Gesellschaft erinnert, um ein soziales Konstrukt handelt. Vergangenheit entsteht in der Erinnerung an sie. Die Argumentation für diese soziale Bedingtheit des gesellschaftlichen Gedächtnisses basiert wesentlich auf dem seit Mitte der 1980er Jahre wiederentdeckten und seither stark rezipierten Werk des französischen Soziologen Maurice Halbwachs - insbesondere dessen 1950 posthum veröffentlichter Untersuchung *La mémoire collective*.¹⁰

⁹ Aleida Assmann und Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 33.

¹⁰ Dt.: Maurice Halbwachs: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt 1985. Außerdem ders.: *Les cadres sociaux de la mémoire*, Paris 1925, Dt.: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt 1985.

Von Halbwachs wird in erster Linie die Beobachtung übernommen, dass jedes individuelle Gedächtnis sozial bedingt sei.¹¹ Die Herausbildung und Erhaltung eines individuellen Gedächtnisses hänge vom Vorhandensein eines sozialen Bezugsrahmens ab. Dessen Erinnerungen entstünden durch Kommunikation und soziale Interaktion mit Kollektiven. Obwohl Kollektive kein eigenes Gedächtnis besäßen, bestimmten sie das ihrer Mitglieder, die wiederum in ihrer Gesamtheit kollektive Gedächtnisse bildeten. Individuelle Gedächtnisse existierten trotz ihrer prinzipiellen sozialen und kollektiven Bestimmtheit durch die je individuelle Kombination von Kollektivgedächtnissen.

Erinnerungsfiguren dieses sozial konstruierten Kollektivgedächtnisses werden aus Bildern und Begriffen verbunden und tragen nach Halbwachs drei wesentliche Merkmale. Erstens weisen kollektive Erinnerungsfiguren einen Zeit- und Raumbezug auf. Ihre Inhalte müssen in bestimmten zeitlichen Abständen wiederholt und aktualisiert werden, wie beispielsweise Feste im Verlauf eines Kalenderjahres, und zudem in einen räumlichen Erinnerungsrahmen einzuordnen sein. So ist „jede Gruppe, die sich als solche konsolidieren will, [...] bestrebt, sich Orte zu schaffen und zu sichern, die nicht nur Schauplätze ihrer Interaktionsformen abgeben, sondern Symbole ihrer Identität und Anhaltspunkte ihrer Erinnerung“¹² seien. Zweitens kann das Kollektivgedächtnis nicht übertragen werden, sondern zeichnet sich durch Gruppenbezug aus, ist also an eine bestimmte lebendige Gruppe gebunden. Daher prägen auch Wesensart und Werthaltungen einer Gruppe ihre Erinnerungen bzw. die Inhalte ihrer Erinnerungsgemeinschaft.¹³ Drittens trägt das Kollektivgedächtnis das Merkmal der Rekonstruktivität, womit der Vorgang permanenter Rekonstruktion der Vergangenheit im sich verändernden Bezugsrahmen der Gegenwart bezeichnet wird. Eine Gesellschaft erinnert also nach Halbwachs in jeder Epoche nur das, was sie im jeweiligen Bezugsrahmen rekonstruieren kann.

Dieses Konzept wurde in letzter Zeit erweitert durch die Überlegungen Jan und Aleida Assmanns zur Differenzierung des kollektiven

¹¹ Vgl. Jan Assmanns Synopse der von Halbwachs übernommenen Erkenntnisse in: ders.: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 3. Aufl., München 2000, S. 34-48.

¹² Jan Assmann, a.a.O., S. 39.

¹³ Für diesen Aspekt wurde kürzlich der Begriff „Geschichtsgefühl“ in die Diskussion eingebracht, vgl. Alexander Camman, Jens Hacke und Stephan Schlak (Hrsg.): *Geschichtsgefühl*, Berlin 2004.

Gedächtnisses in zwei „Vergangenheitsregister“.¹⁴ Aufbauend auf Halbwachs' Zuordnung von Gruppe und Gedächtnis beschreiben sie als Modi des Erinnerns ein kommunikatives sowie ein kulturelles Gedächtnis, die trotz aller möglichen Verschränkung doch idealtypisch unterscheidbar seien. Im so genannten kommunikativen Gedächtnis werden Erinnerungen bzw. Geschichtserfahrungen bewahrt, die sich auf einen relativ kurz zurückliegenden Zeitraum erstrecken. Das kommunikative Gedächtnis entspricht einem Generationengedächtnis, das mit dem Aussterben seiner Träger einem neuen Generationengedächtnis Platz macht. Es umfasst als gesellschaftliches Kurzzeitgedächtnis einen „durch persönlich verbürgte und kommunizierte Erfahrung gebildete[n] Erinnerungsraum“¹⁵, der üblicherweise nach etwa 40 Jahren endet. Ein weiterer Einschnitt erfolgt nach 80 bis 100 Jahren mit dem Ende des Drei-Generationen-Gedächtnisses als „Erfahrungs-, Erinnerungs- und Erzählgemeinschaft“¹⁶. Während das kommunikative Gedächtnis also auf sozialer Interaktion basiert, ist das so genannte kulturelle Gedächtnis dieser Alltäglichkeit enthoben. Es transportiert Erinnerungen und Erfahrungen über die Generationenschwelle hinweg und greift dabei auf externe Medien und Institutionen zurück. Zu diesen gehören Texte und Bilder ebenso wie Feste und Rituale oder Denkmäler und Museen. Das kulturelle Gedächtnis verfügt über spezialisierte Traditionsträger wie beispielsweise Priester, Künstler, Schriftsteller, Lehrer und Gelehrte, die solche Medien und Institutionen verwalten oder von ihnen zu verwaltendes Gut produzieren. Die Polarität beider Elemente der kollektiven Erinnerung, des kommunikativen und des kulturellen Gedächtnisses, hat Jan Assmann in zeitlicher Hinsicht mit dem Gegensatz zwischen Alltag und Fest sowie in sozialer Hinsicht mit dem Gegensatz zwischen der Allgemeinheit und einer wissenssoziologischen Elite verglichen. Mit dem Terminus „Gedächtnis“ zur Benennung der zwei Vergangenheitsregister ist offensichtlich kein organischer Zustand gemeint. „Gedächtnis“ soll begrifflich für eine Außendimension stehen, die Kommunikation und Tradition einer Gesellschaft speist, aber nicht in ihnen aufgeht. Doch wird die Verwendung des – ursprünglich neuronale Phänomene beschreibenden – Gedächtnisbegriffs für kultur- und poli-

¹⁴ Zahlreiche Publikationen der Assmanns seit 1986 behandeln das Konzept des „kulturellen Gedächtnisses“, am ausführlichsten: Jan Assmann (Anm. 11).

¹⁵ Ebd., S. 50.

¹⁶ So Aleida Assmann in: dies. / Frevert, a.a.O., S. 37.

tikgeschichtliche Untersuchungen kritisiert. Auch wenn die theoretischen Überlegungen der Assmanns zum kulturellen Gedächtnis auf Zustimmung stoßen, zieht eine Mehrheit der Geschichts- und Kulturwissenschaftler den Begriff „Erinnerungskultur“ vor. Zum einen betont dieser die kulturalistische Komponente gegenüber der biologisch-psychologischen¹⁷, zum anderen - so die Annahme - ließen sich weitere Aspekte des Untersuchungsfeldes Erinnerung, wie beispielsweise deren Öffentlichkeit, Demokratisierung oder Materialisierung, mit diesem Terminus besser erfassen. Statt vom kommunikativen/kulturellen Gedächtnis ist dann die Rede von kommunikativ/kulturell institutionalisierten und überlieferten Formen der Erinnerungskultur.¹⁸

Themen solcher um die öffentliche Erinnerungskultur zentrierten Untersuchungen sind die Medien und Institutionen, in denen sich die gesellschaftliche Erinnerungsarbeit konzentriert. Dazu gehören unter anderem Gedenktage, Jahrestage und politische Feste, Gedächtnisorte wie Ruinen, Denkmäler, Gedenkstätten und Museen ebenso wie biographische Dokumente, aber auch die Geschichtswissenschaften selber. Zur Popularität des Forschungsthemas „Gedächtnisorte“ hat maßgeblich das seit Mitte der 1980er Jahre betriebene Projekt des französischen Historikers Pierre Nora von den „Lieux de mémoire“ beigetragen. Nora beschrieb das Feld seiner Untersuchungsgegenstände mit Bezug auf die gegenwärtige gesellschaftliche Situation als „das, was eine Gemeinschaft, die bis in ihre Grundfeste in Wandel und Erneuerung hineingerissen ist, künstlich und willentlich ausscheidet, aufrichtet, etabliert, konstruiert, dekretiert und unterhält“¹⁹. Ein Deutsches Historisches Museum kann recht klar in diese Form der öffentlichen Erinnerungskultur eingeordnet werden, gleichwohl wird die zum Teil recht hitzig geführte Debatte um die Konzeption eines solchen Museums erst mit den Begrifflichkeiten von Jan und Aleida Assmann erfasst.

¹⁷ Hierzu Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München und Wien 1995, S. 25f.

¹⁸ Eine schematische Aufschlüsselung öffentlicher Erinnerungskultur in Reichel, a.a.O., S. 359.

¹⁹ Pierre Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990, S. 17f.; französ. Originalausgabe, Paris 1984.

2.2 Geschichtspolitik und Politisierung der Erinnerung

Mit Fragen der Erinnerung beschäftigt sich auch die Forschung zur Geschichtspolitik. Sie richtet ihr Hauptinteresse bei der Betrachtung der gesellschaftlichen Erinnerungsarbeit allerdings weniger auf die Formen und Institutionen der Erinnerung, sondern auf die politischen Akteure in diesem Feld. Untersucht wird die Auseinandersetzung um Geschichte als politisches Ereignis; die Konstruktion von Vergangenheit als solche ist nicht von Interesse, vielmehr geht es um die Instrumentalisierung der Vergangenheit, die Deutungshoheit über die Geschichte, die in pluralistischen Gesellschaften stets umkämpft ist. Geschichte als Politikum, also ihre Inanspruchnahme für Gegenwartszwecke, steht im Fokus dieses neuen Forschungsthemas, das im Hinblick auf den historischen Ort Bundesrepublik von Edgar Wolfrum Ende der 1990er Jahre untersucht worden ist.²⁰ Als Wortschöpfung hingegen stammt „Geschichtspolitik“ aus dem sogenannten „Historikerstreit“, der zeitlich in die zweite Phase der Kontroverse um das Deutsche Historische Museum fällt.²¹

So wie Kulturwissenschaftler in Bezug auf die Erinnerungsgeschichte versuchen, bestimmte Zeitmarken zu definieren, an denen sich der öffentliche Umgang mit Erinnerung ändert, hat auch die Forschung zur Geschichtspolitik bestimmte Einschnitte im Umgang mit Geschichte in der Bundesrepublik sowie der DDR hervorgehoben. In beiden Untersuchungsfeldern werden Entwicklungslinien gezeichnet, die sich zu einem gewissen Grad überschneiden. Aleida Assmann etwa hat die bundesrepublikanische Erinnerungsgeschichte in Bezug

²⁰ Definition des Themas nach: Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Phasen und Kontroversen, in: ders. und Petra Bock (Hrsg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, Göttingen 1999, S. 55-81. Auch: ders.: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt 1999, und ders.: *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001. Bereits vor Edgar Wolfrum: Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

²¹ Laut Henning Köhler die Wortschöpfung von Heinrich August Winkler und Christian Meier, vgl. Henning Köhler: *Geschichtspolitik*, in: *Merkur* 41 (1987), S. 73-77. Jüngst zum Bereich der Geschichtspolitik: Heinrich August Winkler (Hrsg.): *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004.

auf die nationalsozialistische Vergangenheit in drei Phasen eingeteilt, deren erste sie durch Beschweigen gekennzeichnet sieht. Als dieses Ende der 50er Jahre abnahm, begann eine zweite Phase, die der Kritik der Vergangenheitsbewältigung diene. Diese wiederum sieht Assmann um 1985 abgelöst durch eine Zunahme der öffentlichen Erinnerung, dabei standen „symbolisch-rituelle Zeichensetzungen und die Bedeutung der öffentlichen Medien immer mehr im Mittelpunkt.“²² Assmann teilt die nun folgende Erinnerungspolitik in zwei Richtungen auf, die sie mit den Überschriften der Vergangenheitsbewältigung und der Vergangenheitsbewahrung versieht. Auf diese Unterscheidung, die an einem hervorstechenden Ereignis des Jahres 1985 festgemacht wird, ist zurückzukommen (Kapitel 4.2.1).

Für die Geschichtspolitik hingegen, die natürlich ein breiteres Feld als nur den Umgang mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus beobachtet, hat Wolfrum ebenfalls unterschiedliche Phasen in der Entwicklung der Bundesrepublik ausgemacht, die feiner abgestimmt sind als jene Assmanns, weshalb sie hier nur angerissen werden können. Eine Zunahme geschichtlichen wie geschichtspolitischen Interesses wird in der zweiten Hälfte der 70er Jahre beobachtet (vgl. Kapitel 3.2 und 3.3), und zwar in beiden deutschen Staaten. Nach einem anfänglichen Geschichtsverlust beginnt nun der Aufbau teilstaatlicher Geschichtsbilder.²³ Am Ende der 70er Jahre wird nach der zuvor beobachteten Besinnung auf die Geschichte dann die Renaissance der deutschen Frage in den Vordergrund gerückt.²⁴ Eine neue Krisenstimmung wird zeitgleich konstatiert, die konservatives Denken fördert und dazu beiträgt, dass „Emanzipation“ als geschichtspolitisches Modewort von „Identität“ abgelöst wird. Ohne diese angenommenen Entwicklungslinien hier weiter zu präzisieren, sollen sie im Verlauf der Untersuchung stets als Hintergrund jener Bemühungen um die Ausstellung von Geschichte präsent bleiben.

Die für die vorliegende Untersuchung vorgenommene Verbindung der Fragen nach Erinnerungskultur und Geschichtspolitik liegt darin, wie Institutionalisierung und Instrumentalisierung der Erinnerung ineinander greifen. Der Erinnerungsträger Museum, dessen Wirkmächtig-

²² Assmann, in: Assmann/Frevert, a.a.O., S. 145.

²³ Vgl. Wolfrum: Geschichte als Waffe, a.a.O., S. 124

²⁴ Ausführlich zur Entwicklung der Idee der Nation: Florian Roth: Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969-1990), Baden-Baden 1995.

keit und Beständigkeit von Politikern offenbar hoch eingeschätzt wird, steht als umkämpfter Gegenstand im Mittelpunkt.

3. Geschichte im Museum

Versuche, deutsche Geschichte museal zu präsentieren, hat es seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder gegeben, sowohl von privater als auch von staatlicher Seite. Die verschiedenen Institutionen der Erinnerung waren dabei immer wieder umstritten, wie der folgende Überblick zeigen soll. Daneben waren die Intentionen der verschiedenen Museumsgründungen so unterschiedlicher Art wie das, was man unter dem Begriff des „historischen Museums“ verstand. Als Hintergrund der Pläne, im Berlin der 1980er Jahre Geschichte im Museum auszustellen - in einem „Deutschen Historischen Museum“ - soll die vorangegangene Entwicklung kurz zusammengefasst werden.

3.1 Historische Museen in der deutschen Museumslandschaft

Der erste nennenswerte Versuch zu einem historischen Museum wurde in Nürnberg mit dem Germanischen Nationalmuseum unternommen.²⁵ Dort baute Hans Freiherr von und zu Aufseß seit 1852 ein Nationalmuseum auf, nachdem kurz zuvor zwar nicht der Traum, wohl aber der Versuch zur Begründung einer deutschen Nation gescheitert war. Die Sehnsuchtsfigur der Germania gab dem neuen Museum, das in einem ehemaligen Kloster der alten Reichsstadt eingerichtet wurde, den Namen. Über dem Eingang befestigte man die Inschrift „Germanisches Museum Eigentum der Deutschen Nation“.²⁶ Damit sollte die

²⁵ Als die der Untersuchung zugrunde liegende Definition des Museums dient jene des International Council of Museums (ICOM): „A museum is a non-profit making, permanent institution in the service of society and of its development, and open to the public, which acquires, conserves, researches, communicates and exhibits, for purposes of study, education and enjoyment, material evidence of people and their environment.“ Vgl.: <http://icom.museum/statutes.html> (16.3.2004)

²⁶ Nach Gerhard Bott: Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg – ein nationales Museum?, in: Marie-Louise von Plessen (Hrsg.): Die Nation und ihre Museen, Frankfurt am Main u.a. 1992, S. 169-181, hier S. 175. Ausführlich: Bernward Denecke und Rainer Kahsnitz (Hrsg.): Das Germanische

Mission des Hauses unterstrichen werden, das gewissermaßen die ruhmreiche Erinnerung an das Heilige Römische Reich Deutscher Nation bis zu einer neuen Chance zur Verwirklichung politischer Einheit konservieren sollte. Entgegen der allumfassenden Sammlungskonzeption seines ehrgeizigen Gründers, die auch materielle und alltägliche Dinge einbezogen wissen wollte, beschränkte sich das Museum bald auf eine breite kunsthandwerkliche Sammlung mit dem Schwerpunkt Mittelalter, allerdings stets in europäischer Perspektive, da das Museum ja auch in seinem Namen nicht auf bestimmte politische Grenzen festgelegt war.²⁷

Als Gegenstück zur dieser bürgerlichen Initiative entstand seit 1855 in München als Projekt König Maximilians II. von Bayern das Bayerische Nationalmuseum. Nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 galt es, anders als im Nürnberger Fall, nicht den Traum der Einheit auszustellen. Vielmehr waren aus Sicht des bayerischen Monarchen Staatsintegration und Förderung eines bayerischen „Nationalgefühls“ das Gebot der Stunde. Dem entsprach auf kulturpolitischem Gebiet ein repräsentativer Museumsbau, der das speziell Bayerische in der Landesgeschichte demonstrieren sollte.²⁸ Um einer Verzögerung seines Plans durch langwierige Verhandlungen mit dem Landtag vorzubeugen, finanzierte der König das Museum kurzer Hand aus der eigenen Schatulle. Ab 1867 konnten die Münchener Museumsbesucher die Größe ihrer „Nation“ dann nicht nur an kunsthandwerklich exzellenten Stücken wie Gemälden und Skulpturen aus den königlichen Schlössern erkennen. Zusätzlich - das unterschied die Münchener Initiative von der Nürnberger - investierte der König große Summen in rund 150 Historienbilder, die einem Lehrbuch ähnlich das politisch-pädagogische Identifikationsprogramm des Museums illustrierten. Aber auch dieses Projekt entwickelte sich wenig später entgegen der Intention seines Gründers weg vom begehbaren Geschichtsbuch und hin zu Gebrauchskunst und Kunsthandwerk. Beiden Muse-

Nationalmuseum in Nürnberg 1852-1977. Beiträge zu seiner Geschichte, München 1978.

²⁷ Zur Popularisierung der Nürnberger Präsentation jüngst: Barbara Wolbring: Politisch motivierte Popularisierung im Fall des Germanischen Nationalmuseums, in: Carsten Kretschmann (Hrsg.): Wissenspopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel, Berlin 2003, S. 211-219.

²⁸ Vgl. Hubert Glaser: „...ein Bayerisch historisches Museum im weitesten Sinne des Wortes ...“, in: von Plessen, a.a.O., S. 181-190, hier S. 182f. Außerdem Peter Volk: Das Bayerische Nationalmuseum in München – Konstanztanz und Wandel, in: von Plessen, a.a.O., S. 191-199.

umsgründungen war gemein, dass Geschichte aufbewahrt und ausgestellt wurde, um ein Defizit kompensieren zu helfen: im einen Fall die fehlende Einheit der deutschen Nation und im anderen Fall die mangelnde Identifikation der Bürger mit ihrem Staat – zwei Motive, die mehr als ein Jahrhundert später wieder virulent werden sollten.

Neben den zwei Nationalmuseen in Nürnberg und München wurden zur gleichen Zeit zahlreiche kleinere Museen auf lokaler und regionaler Ebene gegründet, die ebenfalls mit der Bewahrung von Gegenständen aus der Vergangenheit befasst waren. Eine Mischung aus romantischer Kunstverehrung und nationaler Begeisterung beförderte diese Museumsentwicklung, so dass schon bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts rund 50 kulturhistorische Museen entstanden waren.²⁹ Im Gegensatz zu den Kunstmuseen, die in der Folgezeit zu streng wissenschaftlich gegliederten Galerien ausgebaut wurden und damit eher zur Abschreckung der Besucher beitrugen – so dass man bald unter museal oft verstaubt und leblos verstand –, waren die kulturhistorischen Museen meist Gründungen des Bürgertums und als solche stärker am Publikum orientiert. Allerdings fällt unter die Gruppenbezeichnung kulturhistorische Museen ein sehr breites Spektrum an Museen, das sich mit der Entwicklung verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen noch weiter auffächerte. Volkskunde- und Völkerkundemuseen entstanden neben Kunstgewerbemuseen und technischen Museen. Unter dem Begriff „historisches Museum“ verstand schließlich jeder etwas anderes, so dass der Volkskundler und Museologe Otto Lauffer 1907 feststellte: „Wenn man ein halbes Dutzend derartiger Museen besichtigt hat und man steht in der nächsten Stadt wieder vor einem ‚Historischen Museum‘, so kann man [...] noch keinen sicheren Schluß ziehen auf das, was wohl in diesem neuen ‚Historischen Museum‘ sich finden und wie es geordnet sein wird.“³⁰

Lauffer strebte eine Bestandsaufnahme samt Versuch zur Definition der „historischen Museen“ an, um einheitliche Grundlagen für deren Arbeit zu finden. Seine Zusammenfassung des institutionalen Entwicklungsstandes im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ist deshalb

²⁹ Hintergrund und Daten zur Entwicklung der kulturhistorischen Museen nach: Hans-Joachim Klein und Monika Bachmayer: *Museum und Öffentlichkeit: Fakten und Daten, Motive und Barrieren*, Berlin 1981 (=Berliner Schriften zur Museumskunde, Bd. 2).

³⁰ Otto Lauffer: *Das Historische Museum. Sein Wesen und Wirken und sein Unterschied von den Kunst- und Kunstgewerbe-Museen*, in: *Museumskunde* 3 (1907), S. 1-14, 78-99, 179-185 und 222-245, hier S. 2f.

von Interesse, weil sich damit die Markierung wichtiger Streitpunkte verbindet, die zum Teil in der Berliner Diskussion der 1980er Jahre wieder auftauchten – gewissermaßen als „Dauerbrenner“ der Auseinandersetzung um Geschichte im Museum. Lauffer versuchte Mindeststandards des historischen Museums festzulegen und unterschied es daher von verschiedenen konkurrierenden Einrichtungen. Im Gegensatz zum Archiv, das die Originalschriftquellen aufbewahrte, sollte das historische Museum die Realien sammeln und zur Schau stellen. Beide aber sollten ihre Sammeltätigkeit nur auf die eigene Region richten, was die historischen Museen zu diesem Zeitpunkt offenbar nicht taten. Die lokale Verwurzelung mache nämlich die Popularität der historischen Museen aus, so Lauffer, und „wer glaubt, ein den heutigen wissenschaftlichen Ansprüchen genügendes historisches Museum zuwege bringen zu können, welches [...] ganz Deutschland umspannen sollte, der überschätzt entweder die Leistungsfähigkeit des Museums, oder aber er unterschätzt die wissenschaftlichen Anforderungen, die wir an dasselbe zu stellen berechtigt sind.“³¹ Für zusätzliche Einschränkungen wollte er die Museen im Interesse ihres Erfolgs gewinnen. So war sein wichtigstes Anliegen die klare Unterscheidung des historischen Museums vom Kunstgewerbemuseum. Während letzteres Form und Material der Gegenstände betonten, sollte ersteres den typischen Zweck der Exponate in den Vordergrund rücken. Entweder die „Kulturdifferenz“³² oder der „Affektionswert“³³ als Erinnerungsstück qualifizierten seines Erachtens einen Gegenstand zum museumsfähigen Ausstellungsstück, nicht aber sein künstlerischer Wert. Während das Kunstgewerbemuseum international sammle, solle das Museum sich lokal beschränken. Und als dritte Unterscheidung solle sich das historische Museum im Gegensatz zum Kunstgewerbemuseum auf die Vergangenheit beschränken. Während letzteres durch das Sammeln „mustergültiger Werke der Gegenwart“ in die „Kämpfe des modernen Lebens“ eingreife, führe das historische Museum „sozusagen mehr ein beschauliches Gelehrtentdasein“³⁴. Alle drei Kriterien – die Definition eines historischen Gegenstandes, der

³¹ Ebd., S. 83.

³² Ebd., S. 11.

³³ Ebd., S. 13.

³⁴ Ebd., S. 89-92. Lauffers ausführliche Bemerkungen zur umstrittenen Frage der Ausstellbarkeit von Nachbildungen statt Originalen werden im Zusammenhang mit der Berliner Debatte aufgenommen, vgl. Kapitel 4.1.2 und 4.1.4.2.

Sammlungsradius sowie die Distanz zur Gegenwart – blieben in der Museumsszene langfristig umstritten. Lauffer schloss mit der retrospektiven Bewertung des Germanischen Nationalmuseums, das in Deutschland den Beginn des Historischen Museums markierte: Aufseß' Pläne hätten zwar auf wissenschaftlich unanfechtbaren Grundlagen aufgebaut. Gescheitert sei ihre praktische Durchführung aber deshalb, weil sie in kein gesundes Verhältnis zu einer lokalen Begrenzung des Arbeitsgebietes gebracht worden seien. Allzu bedauerlich sei das aber nicht, „heute, wo ganz Deutschland mit historischen Sammlungen übersät ist.“³⁵

In der Tat blieben historische Museen in Deutschland in den folgenden Jahrzehnten auf lokale und regionale Unternehmen beschränkt. Als Heimat-, Dorf-, Stadt- oder Landesmuseen bilden sie auch gegenwärtig noch ein Drittel aller Museen.³⁶ Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schien in Deutschland dann wieder der Bedarf nach Großprojekten auf nationaler Ebene zu bestehen. Den Anfang machte die DDR, deren Museum für Deutsche Geschichte ebenso vorzustellen ist wie die verschiedenen Versuche in der Bundesrepublik, die das Bedingungsfeld der Debatte um ein Deutsches Historisches Museum bildeten. Für die Situation der Bundesrepublik ist außerdem festzuhalten, dass die Institution Museum generell für mehr als zwei Jahrzehnte in einen Dornröschenschlaf gefallen war. Erst die 1970er Jahre schufen in mehrfacher Hinsicht die Voraussetzungen für die Debatte um ein Geschichtsmuseum. Zuerst musste das Museum als Element staatlicher Kulturpolitik und dessen Bedeutung als erinnerungskulturelle Ressource neu entdeckt werden.

So erfuhr das staatliche Engagement für Museen und Ausstellungen in der Bundesrepublik der 70er Jahre innerhalb kurzer Zeit eine deutliche Entwicklung hin auf eine zunehmende Wertschätzung des Mediums. Am Anfang des Jahrzehnts konnte noch keine Rede von einem „Museumsboom“ sein. Ganz im Gegenteil fühlte sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1971 noch verpflichtet, einen Appell unter dem Titel „Sofortprogramm für die deutschen Museen“ zu veröffentlichen. Das Engagement öffentlicher Hände für die bundesrepublikanische Museumslandschaft, so der Tenor des Aufrufs, sei außerordentlich verbesserungsfähig. Die bundesdeutsche Museumslandschaft der

³⁵ Ebd., S. 244.

³⁶ Strukturdaten der bundesrepublikanischen Museumslandschaft zum Zeitpunkt der Debatte um das Deutsche Historische Museum nach: Klein / Bachmayer, a.a.O., S. 38ff.

Nachkriegszeit hatte den Anschluss an die dynamische internationale Entwicklung verloren. Zu den zentralen Forderungen des Sofortprogramms gehörte neben der Fortsetzung des Wiederaufbaus immer noch kriegsbeschädigter Einrichtungen auch die Schaffung eines speziellen Forschungsinstituts für Museen. Eine detaillierte Bestandsaufnahme der westdeutschen Museumslandschaft durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft folgte drei Jahre später als „Denkschrift Museen“.³⁷ Darin wurde das Verhältnis von Museumswesen und Öffentlichkeit bereits als im Umbruch befindlich beschrieben. So sei zur selben Zeit einerseits ein verbreitetes Desinteresse der Öffentlichkeit und Kritik an veralteten Schausammlungen zu beobachten, andererseits jedoch eine Zunahme sowohl von Museen als auch Besuchern.³⁸ In Bezug auf die repräsentative Bedeutung sowohl von Museen und Ausstellungen bemerkte ein Autor dieser Denkschrift, dass dieses Potenzial nicht ganz vergessen worden sei: „Länder, Regionen und Gemeinden benutzen Sammlungen vor allem historischer Art zur Selbstdarstellung und Demonstration ihrer geschichtlichen und aktuellen Bedeutsamkeit.“³⁹ Am Ende des Jahrzehnts präsentierte sich die Museumslandschaft dann deutlich verändert: In Berlin war schließlich nicht nur - wie von der DFG acht Jahre zuvor gefordert – das mit Bundesmitteln finanzierte „Institut für Museumskunde“ eingerichtet worden. Spezialzeitschriften wie „Museum“, „Museum und Schule“ oder „Museumskunde“ wurden aufgelegt. Museen schienen in neuer Weise interessant geworden zu sein, nicht nur für Privatleute und Medien, sondern auch für die Politik.⁴⁰

3.2 Vier Mal deutsche Geschichte im Museum

Um den Hintergrund der späteren Kontroverse um ein nationales Geschichtsmuseum zu verstehen, sollen zunächst vier Museums- und Ausstellungsprojekte zur deutschen Geschichte vorgestellt werden, welche die Grundlage der späteren Diskussion bildeten. Auf Seiten der Bundesrepublik fielen gleich drei Versuche, die deutsche Ge-

³⁷ Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.): Denkschrift Museen. Zur Lage der Museen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), Bonn 1974. Darin nochmals abgedruckt das Sofortprogramm.

³⁸ Dazu Heiner Treinen: Museum und Öffentlichkeit, in: Ebd., S. 21-38.

³⁹ Ebd., S. 29.

⁴⁰ Hierzu Klein / Bachmayer, a.a.O., S. 11f.

schichte auszustellen, in die erste Hälfte der 1970er Jahre: Die Ausstellung „1871 - Fragen an die deutsche Geschichte“ seit 1971 im West-Berliner Reichstag, das 1972 eröffnete Historische Museum in Frankfurt sowie die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ seit 1974 in Rastatt. Alle drei sind mit unterschiedlichen Absichten gegründet worden und konzentrieren sich auf verschiedene Aspekte der deutschen Geschichte. Bevor diese Projekte als entscheidender Hintergrund der Kontroverse um ein nationales Geschichtsmuseum in der Bundesrepublik analysiert werden, soll zuerst das zentrale Geschichtsmuseum der DDR vorgestellt werden, das direkt und indirekt als ständige Negativfolie der Planungen auf westdeutscher Seite fungierte.

3.2.1 Das Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin

Im Museum für Deutsche Geschichte (MfDG) in Ost-Berlin präsentierte die DDR seit Anfang der 50er Jahre ihre marxistisch-leninistische Version der deutschen Geschichte. Dazu wurde Unter den Linden das im Krieg zerstörte barocke Zeughaus wiederhergerichtet, das zuvor schon dem preußischen Staat zur Selbstdarstellung gedient hatte.⁴¹ Hier wurde nun den Bürgern der DDR mit erheblichem Aufwand ein Überblick von der Urgeschichte bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges geboten, der seinesgleichen weder in der Bundesrepublik noch in anderen westeuropäischen Ländern hatte.⁴²

Nur ein Jahr nach ihrer Staatsgründung hatte die Regierung der DDR mit dem Aufbau des Geschichtsmuseums begonnen. Eine erste Ausstellung „Von der Urgeschichte bis 1848/49“ sowie „1848/49 bis 1945“ wurde schon 1952 und 1953 in zwei Etappen eröffnet.⁴³ Darauf

⁴¹ Vgl. Monika Arndt: Die Ruhmeshalle im Berliner Zeughaus. Eine Selbstdarstellung Preußens nach der Reichsgründung, Berlin 1985.

⁴² Vgl. dazu Frevert, in: Assmann/Frevert, a.a.O., S. 180f.

⁴³ Nach Intervention des Politbüros musste der zweite Teil der Ausstellung überarbeitet werden und durfte dann erst eröffnet werden. Dazu und zu weiteren Umständen der Gründung Karen Pfundt: Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10.6.1994, S. 23-30. Ebenfalls zur Gründungsgeschichte: Stefan Ebenfeld: Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950-1955), Marburg 2001. Dagegen ein kurzer Abriss der Entstehungsgeschichte aus Sicht der Museumsverantwortlichen selbst, in: Museum für

folgte der schrittweise Aufbau einer großen Dauerausstellung, verbunden mit der Renovierung des Zeughauses. Stück für Stück wurden hier die einzelnen Abteilungen eröffnet, zuerst 1962 die neu erarbeitete Abteilung „Deutschland von 1789-1871“. Die Eröffnungen der weiteren Abteilungen folgten dann im Jahresabstand bis 1967.⁴⁴ Zusätzlich wurden während des 15jährigen Aufbaus der ständigen Abteilungen zahlreiche Sonderausstellungen veranstaltet, beispielsweise zu Marx und Engels (1953), zum Bauernkrieg (1954) oder zum 10jährigen Jubiläum der DDR (1959). Auch nach der Fertigstellung der Dauerausstellung wurde das Museum für Deutsche Geschichte ständig weiter umstrukturiert und ergänzt, wobei vor allem bei den Epochengrenzen die Akzente mehrmals neu gesetzt wurden. Orientierte sich die erste Ausstellung an der Marke 1848/49, dienten in der zweiten Version Mitte der 60er die Epocheneinschnitte 1871 und 1945 als Fluchtpunkte und seit Ende der 70er Jahre schließlich löste die Oktoberrevolution von 1917 die deutsche Einigung von 1871 als entscheidendes Datum der deutschen Geschichte ab.⁴⁵ Auch mit Bezug auf diese Veränderungen beschrieben die Museumsmacher selbst ihre Arbeit bis zur letzten großen Ergänzung der Dauerausstellung von 1984 als „eine Periode ständigen Lernens, vielfachen Experimentierens, sowie wachsender theoretischer und praktischer Erkenntnisse“.⁴⁶

Die Zielsetzung des Ost-Berliner Museums war von Anfang an klar: Es sollte das sozialistische Geschichtsbild propagieren, indem es Lehren vermittelte, die aus der Vergangenheit zu ziehen waren. Hier wurde dem Museumsbesucher die deutsche Geschichte als Kampf der fortschrittlichen gegen die reaktionären Kräfte dargestellt, der nach langem Ringen schließlich im Sieg der Arbeiterklasse und der Gründung der DDR seinen krönenden Abschluss gefunden hatte. In den Worten der DDR-Historiker: „Die einzelnen Ausstellungsabschnitte belegen, daß die Geschichte der DDR nicht nur gesetzmäßige Fortführung, sondern Höhepunkt und Krönung einer vielhundertjährigen Ge-

Deutsche Geschichte (Hrsg.): Berlin-Information. Museum für Deutsche Geschichte, 3. neu erarbeitete Auflage, Berlin 1987, S. 30-34.

⁴⁴ Zur Abfolge der Abteilungseröffnungen vgl. Glenn Penny: The Museum für Deutsche Geschichte and German National Identity, in: Central European History 28 (1995), S. 343-372, hier S. 347.

⁴⁵ Vgl. die seit 1979 mit neuen Epochengrenzen herausgegebenen Kataloge zur Dauerausstellung, z.B.: Museum für Deutsche Geschichte (Hrsg.): Deutsche Geschichte: 1789-1917, Berlin 1979.

⁴⁶ Nach: MfDG (Hrsg.), a.a.O., Berlin 1987, S. 33.

schichte ist, daß sich in der Herausbildung der sozialistischen Deutschen Nation der gesetzmäßige Verlauf der historischen Entwicklung verkörpert.⁴⁷ Die Ausstellung dieser „gesetzmäßigen“ Geschichte wurde eingesetzt, um die historische Legitimation für die Gründung des Arbeiter- und Bauernstaates darzulegen und diese im Bewusstsein der DDR-Bürger mit Hilfe visueller Eindrücke fest zu verankern. „Hier schuf sich ein neuer Staat seine eigene Legende.“⁴⁸ Und dazu wurde der Erinnerungsträger Museum mit großem Aufwand eingesetzt. Denn um die Botschaft der staatlichen Geschichtsschreibung in der Bevölkerung weit zu streuen, war es wichtig, möglichst viele Kommunikationskanäle zu nutzen, von denen das MfDG einen darstellte.

Die Bedeutung der Arbeit des MfDG wurde dadurch unterstrichen, dass es in der Geschichtswissenschaft verankert wurde und anfangs sogar als deren „organisierendes Zentrum“⁴⁹ fungierte. Als Bestandteil der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft lag die Aufgabe der „sozialistischen Geschichtsmuseen“ darin, sich mit der „ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Entwicklung der Gesellschaft [zu beschäftigen]. Sie erforschen die wesentlichen Zusammenhänge, Prozesse und Gesetzmäßigkeiten und [stellen] deren Widerspiegelung bzw. materiellen Niederschlag in den originalen Quellen [...] aus Vergangenheit und Gegenwart [...] dar“.⁵⁰ Dadurch sollten die Geschichtsmuseen „museumsspezifische Beiträge zur Erarbeitung und Vermittlung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes“⁵¹ leisten, denn die Ausstellung von Geschichte mache als Medium „historische Vorgänge ‚nacherlebbar‘ und beweist durch ihre anschauliche Darstellung erlebbarer Fakten [...] und Ereignisse überzeugend die Richtigkeit eines häufig nur abstrakten Wissens über die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten“⁵². Es war also eine Arbeitstei-

⁴⁷ Nach Karl Heinz Börner, Bernd Gottberg, Fritz Horst u.a.m.: Deutsche Geschichte von den Anfängen bis 1945. Zur ständigen Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 32 (1984), S. 47-53, S. 53.

⁴⁸ So Frevert in Assmann/Frevert, a.a.O., S. 181.

⁴⁹ Vgl. Pfund, a.a.O., S. 26.

⁵⁰ So der Direktor des MfDG, Wolfgang Herbst, in: Ders.: Geschichtsmuseum und sozialistische Gesellschaft, in: Museum für deutsche Geschichte (Hrsg.): Beiträge und Mitteilungen 1, Protokoll des wissenschaftlichen Kolloquiums am 19./20. Januar 1972, Ost-Berlin 1972, S. 9-34, hier S. 17.

⁵¹ Herbst, a.a.O., 1972, S. 17.

⁵² Herbst, a.a.O., 1972, S. 26.

lung in der Geschichtswissenschaft vorgesehen, wobei das Museum den Part der anschaulichen Vermittlung für die breite Masse übernehmen sollte. Um Geschichte demgemäß auch ansprechend darzustellen, wurde erheblicher Aufwand betrieben, der auch von westlicher Seite mit Beachtung zur Kenntnis genommen wurde. So nahm der renommierte Museumsexperte Kenneth Hudson das MfDG in seine Liste der international innovativsten Geschichtsmuseen mit der schlichten Begründung auf, es sei „professionally and irrespective of its politics an excellent museum“⁵³. Hudson rechtfertigte diese Bewertung mit der Feststellung, dass die Präsentation der deutschen Geschichte ein Bündel an Themen von Politik und Industrie über Kultur, Wissenschaft und Militär biete, interessant angeordnet und mit realistischen Raumarrangements ausgestattet sei, wie einer Arbeiterwohnung oder der Baracke eines Konzentrationslagers.

Als dann Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik erste Versuche zur Ausstellung von Geschichte unternommen wurden, konnte das MfDG bereits auf eine 20jährige Erfahrung zurückblicken.⁵⁴ So zog dessen Direktor Wolfgang Herbst 1972 aus Anlass des Jubiläums Zwischenbilanz. Zufrieden stellte er fest, dass die Geschichtsmuseen in der DDR, für die das MfDG Leitbildfunktion hatte, in den letzten Jahren „einen wachsenden Einfluß auf die Herausbildung und Festigung sozialistischer Grundüberzeugungen gewonnen“ und so auf „die politische Bildung und Erziehung [...] Millionen Werktätiger“ eingewirkt hätten. Diese Entwicklung hänge eng mit einer „verbesserten Qualität der geschichtswissenschaftlichen und museumsspezifischen Darstellung zusammen, insbesondere damit, daß durch die Darstellung der neueren und neuesten Geschichte [...] ein objektiv vorhandenes gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt wurde.“⁵⁵ Für die Zukunft müsse aber größeres Augenmerk darauf gerichtet werden, „sich in allen Geschichtsmuseen intensiv mit der Geschichte unserer Republik zu beschäftigen“⁵⁶. So mache „das Fehlen ständiger musealer Ausstellungen zur Geschichte der DDR“ seines Erachtens „den

⁵³ Kenneth Hudson zum MfDG, in: Ders.: *Museums of Influence*, Cambridge 1987, S. 139f.

⁵⁴ Den deutlichen Erfahrungsvorsprung gegenüber den westlichen Bemühungen verdeutlichte auch ein Lehrbuch zur Institution Geschichtsmuseum aus der Spätzeit der DDR: Wolfgang Herbst (Hrsg.): *Museologie. Theoretische Grundlagen und Methodik der Arbeit in Geschichtsmuseen*, Berlin 1988.

⁵⁵ Herbst, a.a.O., 1972, S. 14.

⁵⁶ Herbst, a.a.O., 1972, S. 26.

Hauptmangel in der Arbeit der Geschichtsmuseen aus, der ihre Wirksamkeit entscheidend beeinträchtigt“.⁵⁷ Die Umsetzung dieser deutlichen Worte in Taten sollte allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen. So dauerte es zwölf Jahre, bis nach Zwischenlösungen 1984 schließlich die Ausstellung „Sozialistisches Vaterland DDR“ als neuer Teil der ständigen Präsentation eröffnet wurde.⁵⁸

Kurz zusammengefasst, hatte die DDR also frühzeitig ein aufwändiges Unternehmen zur musealen Präsentation von Geschichte initiiert, das zu diesem Zeitpunkt im internationalen Vergleich ohne Vorbild war. Das Ausmaß dieses Museumsprojektes erklärte sich dabei aus der besonderen Bedeutung, welche die DDR der Geschichtspropaganda generell und dem Bezug auf „progressive“ Traditionen bei der Legitimation des neuen Staates beimaß. In der geschichtspolitisch ungleich vorsichtigeren Bundesrepublik fühlten sich allerdings mit zwei Jahrzehnten Abstand verschiedene Akteure schließlich auch herausgefordert, deutsche Geschichte in neuer Form auszustellen.

3.2.2 „1871 - Fragen an die deutsche Geschichte“ im Berliner Reichstag

Auf der Seite der Bundesrepublik war „1871 - Fragen an die deutsche Geschichte“ der erste Versuch, von staatlicher Seite aus eine Ausstellung zur deutschen Geschichte einzurichten. Den äußeren Anlass der Schau bot der einhundertste Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches. Doch der Aufwand, der für dieses Ausstellungsunternehmen getrieben wurde, ließ unschwer erkennen, dass es um mehr als die Würdigung eines Jahrestages ging.

Der Ursprung der Idee zu dieser Ausstellung und die treibenden politischen Kräfte hinter diesem Projekt sind bisher nicht dokumentiert worden. Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, dass die Fertigstellung der Dauerausstellung im Ost-Berliner MfDG vier Jahre zuvor einen wichtigen Beweggrund darstellte. Bekannt ist bislang nur, wie die Verwirklichung des Projektes erfolgte. So beauftragte die Bundesregierung das Innenministerium mit der Durchführung des Unterneh-

⁵⁷ Herbst, a.a.O., 1972, S. 26, Hervorhebung im Original.

⁵⁸ Ebenfalls 1984 wurde in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft die überarbeitete Dauerausstellung einer erstaunlich kritischen Evaluation durch Historiker der Akademie der Wissenschaften der DDR unterzogen, vgl: Karl Heinz Börner, a.a.O., S. 47-53.

mens, worauf Innenminister Hans-Dietrich Genscher einen wissenschaftlichen Beirat und einen Generalsekretär der Ausstellung berief. Die Leitung dieses Beirats übernahm der Vorsitzende des deutschen Historikerverbandes, Theodor Schieder. Im Beirat saßen des Weiteren die Historiker Walter Bußmann, Wolfram Fischer, Andreas Hillgruber, Wolfgang Mommsen und Thomas Nipperdey sowie der Generaldirektor der Staatlichen Museen Berlin, Stephan Waetzoldt, und ein Mitarbeiter aus dem Bundesarchiv Koblenz.⁵⁹ Die wissenschaftliche Planung und Ausstellungsleitung übernahm Lothar Gall, ein ehemaliger Schüler Schieders. Für die visuelle Gestaltung schließlich wurde kein etablierter Museumsexperte gewonnen, sondern der Designer Claus-Peter Gross, der seitdem zahlreiche historische Ausstellungen in der Bundesrepublik gestaltete. Vorbereitet wurde die Ausstellung also primär von Geschichtswissenschaftlern, die nach 1945 ihre Karriere an verschiedenen bundesdeutschen Universitäten begonnen hatten und sich mit der Ausstellungsplanung in Neuland begaben, das außerhalb ihres eigentlichen Berufsfeldes lag. Dieses Modell sollte allerdings Schule machen und findet sich bei den großen historischen Ausstellungsprojekten der 80er und 90er Jahre wieder.

Eröffnet wurde „1871 - Fragen an die deutsche Geschichte“ im Berliner Reichstag, der erst seit kurzem zum größten Teil wieder aufgebaut worden war. Der 21. März 1971 als Tag der Ausstellungseröffnung war im Zusammenhang der Präsentation bewusst gewählt. Mit diesem Datum wurde nicht der Akt der Reichsgründung am 18. Januar betont, sondern der einhundertste Jahrestag der ersten Sitzung des frei gewählten Reichstages. Überhaupt wurde das Ereignis der Reichsgründung durch die Ausstellung zurückhaltend behandelt und in seine Vorgeschichte eingebettet. Rund 3000 Exponate, vorwiegend so genannte „Flachware“ wie Fotos, Urkunden und Drucke, waren zusammengetragen worden, um Geschichte zu veranschaulichen. Ausgestellt wurde also nicht im herkömmlichen Sinne, indem eine bereits bestehende Sammlung zu einem bestimmten Thema präsentiert wurde. „Das einzelne Exponat“ hatte vielmehr „jeweils nur eine dienende Funktion. Sein Eigenwert tritt [...] zurück hinter seinen Illustrations-

⁵⁹ Nach: Deutscher Bundestag (Hrsg.): 1871 – Fragen an die deutsche Geschichte. Historische Ausstellungen im Reichstagsgebäude in Berlin und in der Paulskirche in Frankfurt am Main aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Jahres der Reichsgründung 1871, o. Ort 1971, S. 7.

wert für bestimmte Vorgänge und historische Prozesse.“⁶⁰ Entscheidend war nicht seine Qualität als Objekt, sondern der „Illustrationswert“ für die politische Ereignisgeschichte zwischen 1800 und 1871. Genauer noch lag der Schwerpunkt auf dem Vormärz und der Revolution von 1848. Der Bereich „Entscheidungsjahre 1918/1933/1945“, als Nachsatz zur Reichsgründung, wurde dagegen knapp abgehandelt, die Situation der Teilung fast nebenbei erwähnt, obwohl doch direkt am Hintereingang des Reichstags die Berliner Mauer verlief. Die Reichsgründung 1871, zwar im Titel dominant und als Anlass der Ausstellung gewählt, fand in der Präsentation allerdings mit Absicht nur wenig Raum.

Verstärkt wurde dieser Trend in der erweiterten zweiten Fassung der Ausstellung von 1974. Nur kurz für den Umbau geschlossen, wurde die Ausstellung am 7. September wiedereröffnet – am fünfundzwanzigsten Jahrestag der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages, in dessen Verantwortungsbereich das ganze Unternehmen mittlerweile übergegangen war. Der letzte und größte Einzelraum der wesentlich erweiterten Schau galt nun dem Zeitraum der Nachkriegsgeschichte bis in die unmittelbare Gegenwart hinein. Daneben waren größere Abteilungen für die Zeit der Weimarer Republik und das Dritte Reich geschaffen worden. Die Reichsgründung erhielt keinen eigenen Ausstellungsraum mehr, sondern wurde in das Kapitel „1850-1918 Industrielle Revolution und Reichsgründung – Das kaiserliche Deutschland“ integriert.⁶¹ Nach kurzem, dreijährigem Testlauf war die ursprüngliche Ausstellung also erheblich ausgebaut worden zu einer Darstellung der deutschen Geschichte zwischen 1800 und der Gegenwart, mit klarem Schwerpunkt auf der Politikgeschichte und kleineren Ausflügen in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Den letzten Abschnitt der Ausstellung, die nun von einem eigenen Mitarbeiterstab des Bundestages betreut wurde, baute man mit der Zeit kontinuierlich aus, um die sich weiterentwickelnde Geschichte der Bundesrepublik darzustellen.⁶²

⁶⁰ Deutscher Bundestag (Hrsg.): 1871 – Fragen an die deutsche Geschichte, o. Ort 1971, S. 17.

⁶¹ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Fragen an die deutsche Geschichte: Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart; historische Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin, Stuttgart 1974.

⁶² In veränderter Form existiert die Ausstellung seit Ende der 90er Jahre unter dem neuen Titel „Wege–Irrwege–Umwege: Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“. In Folge des Regierungsumzugs nach

Mit der Neueröffnung der Reichstags-Ausstellung blieb der zurückhaltend formulierte Ausstellungstitel „Fragen an die deutsche Geschichte“ zwar erhalten, aus dem Titel gestrichen wurde allerdings das Datum der Reichsgründung. Weiterhin wurden „Fragen“ eindeutigen Antworten vorgezogen. Aber die jeweiligen Anlässe der Ausstellungseröffnungen, 1971 noch 100 Jahre Reichsgründung, 1974 dann 25 Jahre Bundesrepublik, standen ein Stück weit auch programmatisch für das sich wandelnde Ziel und Selbstverständnis der Ausstellung. Der politisch Verantwortliche der ersten Ausstellung, Innenminister Genscher, beschrieb den Auftrag noch als „Frage nach den demokratischen und liberalen Traditionen Deutschlands“, die Schirmherrin der zweiten Version, Bundestagspräsidentin Annemarie Renger, charakterisierte das Unternehmen hingegen als „Bestandsaufnahme der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“.⁶³ Weitere Hinweise zum Anspruch des Unternehmens gibt Lothar Galls Vorwort im zweiten Ausstellungskatalog. Darin wird dem Vorwurf entgegengetreten, dass der Bundesrepublik zu ihrem 25jährigen Bestehen eine künstliche Tradition geschaffen oder sie gar nachträglich in bestimmten Traditionen verankert werden sollte.⁶⁴ Vielmehr werde „adäquate Information“ über die Entwicklungsgeschichte des parlamentarisch-demokratischen Systems, die Veränderung der Lebenswelt in der Industriegesellschaft und über zentrale politische Entscheidungssituationen beabsichtigt. Außerdem wolle man vorsichtig versuchen, einer verbreiteten Erinnerungslosigkeit in der Bevölkerung zu begegnen. Ziel sei es nämlich, „durch Bewußtmachung aufzuklären über die nicht fortzuleugnenden historischen Bedingtheiten von Sozialverhalten und politischen Grundentscheidungen, von Ideologien und konkreten wirtschaftlichen und politischen Ordnungen“.⁶⁵ Diese Aufklärung solle auch gegenwartskritische Töne anschlagen dürfen. Sie dürfe sich allerdings nicht dazu versteigen, „in bewußt provokativer Absicht einseitig zugespitzte Deutungen zu formulieren“, da dieses Vorgehen zur „bloßen Indoktrination“ verkomme. Zu „wirklichem geschichtlichem Denken“ wolle man anregen, anstatt einen „Aufruf

Berlin wechselte die Ausstellung vom Reichstag in den Deutschen Dom auf dem Berliner Gendarmenmarkt.

⁶³ Aus den entsprechenden Geleitworten der beiden Kataloge von 1971 bzw. 1974.

⁶⁴ Lothar Galls Einführung zum Katalog in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): a.a.O., 1974, S. 13-20.

⁶⁵ Deutscher Bundestag (Hrsg.): a.a.O., 1974, S. 13f.

zur Demontage von jeweils den anderen unterstellten angeblich falschen Geschichtsbildern“ zu veranstalten.⁶⁶

Damit war der negative Bezugspunkt, von dem sich die Ausstellungsmacher abgrenzen wollten, indirekt benannt. Mit dem Ost-Berliner Museum für Deutsche Geschichte war die Reichstags-Ausstellung durch ihre Expansion und dauerhafte Fortführung seit 1974 zwar fraglos in Wettbewerb getreten, aber in Ziel und Aufgabe wollte man sich klar unterscheiden. Zwar sollte das Selbstverständnis der Bundesrepublik wie das der DDR nun auch aus der Geschichte begründet werden, aber doch anders und offener.⁶⁷ Einerseits sollte dies positiv durch Aufzeigen der parlamentarisch-demokratischen Entwicklung geschehen und andererseits negativ, durch die Distanzierung von autoritärem Kaiserreich, Nationalsozialismus und DDR. Aber dieser Akt offizieller Geschichtspolitik sollte vorsichtiger und selbstkritischer gestaltet werden als im Fall des Ost-Berliner Museums. Die Bonner Republik demonstrierte im Reichstag ein „geläutertes historisches Selbstverständnis und ihre nationalpolitische Bescheidenheit“⁶⁸. Den Publizisten Jürgen Engert veranlasste dies schon 1973 zu der Forderung, die Reichstags-Ausstellung als „Grundstock“⁶⁹ für ein großes Geschichtsmuseum in der Bundesrepublik zu verwenden.

3.2.3 Die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in Rastatt

Ein weiterer Versuch, deutsche Geschichte auszustellen, ging auf Bundespräsident Gustav Heinemann zurück. Das politische Ziel dieses Versuchs war im Vergleich zur Reichstags-Ausstellung deutlicher formuliert und das Thema der Ausstellung schärfer eingegrenzt. Heinemann war überzeugt, dass die freiheitlich-demokratischen Traditionen in der deutschen Geschichte zu sehr in Vergessenheit geraten waren und dem anderen deutschen Staat als positive Tradition auch vorschnell überlassen worden seien. Aus seiner Überzeugung machte er keinen Hehl und äußerte sie im Verlauf seiner Amtszeit immer wieder. So im Februar 1970 bei einer Ansprache auf der Bremer

⁶⁶ Deutscher Bundestag (Hrsg.): a.a.O., 1974, S. 13ff.

⁶⁷ Vgl. Frevert in Assmann/Frevert, a.a.O., S. 249f.

⁶⁸ Vgl. Frevert in Assmann/Frevert, a.a.O., S. 250.

⁶⁹ Jürgen Engert: Geschichte der Deutschen nur jenseits der Mauer, Deutsche Zeitung, 26. Oktober 1973, abgedruckt in Stölzl, a.a.O., S. 34f.

Schaffermahlzeit und ein weiteres Mal, diesmal erheblich medienwirksamer, in seiner Fernsehansprache am Vorabend des hundertsten Jahrestags der Reichsgründung am 17. Januar 1971. In beiden Reden legte er seine Beweggründe für eine Korrektur des bundesrepublikanischen Geschichtsbildes dar, die in letzter Konsequenz zur Gründung eines weiteren Museums führten: der so genannten „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“.

Heinemanns Ziel war die Vertiefung des demokratisch-republikanischen Bewusstseins in der Bundesrepublik. Seine Absicht war eine demokratische Traditionspflege, die das Selbstbewusstsein der Bundesbürger stärken sollte, da ihr Staat seinen Provisoriumscharakter allmählich ablegte. Die Bundesbürger sollten sich mehr als bisher auf die demokratischen Traditionen als Wurzeln des Grundgesetzes besinnen. Dazu gehörte die Erinnerung an die freiheitlichen, liberalen und demokratischen Kräfte auf der Wartburg 1817 und in Hambach 1832. Zu dieser positiven Tradition zählte Heinemann auch die Revolutionäre von 1848/49. Um dieser Erinnerung einen festen Platz zu geben, schien ihm eine Ausstellung im Rastatter Schloss das richtige Mittel zu sein. Das Hambacher Schloss hatte zwar auch in der engeren Wahl als Ausstellungsort gestanden, letztlich fiel die Entscheidung aber für Rastatt und damit für die Erinnerung an die radikaldemokratische Tradition.⁷⁰ Hier, im Residenzschloss der Markgrafen von Baden-Baden, begann im Mai 1849 der Aufstand der badischen Soldaten gegen ihre Offiziere, der in der Kapitulation und vor einem preußischen Standgericht im gleichen Schloss endete. Hier eröffnete Heinemann am 26. Juni 1974 als eine seiner letzten Amtshandlungen die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“. Dabei verhehlte er nicht, dass ihn die Okkupation der „revolutionäre[n] Überlieferungen“ durch die DDR zu diesem Unternehmen motiviert hatte. „Unerträglich“ fand er es, „daß wir dem durch eigene Untätigkeit Vorschub leisten und uns so einen Teil unserer Geschichte entwenden lassen“⁷¹. Zum Wettbewerb um die bessere Ordnung von Freiheit und Gerechtigkeit – vor dem Hintergrund des 125. Jahrestages der Revolution – gehörte seiner Meinung nach auch

⁷⁰ Dazu Burkhard K. Mueller: Auf der staatsabgewandten Seite der deutschen Geschichte. Das Rastatter Revolutions-Museum, in: Frankfurter Rundschau, 30.5.1981.

⁷¹ Ansprache des Bundespräsidenten Gustav Heinemann zur Eröffnung der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt am 26. Juni 1974, in: Stölzl, a.a.O., S. 35-38.

die Frage, „wer sich mit mehr Recht auf die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte berufen kann und wer ihre Ziele besser verwirklicht hat“. Doch um sich als Bürger der Bundesrepublik auf diese Freiheitsbewegungen berufen zu können, müsse man sie auch kennen.

So verdeutlichte der von Heinemann gewählte Begriff „Erinnerungsstätte“ seine erklärte Absicht. Es sollte eine aktive Erinnerungsleistung an die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte vollzogen werden. Erinnerungswürdig sollten spätestens jetzt auch Revolutionäre sein. Lange vor der heutigen kulturwissenschaftlichen Popularität des Terminus „Gedächtnisort“ stand seine „Erinnerungsstätte“ für das gleiche Konzept, nämlich, die Erinnerung an ein bestimmtes Ereignis im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft zu erhalten.

Auch wenn Heinemanns Pläne für die Darstellung der Freiheitsbewegungen vom Mittelalter bis in die neueste Zeit groß waren, ihre Umsetzung blieb bescheiden. Weil der Bundespräsident als Organ diese Institution rein juristisch nicht gründen konnte oder wollte, erteilte 1973 das Bundesinnenministerium einen entsprechenden Auftrag an das Bundesarchiv, das in seiner Archiv-Außenstelle Frankfurt die Überlieferung zur 1848er Revolution aufbewahrte. Für die Ausstellung standen dann aber kaum nennenswerte Mittel zur Verfügung und auch die Zeit bis zur Eröffnung war knapp, denn das Ende von Heinemanns Amtszeit als Bundespräsident lag nah. So behalf man sich ironischerweise mit duplizierten Tafeln aus der Berliner Reichstags-Ausstellung.⁷²

Erst 1976 und 1978 veranstaltete das Bundesarchiv zwei Kolloquien zur zukünftigen Entwicklung der Erinnerungsstätte. Zu den seit 1974 mitwirkenden Historikern Werner Conze und Eberhard Jäckel wurden nun Kollegen wie Theodor Schieder und Lothar Gall, die jene Reichstags-Ausstellung gestalteten, diesmal aber auch Pädagogen, Museumsfachleute, Archivare und Politiker hinzugezogen.⁷³ Was die Historiker betraf, die sich hier am häufigsten zu Wort meldeten, so reichten deren Vorstellungen zum Um- und Ausbau des Museums von

⁷² Zu den Umständen der Erstaussstattung und zum weiteren Ausbau das Vorwort des Ausstellungskataloges von 1984: Bundesarchiv Koblenz (Hrsg.): Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung, Koblenz 1984.

⁷³ Vgl.: Wie kann und soll die Erinnerungsstätte Rastatt ergänzt und ausgebaut werden? Niederschrift des Auswertungskolloquiums des Bundesarchivs Koblenz am 19. Juni 1976, in: Stölzl, a.a.O., S. 42-49.

einer stärkeren Konzentration auf den regionalen Rahmen des badi-schen Aufstandes (Baring, Gall) über eine deutlichere Parteilichkeit der Aussage (Rürup) bis hin zu einer Einrichtung „mit nationalem Anspruch, welche die Konkurrenz mit dem Ostberliner Museum für deutsche Geschichte aufnehmen müsse“ (Schieder).⁷⁴ Nichts von alledem geschah letztlich, als der Bundestag 1978 schließlich 2 Millionen Mark für die Neuausstattung und eine Erweiterung der Erinnerungsstätte auf eine Ausstellungsfläche von 600qm bewilligte, die im Vergleich zu den 3.000qm im Berliner Reichstag recht bescheiden ausfiel. Die Revolution von 1848/49 und die Zeit des Vormärz blieben nach wie vor Schwerpunkt der Ausstellung, die Ende der 90er Jahre eine weitere Überarbeitung und kleine Ergänzung erfuhr.⁷⁵

Heinemanns „Geschichtsoffensive“⁷⁶ mit seinen Versuchen zur Erweiterung des Geschichtsbildes war bei aller guten Absicht stets umstritten. Seine Reden, insbesondere zum Jubiläum der Reichsgründung, riefen erbitterte Kritik von konservativer Seite hervor, weil sie als Schmähung einer würdigen Tradition empfunden wurden. Was aber die Institutionalisierung der Geschichtsbilderweiterung in Form der Rastatter Erinnerungsstätte betraf, schützte deren Lage in der Provinz sie letztlich vor größeren Debatten. Allerdings verhinderte diese Randlage auch größeren Zustrom an Besuchern. Nur etwa 70.000 Besucher wurden jährlich gezählt, von denen zudem nur ein Fünftel aus Bundesländern außerhalb Baden-Württembergs kam.⁷⁷

Gering war auch das Interesse der Fachhistoriker, was den Versuch der Ausstellung einer Geschichte der Freiheitsbewegungen betraf. Am ausführlichsten besprach sie der Mittelalter-Historiker Hartmut Boockmann, der auch zu den meisten folgenden historischen Museums- und Ausstellungsprojekten Stellung bezog. Boockmann kritisierte scharf den Katalog zur Ausstellung, der seiner Beobachtung nach nicht zusammengehörige historische Ereignisse verknüpfte, indem er „eine kontinuierliche Freiheitsbewegung, einen im 11. Jahrhundert

⁷⁴ Auswertungskolloquium, in: Stölzl, a.a.O., S. 44f.

⁷⁵ Zur letzten Erweiterung das Vorwort in: Bundesarchiv Koblenz (Hrsg.): Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Neueröffnung der ständigen Ausstellung am 26. Juni 1999 im Schloß zu Rastatt, Koblenz 1999.

⁷⁶ So Frevert in Assmann/Frevert, a.a.O., S. 234ff.

⁷⁷ Zahlen nach: Wie kann und soll die Erinnerungsstätte Rastatt ergänzt und ausgebaut werden? in: Stölzl, a.a.O., S. 48.

beginnenden und bis in die Gegenwart reichenden Prozeß“⁷⁸ suggerierte: „Ein größerer Fall von eindimensionaler Geschichtskonstruktion läßt sich schwerlich denken.“⁷⁹ Etwas milder beurteilte er die Realität der Ausstellung, die „im Stile eines guten Schulbuches“ gestaltet worden sei, aber wegen fehlender interessanter Ausstellungsobjekte letztlich „ebenso langweilig, wie altmodisch und dürftig“⁸⁰ sei. Alles in allem sei eine Chance vertan worden. „Gut gemacht, hätte die Rastatter Ausstellung wenigstens teilweise Ersatz sein können für ein Museum der deutschen Geschichte, das es zur Zeit nur – und zum Teil in ganz vorzüglicher Weise – in Berlin Unter den Linden gibt.“ Denn „ein Museum der deutschen Geschichte [...] bleibt weiterhin ein Desiderat. Die Rastatter Erinnerungsstätte jedenfalls sollte ihm nicht als Muster gelten“,⁸¹ konstatierte Boockmann und folgte mit dieser Feststellung seinem Kollegen Schieder, der ein Jahr zuvor eine Konkurrenzeinrichtung zum Ost-Berliner Geschichtsmuseum gefordert hatte.⁸²

Eine weiteres Mal wurde die Rastatter Ausstellung vom Historiker Wolfgang Hug besprochen, der 1986 auf dem Höhepunkt der Berliner Auseinandersetzung um ein Deutsches Historisches Museum retrospektiv den Rastatter Versuch aus den 70er Jahren betrachtete.⁸³ Er würdigte zwar den damaligen kritischen Ehrgeiz, das überkommene Geschichtsbild in Frage zu stellen, doch „ungewollt erscheint die ‚Erinnerungsstätte‘ als Kunstprodukt, als amtlich verordnete Veranstaltung zur Belehrung mit erhobenem Zeigefinger“.⁸⁴ Auch wegen der ungeschickten Umsetzung wirke die Erinnerungsstätte „spröde, intellektuell, unemotional“.⁸⁵ Gerade wenn man die Zielgruppe der Schüler ins Auge fasse, sei die Vermittlung verbesserungsfähig. Methodi-

⁷⁸ Hartmut Boockmann: Die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ in Rastatt, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 28 (1977), S. 285-291, hier S. 286.

⁷⁹ Boockmann, a.a.O., 1977, S. 286.

⁸⁰ Boockmann, a.a.O., 1977, S. 290.

⁸¹ Boockmann, a.a.O., 1977, S. 291.

⁸² Schieders Forderung beim Auswertungskolloquium in Rastatt, vgl. o.

⁸³ Wolfgang Hug: Die "Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte" in Rastatt. Modell für ein Deutsches Historisches Museum?, in: Uwe Uffelman (Hrsg.): *Didaktik der Geschichte. Aus der Arbeit der Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs*, Villingen-Schwenningen 1986, S. 317-328.

⁸⁴ Hug, a.a.O., S. 319.

⁸⁵ Hug, a.a.O., S. 321.

sche Innovationen waren in der als Außenstelle des Bundesarchivs geführten Erinnerungsstätte auch nach Meinung Hugs nicht zustande gekommen, ganz im Gegensatz zu einem weiteren Versuch der institutionalisierten Ausstellung von Geschichte in der ersten Hälfte der 70er Jahre.

3.2.4 Das Historische Museum Frankfurt am Main

Mit seiner Neueröffnung 1972 fällt das Historische Museum Frankfurt zeitlich zwischen die beiden Projekte im Reichstag (1971/74) und in Rastatt (1974), wegen einiger Besonderheiten soll es hier aber an letzter Stelle stehen. Von den beiden Ausstellungen in Rastatt und West-Berlin unterschied sich das Frankfurter Museum mindestens in dreifacher Hinsicht. Erstens war es keine genuine Neugründung, zweitens handelte es sich um ein lokales und kein bundespolitisches Projekt, und auch deshalb war es drittens nicht am negativen Bezugspunkt des Ost-Berliner Museums für deutsche Geschichte orientiert. Bei all diesen Differenzen ist es als Hintergrund der Berliner Debatte der 80er Jahre dennoch von Interesse, weil die Ausstellung von Geschichte in diesem Museum auch auf Grund bestimmter zeittypischer Rahmenbedingungen der 70er Jahre zum Streitfall wurde. Die spezielle Rahmenbedingung war im Frankfurter Fall, dass der seit Ende der 60er Jahre sich vollziehende „Aufstieg der demokratischen Nationalgeschichte“⁸⁶ hier erstmals in einem Museum Ausdruck fand.

Das Frankfurter Historische Museum war, bei seiner Wiedereröffnung bereits ein gutes Jahrhundert alt. Nach der Zerstörung seiner Gebäude im Zweiten Weltkrieg und über 25jähriger provisorischer Unterbringung konnte es erst 1972 einen Teil seines Neubaus eröffnen. In möglichst vielen Bereichen wollten die Frankfurter Museumsmacher bei dieser Gelegenheit Neuland betreten. Die Dauerausstellung sollte sowohl neue Publikumsschichten außerhalb des Bildungsbürgertums erreichen, als auch unter einer anderen Perspektive und mit anderen darstellerischen Mitteln ihre Inhalte präsentieren. Dabei hatte das Historische Museum Frankfurt schon bei seiner Eröffnung 1878 den Anspruch gehabt, mehr zu sein als ein lokales kulturgeschichtliches Museum. Schließlich entsprach es dem Selbstbewusstsein und der politi-

⁸⁶ Dazu Lutz Raphael: *Geschichtswissenschaften im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, München 2003, S. 249-251.

schen Kultur des Frankfurter Bürgertums, die Geschichte der eigenen Stadt in überregionalem bis nationalem Kontext zu präsentieren. Auch hatte sich das Museum immer als Bildungsinstitution des emanzipierten Bürgertums verstanden, von dem es auch gegründet worden war. Beide Aspekte, der überregionale Bezug und die Idee der Bildungsstätte, wurden in der Dauerausstellung von 1972 neu aufgenommen und der politischen Zeitstimmung entsprechend aktualisiert.⁸⁷

Die neue Auffassung von der Institution Museum, die diesem Vorhaben zugrunde lag, wurde in den 70er Jahren zugespitzt auf die Formel „Lernort contra Musentempel“⁸⁸ und sollte für eine alternative Museumskonzeption stehen. Lernen in einer „Bildungsstätte für alle Schichten“ im Gegensatz zur reinen Kontemplation war das Ziel. Zum neuartigen Konzept der „Historischen Dokumentation“, wie sie in Frankfurt ausprobiert wurde, gehörte die Präsentation früher nicht ausgestellter Themen. Während bisher üblicherweise die Mitte des 19. Jahrhunderts als Zeitgrenze des in Museen Auszustellenden galt, mit Ausnahme der Gemäldegalerien, wurde in Frankfurt eine Abteilung zum 20. Jahrhundert in die Dauerausstellung eingefügt. Diese zeitliche Erweiterung wäre manchem vielleicht schon Anstoß genug gewesen, zusätzlich sollte der Blick aber noch auf bestimmte unterrepräsentierte Themen gelenkt werden. Den Anfang machte man mit der Darstellung der Novemberrevolution 1918/19 sowie des Frankfurter Wohnungsbaus zwischen 1925 und 1972. Was letzteres Thema betraf, wurde dieses mit einer bestimmten Absicht ausgewählt. Was gezeigt werden sollte, waren „soziale Erscheinungen, die im Leben von Millionen eine Rolle gespielt haben und noch spielen ... aber meist absichtlich oder unabsichtlich unausgesprochen blieb[en]“⁸⁹. Anders formuliert, ging es darum, auch „auf die Rolle der Unterdrückten und

⁸⁷ Vgl. die ausführliche Vorstellung und Begründung des Museumsprojektes in: Kulturdezernat der Stadt Frankfurt (Hrsg.): Historisches Museum in Frankfurt am Main. Eine Dokumentation zur Neueinrichtung des Historischen Museums, Frankfurt 1972.

⁸⁸ Vgl. die gleichnamige Publikation einer Frankfurter Tagung von 1975: Ellen Spickernagel und Brigitte Walbe (Hrsg.): Das Museum. Lernort contra Musentempel (=Sonderband der Zeitschrift Kritische Berichte), 2. Aufl., Gießen 1976. Der Begriff Musentempel ist die Übersetzung des griechischen *mouseion*.

⁸⁹ Peter Schirmbeck über die Abteilung 20. Jahrhundert, in: Kulturdezernat der Stadt Frankfurt (Hrsg.), a.a.O.

Unterlegenen hinzuweisen⁹⁰, indem man die Sozialgeschichte und den Alltag der Durchschnittsmenschen zeigte. Neu waren zudem die Museumstechniken und museographischen Mittel, die hier zur Präsentation entwickelt wurden. Großformatige Schrifttafeln und ein speziell entwickeltes System von Piktogrammen sollten die Geschichte der jeweiligen Ausstellungsobjekte und ihre Funktion erklären. „Kommentierende Präsentationsweise“ nannte man diese neue Darstellungsform in Abgrenzung von der in kulturhistorischen Museen bisher dominanten ästhetischen Präsentationsweise, welche die Objekte sich allein aus ihrer Anschauung erklären lassen wollte. Man formulierte den Anspruch, dass nun ein „für alle Museumstypen gültiger didaktischer Prototyp einer generell notwendigen Reform“ geschaffen worden sei, der den historischen Quellencharakter der Exponate wieder ernst nehme.⁹¹

Wie nicht anders zu erwarten, provozierten die Experimente der Museumsmacher auch scharfen Widerspruch, der im Kontext des Frankfurter Kommunalwahlkampfes noch an Brisanz gewann. Ein ideologischer Zugriff wurde den Museumsmachern vorgeworfen. Der Unionspolitiker Alfred Dregger meinte feststellen zu können, dass hier ein Museum in den Dienst der Systemveränderung gestellt worden sei.⁹² Selbst Anträge zur Änderung von Texten auf einzelnen Ausstellungstafeln wurden im städtischen Kulturausschuss gestellt. Nicht nur Oppositionspolitiker, auch viele Museumsfachleute reagierten mit Unverständnis auf Präsentationsweise und Themenauswahl im Frankfurter Historischen Museum. Möglich geworden war diese umstrittene neue Konzeption vor dem Hintergrund der sozialdemokratischen Kul-

⁹⁰ Jutta Held: Bourgeoiser Bildungsbegriff und historische Aufklärung. Zur Diskussion um die Ausstellungspraxis des Historischen Museums in Frankfurt, in: Detlef Hoffmann, Almut Junker und Peter Schirmbeck (Hrsg.): Geschichte als öffentliches Ärgernis, oder: Ein Museum für die demokratische Gesellschaft. Das Historische Museum in Frankfurt a. M. und der Streit um seine Konzeption, Steinbach 1974, S. 274-280, hier S. 279.

⁹¹ So Jürgen Steen, einer der Frankfurter Museumsmacher, in: Ders.: Konzeptioneller Prozess und Besucheransprache am Beispiel des historischen Museums Frankfurt am Main, in: Bernd Faulenbach und Franz-Josef Jelich (Hrsg.): Besucherinteressen und Besucherverhalten in historischen Museen und Ausstellungen. Dokumentation einer Tagung, Recklinghausen 1991, S. 52-64, hier S. 53f.

⁹² Vgl. die Auswertung der Presseberichte bei Detlef Hoffmann, in: Ders.: Ein Demokratisches Museum: Reaktionen, in: Hoffmann / Junker / Schirmbeck, a.a.O., Steinbach 1974, S. 219-258, hier S. 221ff.

turpolitik in der Stadt Frankfurt. Denn unterstützt und verteidigt wurden die Experimente der Museumsmacher vom Kulturdezernenten Hilmar Hofmann, dessen Motto „Kultur für Alle“ eine Öffnung des Museums hin zu neuen Zielgruppen und neuen Themen befördern wollte. Entprivilegierung der Kultur und Öffnung des Museums (wozu auch kostenloser Eintritt gehörte) waren zwei zentrale Schlagworte aus der Frankfurter Diskussion, die sich später in der Berliner Debatte wiederfanden. Diese Bemühungen änderten freilich nichts daran, dass mit der neuen Dauerausstellung des Frankfurter Historischen Museums ebenso Geschichtspolitik betrieben wurde, wie das in West-Berlin und Rastatt der Fall war. Aber die Absicht hinter diesen Museums- bzw. Ausstellungsprojekten war unterschiedlicher Art. In Frankfurt stand nicht der Staatsbürger als solcher im Mittelpunkt, dem es durch Projekte nationalpädagogischer Art erleichtert werden sollte, die Wurzeln seines demokratischen Regierungssystems in der Vergangenheit zu finden. Die Motivation war im Frankfurter Fall darin zu suchen, dass – in der Sprache der Museumsmacher – eine prinzipielle Veränderbarkeit der bestehenden Machtverhältnisse ökonomischer und politischer Natur thematisiert werden sollte.

Bei aller Kritik der Darstellungsmethoden und der teils durch eine gewisse Abwehrhaltung überspitzten politischen Aussagen der Frankfurter Museumsmacher wurde das neue Museum mit einigem zeitlichen Abstand durchaus als gelungen bezeichnet. Der Historiker Hartmut Boockmann kam trotz zahlreicher Beanstandungen schließlich zu dem Urteil, dass dieses Museum „den einzigen anspruchsvollen Versuch in der Bundesrepublik darstellt, Geschichte museal zu präsentieren“⁹³. In seiner ausführlichen Rezension des Museums spiegelt sich auch die Tatsache, dass der Frankfurter Museumsstreit das Interesse am Museum seitens der Geschichtswissenschaft stimulierte, die historischen Museen traditionell eher skeptisch gegenüberstand und erst Ende der 70er Jahre das Medium historische Ausstellung als Vermittlungs- und Publikationsmöglichkeit entdeckte.

⁹³ Hartmut Boockmann: Das Historische Museum in Frankfurt, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 31 (1980), S. 435-445, hier S. 436.

3.3 Große historische Ausstellungen und das Zeitphänomen Musealisierung

Nach der Eröffnung der auf deutsche Geschichte fokussierten Museumsprojekte in West-Berlin, Rastatt und Frankfurt folgte auch auf Ebene der Bundesländer eine Serie von Ausstellungen zu historischen Themen. Die Bemühungen verschiedener Landesregierungen, solche Ausstellungsprojekte anzustoßen und teils großzügig zu finanzieren, dürften nicht unwesentlich von den Projekten des Bundes bestärkt worden sein. Denn bedingt durch den zeitlichen Vorlauf, den größere Ausstellungsprojekte benötigen, setzte die Welle (kunst)historischer Landesausstellungen leicht zeitversetzt erst in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein. Erste Erfolge trieben zu weiteren und größeren Projekten an, so dass im Kontext der West-Berliner Preußen-Ausstellung schließlich die Idee zu einem Museum der deutschen Geschichte entstand.

Die Publikumsmagneten unter den großen historischen und kulturhistorischen Ausstellungen waren „Kurfürst Max Emanuel“ 1976 in Schleißheim, „Die Zeit der Stauer – Geschichte, Kunst, Kultur“ 1977 in Stuttgart, „Wittelsbach und Bayern“ 1980 in München und schließlich „Preußen. Versuch einer Bilanz“ 1981 in West-Berlin, um nur die wichtigsten zu nennen. Dabei kann die Stauer-Ausstellung in Stuttgart für diese Projekte in gewisser Weise als prototypisch angesehen werden. Dreieinhalb Jahre vor Eröffnung der Ausstellung begann ein Team des Württembergischen Landesmuseums unter Hinzuziehung zahlreicher externer Experten sowie der staatlichen Verwaltung mit den Planungen, die nicht etwa im Zusammenhang mit einem bestimmten historischen Datum in der Geschichte der Stauer standen, sondern zum 25-jährigen Jubiläum des Landes Baden-Württemberg angestellt wurden.⁹⁴ Ziel der Ausstellung sollte es sein, „Geschichte, Kunst und Kultur einer Epoche des Mittelalters darzustellen, in der zahlreiche Formen der Kunst eine hohe Blüte erreicht und viele unserer heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen ihre Wurzeln haben“⁹⁵. Im Alten Schloss in Stuttgart und einem weiteren Ausstellungsgebäude wurden im März 1977 schließlich 3.000qm Ausstellungsfläche eröffnet, auf denen über 1.000 Exponate aller Art versammelt worden

⁹⁴ Vgl. die Nachbesprechung der Ausstellung und das zitierte Zahlenmaterial von Elke Gerhold-Knittel, in: Dies.: Die Stauferausstellung in Stuttgart 1977, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 115 (1979), S. 163-168.

⁹⁵ Gerhold-Knittel, a.a.O., S. 164.

waren – das waren im Ausstellungswesen neue Dimensionen. Wohl begünstigt durch das von der Presse ausgerufen und von der Politik aufgenommene Motto vom „Stauferjahr“, das die Stuttgarter Ausstellung durch vielfältige Veranstaltungen und Publikationen bis hin zur Staufer-Briefmarke einrahmte, setzte ein regelrechter Sturm auf die Ausstellung an. 671.000 Besucher wurden in 72 Tagen gezählt. Statt der ursprünglich 20.000 gedruckten Kataloge mit immerhin vier Bänden wurden 153.000 verkauft. Der wirtschaftliche Nebeneffekt der Ausstellung für die Region war nicht zu verachten. Angesichts des überwältigenden Erfolgs resümierte man zufrieden, diese Ausstellung habe neue Maßstäbe gesetzt: „Sie sollte eine Veranstaltung für das Volk sein – und sie wurde es.“⁹⁶ Damit ließen sich die hohen Kosten des Unternehmens rechtfertigen, mit dem regionale Identität gefördert und das Land Baden-Württemberg in eine historische Kontinuität gestellt werden sollte, von der man sich einen „integrativen Effekt“ für das junge Bundesland versprach.⁹⁷

Ereignisse wie die Staufer-Ausstellung zeigen, dass sich die Einstellung der Politik zum Ausstellungswesen gegen Ende der 70er Jahre deutlich verändert hatte. Landesausstellungen hatte es zwar bereits in den 50er und 60er Jahren gegeben, nun erreichten sie aber eine neue Größenordnung.⁹⁸ Für die Landesausstellungen der späten 70er Jahre wurden von den öffentlichen Händen erhebliche Mittel aufgewendet. In die Münchner Wittelsbacher-Ausstellung von 1980 investierte der Freistaat beispielsweise rund 17 Millionen Mark.⁹⁹ Kunsthistorische und historische Ausstellungen waren „ein fester Bestandteil des staatlichen Kulturbetriebes, der mit öffentlichen Mitteln finanzierten Befriedigung der nichtmateriellen Interessen des Staatsbürgers geworden“¹⁰⁰. Zudem hatten Ausstellungen einen politischen Stellenwert (zurück)gewonnen als Mittel, mit dem „nationale oder regionale Identität, historische Kontinuität, staatliches Selbstbewußtsein, staatliche

⁹⁶ Gerhold-Knittel, a.a.O., S. 168.

⁹⁷ Glaser, a.a.O., S. 95.

⁹⁸ Zu den früheren Landesausstellungen gehörten etwa: Ars Sacra (München 1950), Abendland an Rhein und Ruhr (Essen 1956), Karl der Große (Aachen 1965) oder Rhein und Maas (Köln und Brüssel 1972).

⁹⁹ Vgl. Karl Otmar von Aretin: Die schwere Kunst, Geschichte lebendig zu machen, in: Süddeutsche Zeitung, 13.12.1980.

¹⁰⁰ So Hubert Glaser: Ausstellungen und Forschung am Beispiel kulturhistorischer Präsentationen der letzten Jahre betrachtet, in: Helmut Flashar, Nikolaus Lobkowicz und Otto Pöggeler (Hrsg.): Geisteswissenschaft als Aufgabe. Kulturpolitische Perspektiven und Aspekte, Berlin 1978, S. 86-98, hier S. 86.

Kulturpflege dokumentiert und demonstriert werden“¹⁰¹ konnten. Die Regionen suchten nach ihren geschichtlichen Wurzeln und Schätzen. Insbesondere die Staufer-Ausstellung half diesen Trend zu historischen Ausstellungen weiter zu verstärken. Mit der größeren Dimensionierung ging eine Professionalisierung dieser Unternehmen einher. Teilweise wurde Forschung im Rahmen der Ausstellungen möglich und Ausstellungskataloge entwickelten sich zu neuen Foren für wissenschaftliche Publikationen. Vor allem aber schien der Besucherstrom in diese historischen Superschauen stets zuzunehmen. Ein Kritiker dieser Entwicklung bemerkte: „Unsere kulturhistorischen Museen wie die Ausstellungen haben eine Attraktivität gewonnen, die sich mit der Anziehungskraft zoologischer Gärten durchaus vergleichen läßt.“¹⁰²

Wo aber waren die Gründe zu suchen für die anhaltende Popularität der historischen Ausstellungen? Einige Geschichtswissenschaftler stellten erstaunt fest, dass ein neues Interesse an geschichtlichen Themen, von ihnen ganz unverschuldet, entstanden war. Der Historiker Karl Otmar von Aretin beispielsweise beobachtete fasziniert den Ausstellungsboom, vermutete aber, dass es weniger die Anlässe der historischen Ausstellungen seien, die deren Anziehungskraft begründeten, sondern der Erfolg vielmehr im Sujet „Historische Ausstellung“ selber liege. „Bieten diese Ausstellungen vielleicht wirklich eine Möglichkeit, fernsehverwöhnten Menschen, die Bücher von Historikern gar nicht anrühren, weil sie ihnen zu kompliziert sind, Geschichte zu präsentieren?“¹⁰³ Und etwas kritischer gegenüber der eigenen Zunft stellte er fest, man betreibe in den Ausstellungen „eine andere Art von Geschichte als die, die auf unseren Universitäten getrieben wird [...]. Es ist sehr handfeste Geschichte.“¹⁰⁴ Auch von anderen Beobachtern wurde in der Anschaulichkeit dieser Geschichtspräsentationen, die von einer neuen Generation Museumspädagogen gestaltet wurden, oft der Grund ihres Erfolgs gesehen. Die vormalig streng nach kunsthandwerklichen Kriterien ausgewählten Objektgruppen wurden nun erweitert um Exponate aus der Sozial- und Alltagsgeschichte, vermutlich nur unbewusst der Forderung Otto Lauffers folgend. Die Inszenierungen versuchten sich stärker am Bedürfnis der Besucher zu orientieren.

¹⁰¹ Glaser, a.a.O., S. 86.

¹⁰² So Lenz Kriss-Rettenbeck: Das Problem großer historischer Ausstellungen, in: *Museumskunde* 45 (1980), S. 115-133, hier S. 121.

¹⁰³ von Aretin: Die schwere Kunst, Geschichte lebendig zu machen, a.a.O.

¹⁰⁴ von Aretin: Die schwere Kunst, Geschichte lebendig zu machen, a.a.O.

„Gerade die Abwesenheit einer klaren, eindeutigen politischen Botschaft und die Buntheit und Vielfältigkeit der Objekte“, so Ute Freverts retrospektive Einschätzung, „erhöhten den Eindruck, daß Geschichte mehr war als politische Pädagogik“.¹⁰⁵ Doch was sich manchem als Chance darstellte, nämlich breitere Massen in der Bundesrepublik wieder für geschichtliche Themen zu interessieren, wurde von anderen eher skeptisch beurteilt.

Verschiedene kritische Stimmen erhoben sich, die der Serie großer Ausstellungsunternehmen argwöhnisch gegenüberstanden. Zwischen Wittelsbacher- und Preußen-Ausstellung räsionierte etwa der Publizist Eberhard Straub über die Bildersucht der Gegenwart, die sich seiner Meinung nach im Zustrom zu den historischen Ausstellungen offenbare. In den großen Ausstellungen, so Straub, werde nur „unverbindliche Ästhetisierung der Geschichte“¹⁰⁶ betrieben, deren Grund er im Verlangen nach Unterhaltung und nicht nach Geschichte sah. Seine Kritik am „gewaltigen Trödelmarkt“¹⁰⁷ Geschichte, der nur „Konsumartikel mit hohem Freizeitwert“¹⁰⁸ sei, konnte stellvertretend für manche Kritiker stehen, denen der Zugang zur Geschichte außerhalb rein rationaler Vermittlung - wie durch Text - suspekt war. Für Straub musste nationale Geschichte auch nicht etwas unmittelbar Vertrautes sein, im Gegensatz zu von Aretin, der in seinen Beobachtungen des Ausstellungsbooms auch eine Art gesamtdeutsche Aufgabe gesehen hatte. Denn für von Aretin schien „der Gesichtspunkt nicht ganz abwegig, daß an der Geschichte der Zusammenhalt aller Deutschen am einleuchtensten einer Generation erklärt werden kann, die sich längst daran gewöhnt hat, in der DDR einen fremden Staat zu sehen.“¹⁰⁹ Doch mancher Verantwortliche auf Seiten der Museen vermutete hinter der staatlichen Förderung der Ausstellungsunternehmen weniger ein ehrenhaftes Bemühen um Aktualisierung des historischen Bewusstseins, sondern eher Repräsentationssucht und tagespolitische Interessen. Kunstwerke und historische Zeugnisse würden, so der Generaldirektor des Bayerischen Nationalmuseums, Kriss-Rettenbeck, durch die großen historischen Ausstellungen unter der Hand zu

¹⁰⁵ Vgl. Frevert, in Assmann/Frevert, a.a.O., S. 252.

¹⁰⁶ Eberhard Straub: Bildung durch Bilder: Sinn und Unsinn historischer Ausstellungen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.1.1981.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ von Aretin: Die schwere Kunst, Geschichte lebendig zu machen, a.a.O.

„Macht-, Trutz- und Imponiermitteln“¹¹⁰. So werde das Museum von links wie von rechts in die Zange genommen, um Besucher „zu einer politisch erwünschten Identifikation zu verführen“¹¹¹. Die Finanzierung zahlreicher Großausstellungen würde von der Politik ganz gezielt betrieben, „um politische Trends zu bremsen, zu berichtigen oder zu verschärfen und unmittelbar politische Wirkungen zu erzielen.“¹¹²

Ganz unterschiedlich fielen also die frühen Reaktionen auf den Erfolg der großen historischen Ausstellungen aus. Durchaus Einigkeit bestand allerdings darüber, dass es sich um einen Trend handele, weshalb weitere Projekte vorbereitet wurden. Dabei trat neben die regionalpatriotischen und kulturpolitischen Motive häufiger das Argument der ökonomischen Bedeutung des Kulturereignisses Ausstellung. Man meinte einen Museumsboom ausmachen zu können, der sich wirtschaftlich und politisch nutzen lassen könnte. Sowohl die Besucherzahlen als auch die Menge der Ausstellungen schienen stark zuzunehmen, wobei die angeführten Statistiken mit Vorsicht zu betrachten sind. So konstatiert der Herausgeber einer Bibliographie „Historische Ausstellungen 1960-1990“, dass die Zahl der Ausstellungen im Erhebungszeitraum 1960-65 rund 70, 1970-75 etwa 600 und 1985-90 fast 1400 betragen habe, gesteht aber gleichzeitig Probleme bei ihrer Erfassung ein und weicht insbesondere einer klaren Definition des Begriffs „historische Ausstellung“ aus¹¹³. Vergleichbar ist die Problematik in Hinblick auf die Besucherzahlen, die für die Bundesrepublik überhaupt erst seit Mitte der 70er Jahre gemessen wurden und heute in der rückblickenden Analyse für die 80er Jahre wesentlich skeptischer beurteilt werden müssen. Für den Zeitraum zwischen der Berliner Preußen-Ausstellung 1981 und deutscher Einheit wird beispielsweise eine Bruttozunahme der Museumsbesuche um 25% verzeichnet, die allerdings nach Berücksichtigung des Angabenzuwachses auf ein Nettowachstum von „nur“ 8% schrumpft.¹¹⁴ An nüchternen Analysen

¹¹⁰ Kriss-Rettenbeck, a.a.O., S. 115f.

¹¹¹ Kriss-Rettenbeck, a.a.O., S. 115. Mit der Instrumentalisierung von links dürfte auf das Frankfurter Historische Museum angespielt worden sein.

¹¹² Kriss-Rettenbeck, a.a.O., S. 119 und S. 129. Anscheinend war ihm nicht bewusst, dass gerade aus diesem Interesse das Museum, dessen Leitung er inne hatte, seinerzeit gegründet worden war; vgl. Kapitel 3.1.

¹¹³ Rainer A. Müller (Hrsg.): Historische Ausstellungen 1960-1990. Eine Bibliographie der Kataloge, bearb. von Stefan Schuch, Paderborn, München u.a. 1992.

¹¹⁴ So Heiner Treinens Interpretation der Daten des Berliner Instituts für Museumskunde, in: Treinen, a.a.O., Recklinghausen 1991, S. 37f. Zum Prob-

herrschte allerdings im Hinblick auf den Ausstellungsmarkt am Wechsel der 70er zu den 80er Jahren durchaus Mangel. Festhalten lässt sich im Nachhinein, dass die Besuche in historischen Ausstellungen stark angebotsinduziert waren, und dieses Angebot seit Mitte der 70er Jahre reichlich ausfiel. Die Tatsache, dass der „Museumsboom“ – womit Besucherzahlen und Ausstellungszahlen gleichermaßen umschrieben wurden – nachträglich nüchterner bewertet wird, ändert nichts an der Tatsache, dass er sowohl von den Medien beschrieben als auch (und nicht nur) von den politisch Verantwortlichen als solcher wahrgenommen wurde. Der Philosoph Hermann Lübbe etwa widmete diesem Boom mehrere Untersuchungen und prägte in diesem Zusammenhang den Begriff von der progressiven „Musealisierung“ der kulturellen Lebenswelt. Allerdings hielt er in Bezug auf deren Instrumentalisierung fest: „Vergangenheitsverluste schwächen Herkunftsgewissheit, und deswegen kompensieren wir sie durch Historisierung. Das ist auch für unsere Zukunftsgewissheit gewiss nicht bedeutungslos, aber nicht, weil sich Herkunftsgewissheit in zukunftsbezogene Handlungsanweisungen umsetzen ließe.“¹¹⁵

4. Die Kontroverse um das Deutsche Historische Museum

Die Kontroverse um das Deutsche Historische Museum soll hier in zwei Phasen einteilt werden. Aufgrund bestimmter Faktoren, auf die einzugehen ist, war ein erster Teil der Debatte im Wesentlichen auf West-Berlin begrenzt. Erst in einer zweiten Phase ab Anfang 1985

lem der Daten und der Übertreibung vorhandener Tendenzen auch in: Heiner Treinen: Strukturelle Konstanten in der Entwicklung des Museumswesens, in: Wolfgang Zacharias (Hrsg.): Zeitphänomen Musealisierung. Das Verschwinden der Gegenwart und die Konstruktion der Erinnerung, Essen 1990, S. 151-165, hier S. 152-156.

¹¹⁵ Hermann Lübbe: Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts, Graz und Wien 1983, S. 30. Früher schon dazu: Ders.: Über den Grund unseres Interesses an historischen Gegenständen. Kulturelle und politische Funktionen der historischen Geisteswissenschaften, in: Helmut Flaschar, Nikolaus Lobkowicz und Otto Pöggeler (Hrsg.): Geisteswissenschaft als Aufgabe. Kulturpolitische Perspektiven und Aspekte, Berlin 1978, S. 179-193. Dazu besonders auch: John Urry: How Societies Remember the Past, in: Sharon Macdonald und Gordon Fyfe (Hg.): Theorizing Museums. Representing Identity and Diversity in a changing world, Oxford 1996, S. 45-65.

beschäftigte das Projekt eines nationalen Geschichtsmuseums dann auch eine breitere Öffentlichkeit.

4.1 Die Berliner Debatte

4.1.1 Preußen-Ausstellung und wiedererwachtes Geschichtsinteresse in beiden deutschen Staaten

Die Staufer-Ausstellung von 1977 war nicht nur ein großer Publikumserfolg, sondern auch ein Vorzeigeobjekt öffentlicher Kulturpolitik und regte als solches zur Nachahmung an. Wenige Monate nachdem das Stuttgarter Ausstellungsunternehmen bundesweit für Schlagzeilen gesorgt hatte, wurde bereits das nächste Großprojekt angekündigt. Und wieder ging dabei die Initiative von politischer Seite aus. Hatten die letzten großen kulturhistorischen Ausstellungen im Süden der Bundesrepublik stattgefunden, lenkte der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe die mediale Aufmerksamkeit nun nach West-Berlin. Stobbe schlug vor, im Reichstag eine Ausstellung zur Geschichte Preußens zu veranstalten.¹¹⁶ Dabei dürfte der sozialdemokratische Regierungschef selbst davon überrascht gewesen sein, welche Lawine er mit diesem Vorschlag auslöste, die schließlich in der Forderung nach einem Museum für deutsche Geschichte endete.

Preußen als Thema einer Ausstellung zu wählen, hieß sich auf anderes Terrain zu begeben als mit den Staufern. Preußische Geschichte zu präsentieren, würde keine Konzentration auf kunsthandwerkliche Pretiosen bedeuten. Nostalgie und Exotik waren nichts, was man sich von so einer Ausstellung erwarten durfte. Die politische Geschichte würde diesmal klar im Vordergrund stehen und neue Herausforderungen für die Ausstellungsgestaltung mit sich bringen. Der wichtigste Unterschied war aber, dass es sich beim mittelalterlichen Kaisertum der Staufer eher um Legenden drehte, Preußen dagegen in die Wirklichkeit hineinragte. Sein Ende als politische Einheit lag nicht lang zurück. Gerade einmal 30 Jahre waren vergangen, seit ein alliierter Kontrollratsbeschluss 1947 die Existenz Preußens offiziell beendete hatte.

¹¹⁶ Stobbe äußerte seinen Vorschlag im Juni 1977 als Alternative zu dem vom Bundestag damals abgelehnten Projekt der Verpackung des Reichstagsgebäudes durch den amerikanischen Künstler Christo. Zur Vorgeschichte vgl. Hagen Schulze in: Ders.: Preußen – Bilanz eines Versuchs, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 32 (1981), S. 649-662, hier S. 649.

Für nicht wenige war die letzte Phase Preußens also noch selbst erlebte Zeit. Und damit fiel dieser Gegenstand der Erinnerung in die eingangs beschriebene schwierige Übergangssituation zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis, zwischen persönlicher Erinnerung und organisierter Überlieferung. Was dem Thema Preußen zusätzliche Brisanz verlieh, war seine bisherige Tabuisierung in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die einzelnen Bewertungen dieses Staatsgebildes, aber auch Werte und Tugenden, die man als „preußisch“ beschrieb, schwankten so stark zwischen Vorbild- und Abschreckungsfunktion, dass dieses Thema aus der öffentlichen Erinnerung bisher ausgeblendet worden war. Kurzum, als harmloses Ausstellungsobjekt für Kunstfreunde war Preußen, wie es der Historiker Joachim Rohlfes formulierte, „zu nahe, zu nüchtern, zu politisch“¹¹⁷.

Und weil Preußen ein Politikum war, konnte es auch kaum überraschen, dass es mit den Worten des wissenschaftlichen Leiters der Ausstellung, Manfred Schlenke, bereits im Vorfeld „Probleme im politisch-publizistischen Bereich“¹¹⁸ gab. Mit großem Interesse wurde nach Konzeption und Inhalt der Ausstellung gefragt. Die Erwartungen waren von Anfang nicht nur hoch, sondern auch sehr unterschiedlicher Art. Die Schärfe der Auseinandersetzung gab einen gewissen Vorgeschmack auf kommende Debatten über die Ausstellung deutscher Geschichte. Von konservativer Seite wurde vermutet, die Ausstellung werde mit „ideologischen Scheuklappen“ vorbereitet, von linker Seite wurde dagegen die Exhumierung Preußens zur neuen Identifikation befürchtet.¹¹⁹ Kritiker und Befürworter konnten sich die Aufarbeitung preußischer Geschichte größtenteils nur im Gegensatzpaar Vorbild oder Schreckbild, Rehabilitierung oder Glorifizierung vorstellen. Nachdem selbst das Berliner Abgeordnetenhaus sich mehrmals mit den Ausstellungsplänen beschäftigt hatte, rief der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Werner Knopp, die Paro-

¹¹⁷ Joachim Rohlfes in: Ders.: Das Interesse an Preußen. Eine Nachlese zum „Preußenjahr“, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 523-549, hier S. 526.

¹¹⁸ Manfred Schlenke: Von der Schwierigkeit, Preußen auszustellen. Rückschau auf die Preußenausstellung Berlin 1981, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 550-567, hier S. 556.

¹¹⁹ Vgl. Interview Lothar Schmidt-Mühlischs mit Manfred Schlenke in der WELT am 20.8.1980 unter dem Titel „Hier wird kein Moloch gezeigt, sondern Preußens Januskopf“.

le aus, die Ausstellung solle „weder Gerichtssaal noch Preußentempel“ sein.

Die Ausstellungsmacher selber versuchten, sensibilisiert durch die Debatte im Vorfeld, einen Mittelweg zu gehen. Letztlich war in Anbetracht des riesigen Planungsstabes (achtköpfiger Vorbereitungsausschuss unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters, Veranstalter, Wissenschaftlicher Ausstellungsleiter, Generalsekretär, 16köpfiger wissenschaftlicher Beirat etc.) und eines Wirrwarrs an Zuständigkeiten auch kaum ein anderer Weg gangbar.¹²⁰ So wurde die Ausstellung unter dem Leitmotiv der Janusköpfigkeit Preußens organisiert, die in der Abarbeitung zahlreicher Themen meist unter Berücksichtigung zweier möglicher Perspektiven bestand und mit zahlreichen Gegensatzpaaren operierte. Der Ausstellungs-Titel „Preußen. Versuch einer Bilanz“ war, ebenso wie die Definition des „Gesamtphänomen[s] Preußen“ als „Summe seiner Widersprüche“¹²¹, Ausdruck dieser vorsichtigen Haltung. Als die Ausstellung im August 1981 schließlich eröffnet wurde, war der Ansturm enorm. Durch die vorangegangene Kontroverse, ebenso wie durch zahlreiche begleitende Veranstaltungen im „Preußenjahr“ bis hin zu Ausstellungen wie „Preußen – die Wiege des Rübenzuckers“, war das gesellschaftliche Interesse zusätzlich stimuliert worden. Knapp eine halbe Million Besucher sahen die große „Geschichtsdokumentation“ Preußens vom 17. bis ins 20. Jahrhundert, für die rund 2.500 Exponate in den Räumen des ehemaligen Kunstgewerbemuseums versammelt wurden - ergänzt durch einen fünfbändigen (!) Katalog.¹²² „Exponat Nr. 1“ war für viele Ausstellungsbesucher allerdings das Ausstellungsgebäude selbst - das von Martin Gropius erbaute Kunstgewerbemuseum.¹²³ Direkt an der Sektorengrenze gelegen, gegenüber dem Preußischen Landtag, war der

¹²⁰ Vgl. zur Ausstellungsorganisation Schulze, a.a.O., 1981, S. 652. Veranstaltet wurde die Ausstellung von der Berliner Festspiele GmbH. Eine Auflistung der diversen Ausschüsse, Beiräte, Berater im ersten Band des Ausstellungskatalogs: Gottfried Korff (Hrsg.): Preußen. Versuch einer Bilanz. Ausstellungsführer, Bd. 1, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 11-13.

¹²¹ So der wissenschaftliche Leiter, Manfred Schlenke, in: Schlenke, a.a.O., S. 552.

¹²² Die Ausstellung sollte ursprünglich im Reichstag stattfinden, was von der Bundestagsverwaltung aber abgelehnt wurde. Informationen zum Ausstellungsaufbau, Besucherzahlen etc. in: Schlenke, a.a.O..

¹²³ Errichtet wurde das Kunstgewerbemuseum zwischen 1876 und 1881 von Heino Schmieden und Martin Gropius, dessen Neffe Walter Gropius Begründer des Bauhauses war.

„Gropius-Bau“ Ende der 70er Jahre vor dem Abriss bewahrt und seitdem renoviert worden, so dass er nun erstmals seit dem Krieg in Teilen wieder zugänglich war.

Die Resonanz auf die Preußen-Schau in den in- und ausländischen Zeitungen war außergewöhnlich groß.¹²⁴ Während das Lob des renovierten Gropius-Baus als Ort der Ausstellung dabei fast ungeteilt war, wurde sowohl über von der Ausstellung wieder entdeckte gestalterische Mittel (Montage) als auch über einzelne Teile der Ausstellung nach deren Eröffnung weiter gestritten, insbesondere über den Ausstellungsraum „Preußen im Nationalsozialismus“.¹²⁵ Insgesamt war das Presse-Echo gekennzeichnet von der Feststellung einer neuen Konjunktur des Themas - was auf die Formel „Preußen-Welle“ gebracht wurde - und darüber hinaus auch eines neuen Interesses an Geschichte generell. Am Tag der Ausstellungseröffnung schrieb der Publizist Peter Jochen Winters in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „zu keiner Zeit wurde in Deutschland – und zwar in seinen beiden Teilen – so viel und von so vielen über Geschichte nachgedacht“. Nach der „jahrelange[n] Vernachlässigung der Geschichte“ und einem „Verlust des historischen Denkens“ habe die alte Reichshauptstadt Berlin jetzt eine neue Verpflichtung: „Von Berlin müssen Antworten auf die Fragen ausgehen, wo die Deutschen herkommen und wohin sie gehen. [...] Die Zeit ist reif, in Berlin – und nur in Berlin – ein repräsentatives [sic] Museum für deutsche Geschichte zu gründen“.¹²⁶ Dringend geboten sei die Museumsgründung gerade auch wegen des Geschichtsmuseums in Ost-Berlin, das durch die Propagierung eines sozialistischen Nationalbewusstseins zur Spaltung der deutschen Na-

¹²⁴ Vgl. die zweibändige Pressedokumentation des Berliner Senats, in: Berliner Senat (Hrsg.): Preußen. Ausstellung und Preußenbild im Spiegel der Medien, 2 Bde., Berlin 1981. Nach Auswertung des Senats standen die Artikel in Bezug auf positive oder negative Bewertung der Ausstellung im Verhältnis 4 zu 1. Vgl. Antwort auf die Große Anfrage über Bilanz des Preußen-Jahres, Drucksache 9/292 des Berliner Abgeordnetenhauses vom 22.12.1981, S. 3.

¹²⁵ Detailliert zu den umstrittenen Aspekten der Ausstellung ihr wissenschaftlicher Leiter, in: Schlenke, a.a.O., S. 560ff.

¹²⁶ Peter Jochen Winters: Ein Museum für deutsche Geschichte, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.8.1981, sowie Ders.: Es wird wieder, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.1981. Der Satz „Von Berlin müssen Antworten auf die Frage ausgehen...“ ist eine wörtliche Übernahme aus der Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, vom 2.7.1981.

tion beitrage. Mit dieser doppelt begründeten Forderung, die auf dem neuen Interesse an Geschichte und einer notwendigen Antwort auf das Ost-Berliner Museum basierte, hatte Winters ausgesprochen, was manchem Berliner Politiker schon länger vorschwebte. Schon im August 1978 hatte sich der Senat nämlich in einem Bericht für das Abgeordnetenhaus mit identischen Argumenten für eine „Sammlung zur Präsentation deutscher Geschichte“ ausgesprochen, allerdings mit dem Zusatz, dass „zunächst die Resonanz auf die Preußen-Ausstellung abgewartet werden soll“.¹²⁷

Die Preußen-Ausstellung war also von Anfang an auch Testlauf für ein größeres Fortsetzungsprojekt gewesen. Und gerade während der Vorbereitung dieses Probelaufs zwischen 1977 und 1981 veränderte sich die Situation in der geteilten Stadt. West- und Ost-Berlin schienen sich, auch vor dem Hintergrund der neuen „Erbe-und-Tradition“-Konzeption¹²⁸ der DDR, in eine Art Wettbewerb um Preußen zu begeben.¹²⁹ Die West-Berliner Vorbereitungen der Preußen-Ausstellungen wurden etwa erwidert durch die erneute Aufstellung des Reiterstandbilds Friedrichs II. Unter den Linden oder durch rechtzeitige Umstrukturierungen im Museum für Deutsche Geschichte. Preußen war politisch brisant und interessant, weil es als Metapher für deutsche Geschichte überhaupt zu funktionieren schien. Der Historiker Michael Stürmer etwa bemerkte zu dieser Konkurrenz um Preußen: „Wer die preußische Geschichte sich aneignet, der meint die künftige Gestalt der deutschen Nation. Wir täten gut daran, solche Ansprüche und Ziele ernst zu nehmen.“¹³⁰

¹²⁷ Auszüge aus dem Bericht des Berliner Senats an das Abgeordnetenhaus von Berlin vom 8.8.1978, in: Stölzl, a.a.O., S. 60. Die Idee eines nationalen Geschichtsmuseums ging dabei wohl auf den seit Juli 1977 amtierenden Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Werner Knopp, zurück.

¹²⁸ Günther Heydemann: Geschichtsbild und Geschichtspromaganda in der Ära Honecker. Die "Erbe-und-Tradition"-Konzeption der DDR, in: Ute Daniel und Wolfram Siemann (Hrsg.): Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung (1789-1989), S. 161-171.

¹²⁹ Wettbewerb und Konkurrenz um Geschichte hatte es seit der Teilung Berlins immer gegeben. Als ein Beispiel kann etwa der Verlust des Märkischen Museum für die West-Berliner und seine Ersetzung durch das Berlin-Museum gelten.

¹³⁰ Michael Stürmer: Ein Preußen für die DDR – umstrittenes Erbe, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 582-598, hier S. 585. Aufmerken ließ im Zusammenhang des von Winter geforderten Museumsprojektes der Kommentar Stürmers: „Ob die Bundesrepublik in den kom-

4.1.2 Zwei Konzepte für ein Museum

Als das Berliner Abgeordnetenhaus im Februar 1982 über die Bilanz des vorangegangenen Preußen-Jahres debattierte, waren sich mit Ausnahme der Alternativen Liste die Redner aller Fraktionen einig, dass der Erfolg der Preußen-Ausstellung in einer dauerhaften Geschichtsausstellung fortgesetzt werden sollte.¹³¹ Auf die Fragen der Opposition an den Kultursenator Wilhelm Kewenig, wie der CDU-regierte Senat zu diesem Projekt stehe, antwortete dieser vage und erwähnte mit keinem Wort eine seit Mitte Januar vorliegende Denkschrift zu diesem Thema. Noch im Vorjahr hatte der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker die vier Historiker Hartmut Boockmann, Eberhard Jäckel, Hagen Schulze und Michael Stürmer beauftragt, sich Gedanken zu einem Museum für deutsche Geschichte zu machen.¹³² Wenige Monate nach der erfolgreichen Preußen-Ausstellung legten diese Historiker die ersten konzeptionellen Überlegungen zu der Frage vor, „ob und wie ein Deutsches Historisches Museum in Berlin aufzubauen sei“¹³³.

An den Anfang ihrer Denkschrift stellten die vier Geschichtswissenschaftler eine „geistig-politische Begründung“ des Museumsprojektes. Dabei definierten sie in Anlehnung an den niederländischen Historiker Johan Huizinga „Geschichte als die Form, in der eine Nation, ein Volk, eine Gesellschaft sich über sich selbst Rechenschaft ablegt“.¹³⁴ Ein neues Interesse an dieser „Rechenschaft“ sei unübersehbar, die Einschätzung der Historiker entsprach somit dem Tenor der zeitgenössischen Medienberichterstattung über den „Geschichtsboom“. Die Kommission beschränkte sich allerdings nicht auf die Diagnose des

menden Jahren hinreichend geistige Spannkraft aufbringt, dieser geistig-nationalen Herausforderung [durch die DDR] kraftvoll und schöpferisch [sic] zu begegnen, das steht dahin.“, Ebd., S. 593.

¹³¹ Abgeordnetenhaus von Berlin, Stenographischer Bericht, 16. Sitzung, Plenarprotokoll 9/16, S. 877-885.

¹³² Keiner der vier war allerdings als wissenschaftlicher Berater der Preußenausstellung tätig gewesen, wie beispielsweise die Historiker Karl Dietrich Bracher, Gordon Craig, Reinhard Rürup oder Fritz Stern. Warum sie dennoch mit der Denkschrift beauftragt wurden, ist nicht bekannt.

¹³³ Denkschrift von Hartmut Boockmann, Eberhard Jäckel, Hagen Schulze und Michael Stürmer für den Senator für Wissenschaft und Kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin vom Januar 1982, in: Stölzl, a.a.O., S. 61-66, im Folgenden kurz „Denkschrift 1982“.

¹³⁴ Denkschrift 1982, in: Stölzl, a.a.O., S. 61.

Trends, sondern meinte auch dessen Ursachen - nämlich einen neuen Bedarf an „Identitätsbestimmung“- zu kennen. Hinter diesem neuen Interesse stehe nämlich eine „gesteigerte Unsicherheit über die deutsche Ortsbestimmung“, ein Suchen nach „Befestigung politischer und gesellschaftlicher Identität“. Fast versteckt unter dem Punkt „Ort und Gebäude“ wurde die spezifische Aufgabe eines nationalen Geschichtsmuseums dann präzisiert: „Der Kommission ist bewußt, daß das Staatsbewußtsein der Bundesrepublik Deutschland gekräftigt werden muß.“ Und „ohne eine bewußte Auseinandersetzung mit Idee und Geschichte des deutschen Nationalstaats muß ein Staatsbewußtsein der Bundesrepublik unwirklich bleiben.“¹³⁵ Ausschlaggebend für ein derartiges Museum war danach also nicht Lust oder unbestimmtes Interesse an Geschichte, das sich in Besucherzustrom und Literaturnachfrage ausdrückte, sondern ein klar definierter Auftrag, der eindeutig nationalpädagogischen Charakter hatte. Der Besuch im Museum sollte also - etwas überspitzt formuliert – ein gestärktes Staatsbewusstsein bewirken. Die Eingangsfrage, ob ein Deutsches Historisches Museums aufgebaut werden solle, war durch die als notwendig eingeschätzte Fundierung eines Staatsbewusstseins mit „ja“ beantwortet und nur jene nach dem „Wie“ übrig geblieben.

Noch im Vorsatz zur inhaltlichen Beschreibung des Museums betonten die Verfasser, dass die deutsche Geschichte in „Größe wie Belastung [sic], Weimar wie Auschwitz“¹³⁶ erfasst werden müsse, womit eine selektive Vorgehensweise bei der Auswahl des Darzustellenden ausgeschlossen werden sollte. Als „Gesamtthema“ des Museums empfahl die Denkschrift die „Problematik des deutschen Nationalstaats in Europa seit dem 18. Jahrhundert“. Der Auftrag war allerdings weiter gefasst, als diese Überschrift auf den ersten Blick suggerierte. Denn folgend hieß es, zeitlich solle die Dauerausstellung zwar mit der „Formierungsphase der modernen Nationalidee“ um 1770 einsetzen, thematisch dann aber „die Geschichte der materiellen, geistigen und politischen Kultur der Deutschen aller Schichten im europäischen Raum [...] erfassen“¹³⁷. Letzteres war eine dreifache Erweiterung des „Gesamtthemas“, nämlich erstens in der Ablehnung einer rein politikgeschichtlichen Perspektive, zweitens in Bezug auf die Geschichte verschiedener Bevölkerungsschichten und drittens durch die Einbettung in einen europäischen Rahmen. Diese Erweiterung wurde unter-

¹³⁵ Ebd., S. 62.

¹³⁶ Ebd., S. 61f.

¹³⁷ Ebd., S. 62.

strichen durch die Empfehlung, „die herkömmliche Verengung [...] auf die deutsche Nationalgeschichte zu überwinden“ und sogar „dringend die traditionellen Handbuchkapitel der Politikgeschichte und die damit verbundenen Zäsuren zu vermeiden.“¹³⁸ Letzteres allerdings aus pragmatischen Gründen, da die Beschaffung von Ausstellungsstücken zu zentralen politischen Entscheidungssituationen als problematisch eingeschätzt wurde. Stattdessen sollte die Dauerausstellung dem recht abstrakten Prinzip folgen, „die Entstehung, die Entfaltung, den Höhepunkt und das Zurücktreten historischer Fragestellungen und Probleme“ zu veranschaulichen. Solche so genannten „Längsschnitt-Themen“ wurden durch mehrere Beispiele illustriert: „Entwicklung der deutschen Nationalkultur“, „Krieg und Revolution als Geburt der Deutschen Nation“, „Formen der Bürgerlichkeit“, „Nationalismus und Identität“, „Politische Kultur der Demokratie“ oder „zwei deutsche Staaten - zwei deutsche Geschichten?“ um nur einige zu nennen.¹³⁹ Um Rahmen und Ursachen dieser Prozesse zu erklären, schlugen die Historiker vor, den Längsschnitt-Themen einige Räume zu Bedingungen deutscher Geschichte vorzuschalten, etwa zu Territorialstaatlichkeit, geographischer Mittellage und wechselnden Grenzverläufen. Bei aller Kürze dieser konzeptionellen Erläuterungen zur Dauerausstellung lässt sich erkennen, dass hier in recht abstrakten, wohl aber großen Dimensionen geplant wurde.

Um die „geistige Spannkraft des Museums“¹⁴⁰ zu steigern, sollte die ständige Präsentation um zwei wechselnde Ausstellungen pro Jahr ergänzt werden, die zeitlich auch vor die Formierungsphase der Nation zurückgehen durften, wie beispielsweise „Frühes Mittelalter, Römer in Deutschland“¹⁴¹. Diese Kombination aus Dauer- und Wechselausstellung entsprach dem Modell des Ost-Berliner MfDG, das hier als Beispiel freilich nicht angeführt wurde. Von diesen Wechselausstellungen nun hatten die Autoren der Denkschrift bereits genauere Vorstellungen. Vier Typen wurden vorgeschlagen: erstens die Gegenwart prägende Ereignisse in Verbindung mit einprägsamen Jah-

¹³⁸ Ebd., S. 64.

¹³⁹ Die übrigen Vorschläge waren: „Industrielle und wirtschaftliche Einigung Deutschlands“, „Soziale Frage“, „Österreichs Weg aus der deutschen Geschichte“, „Weltpolitik und Weltkrieg“, „Verführung und Gewalt des Nationalsozialismus“, „Zerstörung der Zivilisation“, „Deutschland im Kräftefeld der Sieger“. Vgl. Denkschrift 1982, in: Stölzl, a.a.O., S. 64.

¹⁴⁰ Ebd., S. 63.

¹⁴¹ Ebd., S. 62.

restagen (z.B. „1848-1998: 150 Jahre Revolution von 1848/49“), zweitens „Große Themen“ (z.B. „Das Energieproblem in der deutschen Geschichte“, Verkehrssysteme in Deutschland“, „Siedlungsformen“), drittens „Alltag im Wandel“ (z.B. „Arbeit“, „Wohnen“, „Reisen“) und viertens Gastspiele anderer Museen. Besonders die Typen drei und vier hoben sich von den anderen Vorschlägen, auch denen zur Dauerausstellung, ab. Sie waren deutlicher auf Veranschaulichung ausgelegt als die abstrakt gehaltenen Gedanken zur ständigen Präsentation. Außerdem boten sie sich in ihrer kulturgeschichtlichen Anlage stärker für die angestrebte Einordnung in den europäischen Zusammenhang an.

Was die Ausstellungsprinzipien des Museums betraf, waren die Empfehlungen der Denkschrift präzise, teils kompromisslos. So wurden die Beschränkung auf authentische Objekte und der Verzicht auf Nachbildungen gefordert: „Surrogate [...] sind strikt zu vermeiden.“¹⁴² Damit wurde Stellung bezogen gegen die eingangs vorgestellte und beispielsweise von Otto Lauffer am Anfang des Jahrhunderts vertretene pragmatische Position, Nachbildungen dort zuzulassen, wo besondere Originalstücke nur einmal vorhanden und/oder nicht zu beschaffen seien. Zudem distanzieren sich die Historiker deutlich von verschiedenen neueren Vermittlungsmethoden: So sei auf „aktuelle Tricks, wie sie von mediendidaktischer und museumspädagogischer Seite gerne verwandt werden, zu verzichten“.¹⁴³ Diese letztere Vorstellung vom Medium Museum mit ihrer Ablehnung moderner Vermittlungsmethoden war eher altmodisch und überrascht in ihrer Kompromisslosigkeit, auch weil sie nicht begründet wurde, etwa durch kontrastive Bezugnahme auf andere in- und ausländische Versuche, Geschichte auszustellen. Einzig die Ausstellung im Reichstag mit ihrem Stil „bloße[r] Dokumentation“ wurde en passant als zu vermeidendes Beispiel genannt. Gerade weil die betreffenden Historiker thematisch die Beschäftigung mit der Geschichte „der Deutschen aller Schichten“ empfohlen hatten, hätte eine Auseinandersetzung mit den inhaltlichen und didaktischen Innovationen des Frankfurter Historischen Museums allerdings nahe gelegen.

Weiter enthielt die Denkschrift eine ausführliche Stellungnahme zum geeigneten Ort des Museums. Hintergrund war hier die in Berlin mit der Preußen-Ausstellung im Gropius-Bau aufgekommene Diskussion um die Weiterverwendung des neu renovierten Gebäudes, auf die

¹⁴² Ebd., S. 64f.

¹⁴³ Ebd., S. 64f.

noch genauer einzugehen sein wird. Die Verfasser der Denkschrift plädierten für den Gropius-Bau und lehnten zwei alternative Orte für das Geschichtsmuseum klar ab: die Zitadelle in Spandau und den Reichstag, erstere mit der Begründung „eine Festung ist als Gehäuse für ein Deutsches Historisches Museum unannehmbar“, letzteren dagegen, weil er „eine offene Frage an die Zukunft“ sei.¹⁴⁴ Die Bestimmtheit, mit der die Aussprache für den Gropius-Bau als Ort eines Deutschen Historischen Museums erfolgte, muss als Konzession an den Berliner Senat als Auftraggeber der Denkschrift verstanden werden und erwies sich im Berliner Kontext für die weitere Entwicklung des Projektes als verhängnisvoll, da auch durch diese Fixierung auf ein bestimmtes Gebäude die Realisierung des Projektes erheblich verzögert wurde.

Insgesamt bewegten sich die vier Historiker merkwürdig unentschlossen zwischen traditionellen und modernen Vorschlägen für ein von ihnen gefordertes „Deutsches Historisches Museum“. Auf thematischer Seite standen innovative und anschauliche Vorschläge zu Sonderausstellungen den wenig konkreten und letztlich entgegen der geäußerten Absicht doch nationalgeschichtlich fixierten Themen der Dauerausstellung entgegen. Der Einbezug methodischer Innovationen wie der Mentalitätsgeschichte wurde zwar als „unumgänglich“ bezeichnet und die Vermeidung traditioneller Handbuchzäsuren angeraten, die Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Fragestellungen schien aber eher halbherzig aufgenommen worden zu sein. Auf gestalterischer Seite können die Pläne in ihrer Ablehnung von Medieneinsatz und Museumspädagogik als anachronistisch gelten. Dieses Museumsverständnis war wohl auch Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber dem Medium. Schließlich hatten nur zwei der vier Autoren der Denkschrift, nämlich Boockmann und Jäckel, sich vorher bekanntermaßen mit dem Thema „Geschichte im Museum“ befasst, Boockmann als Beobachter der Versuche der 70er Jahre, Geschichte neu ins Museum zu bringen, und Jäckel als Berater des Rastatter Projektes von 1973. Gerade bei dieser bescheidenen Vorbildung in Sachen musealer Präsentation hätte der Erfahrungsschatz von Museumsexperten ebenso zu Rate gezogen werden können wie jener der Verantwortlichen der großen Geschichtsausstellung im Reichstag.

Aufschlussreich sind die Schlussfolgerungen, welche die Denkschrift für das weitere Vorgehen zum Museumsaufbau zog. „Die erste Realisierungsstufe“, so Boockmann, Jäckel, Schulze und Stürmer, „sollte in

¹⁴⁴ Ebd., S. 63.

einer Reihe von Gesprächsrunden ohne Öffentlichkeit zur Gewinnung der Kooperation auf den Ebenen der Politik und der Museen bestehen.¹⁴⁵ In der nächsten Phase sollte eine Arbeitstagung „mit ausgewählten Fachleuten unter Einschluß sachkundiger Journalisten“ stattfinden, und zwar zum Thema „Kann deutsche Geschichte dargestellt werden?“ „Diese Arbeitstagung“, so der Vorschlag, „sollte in einem Stadium erfolgen, in dem die Grundsatzentscheidungen bereits gefallen sind.“ Dieses geheimniskrämerische Benehmen und die vorgeschobene Legitimation durch eine Fachtagung mit handverlesenen Teilnehmern wurden nicht weiter begründet. Insbesondere vor dem Hintergrund des Schlusssatzes der Denkschrift wirkt diese Vorgehensweise unverständlich. Hier heißt es ja in nahezu prophetischer Formulierung, „ein Deutsches Historisches Museum in Berlin [könne] aller Voraussicht nach nur dann entstehen [...], wenn es in jeder Phase der Vorbereitung [...] als nationale und überparteiliche Angelegenheit begriffen und behandelt wird“.¹⁴⁶ Warum dann die Öffentlichkeit vom Meinungsbildungsprozess einer immerhin mit öffentlichen Geldern zu finanzierenden Institution „von nationaler Bedeutung“ ausgeschlossen werden sollte, ist sehr fragwürdig. Konsequenterweise folgte Kultursenator Kewenig allerdings dem Vorschlag und veröffentlichte das Memorandum nicht, sondern ließ einige Zeit verstreichen und gab dann eine zweite Denkschrift in Auftrag. Diesmal wurde Stephan Waetzoldt, der langjährige Generaldirektor der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz, um Begutachtung gebeten, wobei es nicht mehr so sehr um die Frage der Legitimität der Museumsgründung, sondern vielmehr um deren Machbarkeit ging.

Ein Jahr nach der Denkschrift der Historiker lag im Januar 1983 dann jene des Museumsexperten vor.¹⁴⁷ Waetzoldts deutlich umfangreicheres Memorandum enthielt bereits detaillierte Empfehlungen zu Trägerschaft und Haushalt der Institution. Daneben verortete er das Projekt ebenso in der bisherigen Tradition historischer Museen, wie er auch zahlreiche museumsspezifische Aspekte abhandelte, die zu berücksichtigen seien. Zur Begründung eines Geschichtsmuseums mit neuen Ansätzen griff er teils schon bekannte Argumente auf. „Das Bedürfnis der Bevölkerung an visueller Darstellung der Geschich-

¹⁴⁵ Ebd., S. 66.

¹⁴⁶ Ebd., S. 66.

¹⁴⁷ Denkschrift von Stephan Waetzoldt über ein Deutsches Historisches Museum in Berlin vom Januar 1983, in: Stölzl, a.a.O., S.84-97, im Folgenden kurz „Denkschrift 1983“.

te“¹⁴⁸ sei vielfach artikuliert worden, insbesondere durch den Besucherstrom in die diversen kulturhistorischen Ausstellungen. Daneben seien seiner Meinung nach vier weitere wesentliche Motive für den Aufbau eines Deutschen Historischen Museums zu nennen:¹⁴⁹ erstens die Notwendigkeit, übergreifende historische Zusammenhänge der *einen* deutschen Kulturnation vor dem Hintergrund zweier deutscher Staaten anschaulich zu machen, also das Gemeinsame in der Geschichte zu betonen. Ausgerechnet dieses Argument eines Entgegenwirkens gegen die, so Waetzoldt, „Ausdifferenzierung der Geschichte des Gebietes der heutigen DDR aus dem Bewußtsein der Bürger der Bundesrepublik“ fehlte interessanterweise in der Denkschrift der Historiker, die einem eigenen bundesrepublikanischen Staatsbewusstsein Priorität zumaßen. Zweitens müsse die „zunehmende [...] Identifikation des Bürgers mit immer kleineren regionalen Einheiten“ ernst genommen werden, aber andererseits deutlich gemacht werden, „daß es auch übergeordnete politische und gesellschaftliche Verpflichtungen gibt, die geschichtlich begründet und notwendig zum Überleben einer Kulturnation sind“. Diese Befürwortung eines Gegengewichts zu regionaler Identifikation dürfte - ohne deren explizite Nennung - auf neue lokale Initiativen wie die entstehende Bewegung der Geschichtswerkstätten und einer „Geschichte von unten“ gemünzt gewesen sein, auf die zurückzukommen ist. Drittens sei zum Verständnis der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen eine Darstellung deutscher Geschichte „im internationalen Rahmen“ geboten. Hier empfahl Waetzoldt in Ergänzung der 1982er Denkschrift: „Internationaler Kontext bedeutet aber nicht allein den Bezug auf Europa.“ So gesehen war der in beiden Denkschriften unausgesprochene Verzicht auf den Titel „Nationalmuseum“ vielleicht konsequent. Das vierte und letzte Argument für die Gründung des Geschichtsmuseums war die museale Unterrepräsentierung der Zeitgeschichte. Es sei „notwendig [...], sich mehr als bisher mit der jüngeren deutschen Vergangenheit, insbesondere dem Nationalsozialismus, auseinanderzusetzen“, da „im Museums- und Ausstellungsbereich in dieser Beziehung zu wenig“ geschehen sei. Als Beispiel führte Waetzoldt die Ausstellung im Reichstag an, in der die Kapitel 1933-1945 sowie die Nachkriegsgeschichte zu schwach vertreten seien. Bemerkenswert, dass auch dieses Argument in der Denkschrift der Historiker fehlte. Das Verhältnis zur Reichs-

¹⁴⁸ Denkschrift 1983, in: Stölzl, a.a.O., S. 87.

¹⁴⁹ Ebd., S. 89f.

tags-Ausstellung betreffend, hielt das Memorandum außerdem fest, dass der Aufbau eines neuen Museums nur sinnvoll sei, wenn ein Fortbestehen der Reichstags-Ausstellung dann aufgegeben werde.¹⁵⁰ Unterschiede zum Memorandum der Geschichtswissenschaftler bestanden auch bei den Empfehlungen zu Inhalt und Ausstellungsprinzipien des geplanten Museums. In Bezug auf die Ausstattung der Dauerausstellung teilte Waetzoldt zwar die Meinung der Historiker, dass auf Grund der bestehenden „Marktsituation“ vor allem Material aus dem 19. und 20. Jahrhundert gesammelt werden könne. Dass man dieses Defizit durch Dauerleihgaben hoher Qualität aus anderen bundesdeutschen Museen, wie etwa dem Germanischen Nationalmuseum, kompensieren könne, widersprach nach Einschätzung des Museumsfachmanns jedoch jeglicher Erfahrung. Diese Tatsache solle dennoch nicht abhalten von der Darstellung früherer Epochen, für die das Memorandum immerhin ein Viertel der Ausstellungsfläche reservierte.¹⁵¹ Dem zu erwartenden Mangel an Originalobjekten sollte nach Waetzoldts Einschätzung kreativ begegnet werden, wie er auch insgesamt dazu aufforderte, die „Traditionslosigkeit“ des neuen Museums als „Vorzug“ zu begreifen.¹⁵² Neue Wege sollten beschritten werden, sowohl durch unkonventionelles Vorgehen beim Einkauf von Objekten zum Beispiel auf Flohmärkten wie auch durch ein Abrücken von „Echtheitsfetischismus“ und „Originalitäts-Snobismus“. Dreidimensionale Replikate zur Verdeutlichung wichtiger Zusammenhänge sollten zwar klar als Nachbildungen gekennzeichnet werden, aber einen Verzicht auf dieselben, wie er in der 1982er Denkschrift explizit verlangt worden war, lehnte Waetzoldt nach einem längeren Exkurs zur Vorgeschichte dieser Fixierung auf Originale als unrealistisch ab. Probleme bei der Beschaffung von Originalen und die Aufgabe, trotzdem

¹⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 94f. Die Tatsache, dass die erste Denkschrift in der Reichstag-Ausstellung keine Konkurrenz sah, die zweite aber wohl, lag am unterschiedlichen Museumsverständnis der Autoren. Die ausschließliche Fixierung auf Originale, wie sie die Historiker vorgeschlagen hatten, vermied letztlich eine Konkurrenzsituation mit der primär auf Abbildungen und multimediale Mittel vertrauenden Präsentation der Bundestagsverwaltung. Dazu kam, dass Waetzoldt seinerzeit selbst im Beirat der Reichstags-Ausstellung gesessen hatte.

¹⁵¹ Die Gesamtgliederung des Museums ging aus von 1/4 Mittelalter und frühe Neuzeit, 2/4 19. Jahrhundert sowie 1/4 20. Jahrhundert mit „Diskussions-Ausstellungen“ (z.B. Energiewirtschaft). Vgl. Denkschrift 1983, in: Stölzl, a.a.O., S. 90-94.

¹⁵² Ebd., S. 86 und 90f.

ein Höchstmaß an Anschaulichkeit zu erreichen, stellten an Konzeption und Design des Museums-Inhaltes extreme Anforderungen. Daher empfahl Waetzoldt, vom Abzielen auf Aha-Erlebnisse durch Anblick hochwertiger Kunstwerke ebenso abzurücken wie von der Vermittlung reinen Faktenwissens, sondern einen Mittelweg anzustreben.

Ziel des Geschichtsmuseums solle es nämlich sein, eine Vermittlung von Zusammenhängen, Gründen und Folgen der Geschichte anzustreben, die zuerst Grund- und Vorinformationen darlegen und dann zu intelligenter Fragestellung über Geschichte und auch über gegenwärtige Probleme anregen solle. Das Historische Museum wurde also erneut, wie zehn Jahre zuvor beispielsweise in Frankfurt, als „Lernort“ gedacht, allerdings in abgewandelter und nüchterner Form, „nicht als Gegenüber von Lehrenden und Lernenden (im Museum: belehrende Schrift- oder Bildtafel und rezipierender Leser und Betrachter), sondern als Prozeß des Erlebens.“¹⁵³ Der Museumsbesucher solle sich mit der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Situation der Vergangenheit identifizieren und Handlungsabläufe nachvollziehen. Gelingt dies, sei ein wirklicher Bildungseffekt beim Besucher erreicht. Waetzoldt präziserte seine Vorstellungen vom Historischen Museum als Lernort und Bildungsstätte, indem er den Abbau bekannter Barrieren für Museumsbesuche forderte: etwa die Konzeption der Darbietung mit Rücksicht auf Personen mit nichtakademischer Vorbildung oder die Beachtung von Unterhaltungsbedürfnissen. Statt fachspezifischer Wissensvermittlung solle das Historische Museum aus der Geschichte überkommene und für die Zukunft notwendige Verhaltensformen vermitteln: „zum Beispiel Toleranz, Verständnis für die Spannung zwischen Zwang und Freiheit im öffentlichen und persönlichen Handeln“ oder auch „Grundwissen über die Pluralität gesellschaftsformender Ideen und deren Erscheinungsbild in der historischen Realität“.¹⁵⁴ Das Museum solle zudem nicht davor zurückschrecken, „brennende und aktuelle Themen“ sowie „deren historische Wurzel[n] und deren geschichtliche[n] Verlauf“ in der Dauerausstellung zu entfalten. Die Geschichte der Arbeiterbewegung, der Sozialgesetzgebung oder des Bildungswesens nannte er als Beispiele. Mit Bezug auf die inhaltlichen Vorschläge der 1982er Denkschrift mahnte er die Berücksichtigung der Darstellbarkeit an: denn „wie Geburtswehen oder Fehlgeburten bei dem Werden oder Scheitern eines deutschen Nationalstaates in einem Museum anschaulich

¹⁵³ Ebd., S. 91.

¹⁵⁴ Ebd., S. 92.

gemacht werden sollen, muß erst noch beantwortet werden.“¹⁵⁵ Aus Waetzoldts Sicht war es der Fehler der Preußen-Ausstellung gewesen, die Konzeption den „von fachinternen Axiomen ausgehenden Historikern“ zu überlassen. Dieser Fehler dürfe nicht wiederholt werden, da jede Konzeption des Geschichtsmuseums zuerst von der Anschauung ausgehen müsse.

Zusammenfassend urteilte Waetzoldt, ein Deutsches Historisches Museum in Berlin sei machbar, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen. In Bezug auf eine innovative Museumskonzeption unverzichtbar seien dabei „neue Medien, moderne – technische – Lernhilfen, unorthodoxe Methoden der Präsentation, Neubeurteilung der Wertigkeit von Original und Replikat im Hinblick auf den Bildungsnutzen.“¹⁵⁶ Das Memorandum schloss mit der Bemerkung: „Es darf [...] nur ein Museum ‚neuen‘ – oder besser – ‚besonderen‘, eben ‚Berliner‘ Typus entstehen: Ein Geschichts- kein Kunstmuseum!“¹⁵⁷ Könnten sich Senat und Abgeordnetenhaus dazu nicht bekennen, sei es besser, auf die Gründung zu verzichten.

Auch wenn es einzelne Übereinstimmungen zwischen den beiden Denkschriften gab, die fortan Grundlagen aller weiteren Diskussionen waren, ergibt sich aus der Summe der Vorschläge des Museumsexperten offensichtlich ein anderes Historisches Museum, als es den Geschichtswissenschaftlern vorgeschwebt hatte. Weil man es versäumt hatte, von Anfang an Experten der Geschichtsschreibung und solche des Museumswesens zusammenzubringen und stattdessen beide Gruppen einzeln befragt hatte, lagen dem Kultursenator Kewenig, der nach Regierungsumbildung im Frühjahr 1983 von Volker Hassemer abgelöst wurde, nun zwei Konzepte für ein Museum vor. Öffentlichkeitswirksam kam das Thema wieder auf die Agenda, als das Berliner Museumsprojekt überraschend in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 4. Mai 1983 auftauchte. Im Zusammenhang mit der Bekräftigung seines Plans, für Besucher des Regierungssitzes in Bonn eine Dokumentation über die Geschichte der Bundesrepublik einzurichten, bemerkte Helmut Kohl: „1987 blickt Berlin auf 750 Jahre seiner Geschichte zurück. In der alten Reichshauptstadt soll ein Deutsches Historisches Museum errichtet werden. Wir, die Bundesregierung, wollen bei der Verwirklichung helfen, und wir wünschen, daß

¹⁵⁵ Ebd., S. 93.

¹⁵⁶ Ebd., S. 97.

¹⁵⁷ Ebd., S. 97.

das neue Museum im Jubiläumsjahr seine Tore öffnen kann.“¹⁵⁸ Wie das Berliner Projekt in die Regierungserklärung des Bundeskanzlers hineingeraten war, blieb ungewiss.¹⁵⁹ Klar war hingegen, dass damit sowohl ein klarer Zeitrahmen genannt als auch ein gewisses überregionales Interesse an dem Berliner Vorhaben stimuliert wurde, auch wenn die Zusage des Kanzlers vorerst vage formuliert war.

4.1.3 Ein Museum neben dem Gedächtnisort

Im Anschluss an den Erfolg der Preußen-Ausstellung blieb die Diskussion um ein Deutsches Historisches Museum für etwa drei Jahre im Wesentlichen auf Berlin beschränkt, trotz der Erklärung des Bundeskanzlers. Ein wichtiger Grund für das Desinteresse der überregionalen Medien an einem geplanten Museum für deutsche Geschichte lag in der Vernachlässigung der inhaltlichen Diskussion und der zunehmenden Verengung der Debatte auf die Frage des Museumsstandortes. Zwar hatte die Berliner Morgenpost seit Anfang 1982 mit einer Serie von Artikeln und Interviews verschiedene Akteure aus Politik und Kultur zu Wort kommen lassen und damit versucht, den Anstoß des Preußen-Jahres aufzunehmen und die Entwicklung des Museumsprojekts voranzubringen, aber rasch zeichnete sich die Dominanz der Standortfrage bei fortdauernder inhaltlicher Unschärfe der Museumspläne ab. Frühzeitig hatten sich Probleme abgezeichnet aus der Verknüpfung des geplanten Geschichtsmuseums mit dem Gebäude des ehemaligen Kunstgewerbemuseums (Martin-Gropius-Bau), die sowohl von Seiten des Senats als auch verschiedener Museumsbefürworter favorisiert worden, aber in keiner Weise zwingend gewesen war.¹⁶⁰ Die Schwierigkeiten mit dem vorgeschlagenen Standort lagen zum einen darin, und das war die Berlin-spezifische Seite des Problems, dass für das Gebäude vor seiner Zwischennutzung durch die

¹⁵⁸ Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 4. Mai 1983, in: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 4. Sitzung, Plenarprotokoll 10/4, S. 73.

¹⁵⁹ So Christoph Stölzl gegenüber dem Autor im Gespräch vom 9. März 2004. Vgl. Roland H. Wiegenstein: Berliner Querele – Zur Zukunft des Gropiusbaus, Frankfurter Rundschau, 17.5.1983.

¹⁶⁰ Die Verknüpfung des Museumsprojektes mit dem Gropius-Bau ging auf den in Kapitel 4.1.1 zitierten Artikel von Peter Jochen Winters zurück, der seinen Vorschlag am Eröffnungstag der Preußen-Ausstellung in der FAZ unterbreitet hatte.

Preußen-Ausstellung eine Herrichtung zum „Zentrum für Bildende Kunst“ geplant gewesen war und die neue Verwendungsidee zwangsläufig den Widerstand verschiedener kulturpolitischer Akteure hervorrief. Zum anderen, und das hätte die Standortfrage des Geschichtsmuseums eigentlich auch überregional interessant machen sollen, lag der Gropius-Bau in einer ganz besonderen Geschichtslandschaft, deren Bedeutung als Erinnerungsort erst Anfang der 80er Jahre wieder entdeckt worden war.

Direkt neben dem alten Kunstgewerbemuseum, auf einem Gelände, das von Wilhelmstraße, Prinz-Albrecht-Straße¹⁶¹ und Anhalter Straße begrenzt wurde, waren zwischen 1933 und 1945 die Schaltzentralen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft untergebracht. In unmittelbarer Nähe zum alten Regierungsviertel um die Wilhelmstraße hatten sich hier die Geheime Staatspolizei, die SS-Führung und das Reichssicherheitshauptamt im Prinz-Albrecht-Palais und verschiedenen benachbarten Gebäuden niedergelassen. Von den Schreibtischen in diesen Gebäuden wurden die Verfolgung der Regimegegner wie auch der Völkermord an den europäischen Juden organisiert. Im Keller des Gebäudes Prinz-Albrecht-Straße 8 befand sich außerdem das Hausgefängnis der Gestapo, in dem politische Gegner vor und nach ihrer Folterung untergebracht waren.¹⁶² Die Gebäude auf diesem Grundstück waren nach Kriegsende teilweise stark beschädigt, wurden abgerissen und planiert, bevor diese Ecke der südlichen Friedrichstadt durch den Mauerbau in Randlage geriet und zu einer Art Niemandsland wurde. Bis Anfang der 60er Jahre hatte man hier „Geschichte [...] durch Abriß bewältigt, die Erinnerung [...] durch Enttrümmerung getilgt“.¹⁶³ In Vergessenheit geraten war die Geschichte des gewaltigen 62.000qm großen Trümmergeländes, für das der Historiker Wolfgang Scheffler später den Begriff vom „Ort der nicht-

¹⁶¹ Heute Niederkirchnerstraße.

¹⁶² Vgl. Johannes Tuchel und Reinold Schattenfroh: Zentrale des Terrors: Prinz-Albrecht-Str. 8, Das Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987. Dokumentation der Geschichte des Geländes in der Ausstellung „Topographie des Terrors“.

¹⁶³ So Ulrich Eckhardt, Intendant der Preußen-Ausstellung und damaliger Leiter der Berliner Festspiele GmbH in seinem Diskussionsbeitrag der Berliner Morgenpost-Serie zur Zukunft des Gropius-Baus, in: Ders.: Alle Sparten der Kultur in die Pflicht nehmen, Berliner Morgenpost, 21. März 1982, zitiert nach: Stölzl, a.a.O., S. 76f.

angenommenen deutschen Geschichte¹⁶⁴ prägte. Neben der Ruine des Gropius-Baus, die durch Zufall dem Abriss entgangen war, konnten Fahranfänger auf den Trümmern des Prinz-Albrecht-Palais in einem Autodrom ihre Proberunden drehen. Erst Ende der 70er Jahre wurde das „Prinz-Albrecht-Gelände“ als Gedächtnisort wieder entdeckt, als von verschiedenen Seiten gegen den Bau einer Schnellstraße über dieses Gelände protestiert wurde und Forderungen nach einem Mahnmal für die Opfer der NS-Herrschaft laut wurden. Im Zusammenhang mit der Preußen-Ausstellung 1981 wurde die Geschichte des Areals neben dem Gropius-Bau dann einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, unter anderem indem die Ausstellungsmacher durch ein Fenster des Ausstellungsraums „Preußen im Nationalsozialismus“ den Bezug zur Vorgeschichte des Nachbargeländes herstellten.¹⁶⁵

In der Berliner Diskussion um die Verwendung des Gropius-Baus als Historisches Museum fanden sich anfangs parteiübergreifend zahlreiche Befürworter für die Präsentation deutscher Geschichte in dieser symbolträchtigen Landschaft zwischen preußischem Landtag, altem Regierungsviertel, verschütteten Fundamenten der NS-Terrorzentrale und der Berliner Mauer.¹⁶⁶ Auch die Verfasser der Denkschrift von 1982 sahen ein Geschichtsmuseum hier gut platziert. Problematisiert wurde diese Lage des Museums erst, als die Vorstellungen des Senats im Frühsommer 1983 an Schärfe gewannen und nicht nur ein Wettbewerb für die Gestaltung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ zum Park mit Mahnmal ausgeschrieben wurde. Die Finanzierung der letzten Renovierungsphase des Gropius-Baus sollte nun mit Blick auf das Historische Museum erfolgen. Das alte Kunstgewerbemuseum wurde für eine Institution reserviert, über deren Inhalt der Senat noch keinerlei präzise Informationen an die Öffentlichkeit gegeben hatte.

Gegen diese Konkretisierung der Museumsplanungen formierte sich nun Widerstand von verschiedenen Seiten, den die Akademie der Künste schließlich organisatorisch vereinte. Nach zwei folgenlosen Resolutionen, die den Senat zum Abrücken von den bisherigen Plänen

¹⁶⁴ Zitiert nach der Internet-Version der Dokumentation "Topographie des Terrors", die seit Dezember 1997 als Open-Air Ausstellung auf dem Gelände gezeigt wird: http://www.topographie.de/openair/5_3.html (29.3.2004)

¹⁶⁵ Vgl. den Ausstellungsführer: Korff: a.a.O., 1981, S. 594.

¹⁶⁶ Zumindest was die Lage an der Mauer betraf, hätte sich eine Parallele des Geschichtsmuseums zum Reichstag ergeben, der ein Jahrzehnt früher eine Ausstellung aufgenommen hatte und ebenfalls vor dem Hintergrund der betonierten Teilung das Vereinende der deutschen Geschichte ausstellte.

aufforderten, lud der damalige Akademiepräsident Günter Grass den Kultursenator zur Diskussion mit rund zwei Dutzend Protagonisten aus Politik, Kunst, Kultur und Wissenschaft.¹⁶⁷ Grass berief sich dabei auf die Satzung der Akademie, die eine Verpflichtung zur Beratung des Landes Berlin in kulturellen Angelegenheiten enthielt. Das gemeinsame Anliegen der Teilnehmer war, einen Kurswechsel des Senats zu erzwingen, hin zu einem öffentlichen und vor allem ergebnisoffenen Planungsprozess in Bezug auf den Gropius-Bau. Weil dieser ursprünglich ein „Zentrum für Bildende Kunst“¹⁶⁸ werden sollte, meldeten in der Veranstaltung der Akademie verschiedene Akteure der bildenden Kunst ihre speziellen Interessen an. Der Direktor der Staatlichen Kunsthalle als potentieller Nutzer der Immobilie hatte schon zuvor den Begriff der „Kuckuckslösung“¹⁶⁹ geprägt: die Geschichtsmuseumsfraktion wolle ihr Geschichts-Ei einfach in das gemachte Nest der Kunstszene legen.

Doch der Widerstand, der sich hier gegen das Museumsprojekt des Senats sammelte, auch wenn er zu großen Teilen von Interessenvertretung in Bezug auf das Kunstzentrum geprägt war, präsentierte auch andere Argumente gegen das Museum. Günter Grass etwa warnte vor einem Reflex der West-Berliner auf das Geschichtsmuseum in Ost-Berlin, der letztlich „etwas Gegen-Ideologisches“¹⁷⁰ produzieren werde. Als Beleg wurde der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus mit den Worten zitiert: „[...] die historisch nationalen Anstrengungen der Behörden drüben sollten vom Berliner Senat als Herausforderung verstanden und angemessen beantwortet werden“, schließlich gehe es „um den Besitz der deutschen Geschichte“.¹⁷¹ Weniger plakativ hatte sich Richard von Weizsäcker im Vorjahr dafür ausgesprochen, „ganz zweifellos ein Museums-

¹⁶⁷ Niederschrift der Diskussionsveranstaltung in der Akademie der Künste in Berlin am 14. September 1983, in: Stölzl, a.a.O., S.101-122, im Folgenden kurz „Diskussion Akademie“.

¹⁶⁸ Das 1978 beschlossene Nutzungskonzept „Zentrum für Bildende Kunst“ sah als Nutzer des Gropius-Baus nach dessen Renovierung die Staatliche Kunsthalle, die Berlinische Galerie sowie Geschäftsstellen von zwölf Institutionen und Vereinen der bildenden Kunst vor. Vgl. Senatsvorlage Nr. 71 vom 23.9.1983, Berliner Abgeordnetenhaus, Drucksache 9/1286, S. 3.

¹⁶⁹ Vgl. Dieter Ruckhaberle: Wie ein Kuckucksei im gemachten Nest, in: Berliner Morgenpost, 28. März 1982, zitiert nach: Stölzl, a.a.O., S. 78f.

¹⁷⁰ Diskussion Akademie, in: Stölzl, a.a.O., S. 103.

¹⁷¹ Ein Artikel Uwe Lehmann-Brauns in der Berliner Morgenpost, zitiert von Ulrich Eckhardt, in: Diskussion Akademie, in: Stölzl, a.a.O., S. 103.

Gegenmodell“ zum Ost-Berliner Museum für deutsche Geschichte zu entwerfen, denn „diese Art von geistigem Wettbewerb gehört zu den ganz legitimen Aufgaben, die wir in Berlin wahrzunehmen haben“.¹⁷² Die generelle Bedeutung der Auseinandersetzung mit Geschichte bestritten die Diskutierenden mehrheitlich nicht, aber viele sprachen sich gegen „eine staatliche, von oben verordnete Form“ aus. Es gehe doch nicht an, so hieß es in kämpferischem Ton, dass „die Herrschenden“ ihre Geschichtsschreibung selber in Auftrag geben“.¹⁷³ Was die Umwidmung des Gropius-Baus zum historischen Museum anging, befürchteten viele, der eben erst wieder entdeckte Ort des Terrors in der Nachbarschaft solle schnell wieder verdeckt werden. Man könne doch nicht so tun, „als würde es eine tausendjährige Geschichte der deutschen Nation geben und dann diesen einen kleinen Punkt faschistischer Vergangenheit, der nun dummerweise gerade nebenan ist“.¹⁷⁴ So relativiere man die tragische Vergangenheit des Ortes zu einer Nichtigkeit. Wenn man die Kontinuität in der deutschen Geschichte über die Zeit des Nationalsozialismus hinaus wieder herstellen wolle, so der Historiker Julius Posener, dann sei dieser Ort dafür der denkbar schlechteste: „Denn entweder wird das historische Museum den Anspruch dieses Ortes verwischen, oder aber der Anspruch wird so groß werden, daß die gesamte deutsche Geschichte nur sub specie des Nationalsozialismus gesehen wird.“¹⁷⁵ Eigentlich aber, so eine ebenfalls vertretene Meinung, müsse man sich im Wesentlichen mit der Zeit 1933 bis 1945 beschäftigen, „denn ohne diese Zeit wäre die Stadt nicht, was sie ist“.¹⁷⁶ Damit war ein wesentliches Problemfeld der kommenden Auseinandersetzung benannt, nämlich wie die zwölf

¹⁷² Interview mit dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker in der Berliner Morgenpost vom 1. Mai 1982, zitiert nach: Stölzl, a.a.O., S. 83.

¹⁷³ Hajo Cornel, in: Diskussion Akademie, in: Stölzl, a.a.O., S. 108.

¹⁷⁴ Roland Stelter, in: Ebd., S. 109. Um das Gelände kümmerte sich später die Stiftung „Topographie des Terrors“. Zuvor war auf Antrag der SPD-Fraktion im Juni 1983 ein Mahnmalswettbewerb ausgeschrieben worden, dessen erste Ergebnisse aber nicht realisiert wurden. Im Sommer 1986 erfolgten dann aber auf Druck von Bürgerinitiativen Ausgrabungen, über denen 1987 eine provisorische Halle errichtet wurde. Ab 1989 entwarf eine Kommission Pläne für die Weiterentwicklung des Geländes, die später verändert, aber bis heute nicht endgültig umgesetzt wurden.

¹⁷⁵ Ebd., S. 118.

¹⁷⁶ Ulrich Roloff, in: Ebd., S. 114.

Jahre nationalsozialistischer Herrschaft in einem Museum deutscher Geschichte gewichtet werden würden.¹⁷⁷

Während die möglichen Auswirkungen des Gedächtnisortes des NS-Regimes auf das Museum ausführlich diskutiert wurden, war man beim pro und contra des Geschichtsmuseums und dessen Ausgestaltung nicht weitergekommen. Es entstand lediglich eine weitere Resolution, die festhielt, dass die „Forderung, einen Bezug zum historischen Ort des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers herzustellen [...] von einem Geschichtsmuseum im Gropius-Bau nicht geleistet werden kann“.¹⁷⁸ Wichtigste Folge des Widerstandes der Kunst- und Kulturszene gegen die Planungen war eine Öffnung der Senatsplanungen zur Diskussion und Modifikation, rund eineinhalb Jahre nach dem Beginn der Planungen.¹⁷⁹

4.1.4 Öffnung zur Diskussion: Ein Forum für Geschichte und Gegenwart

Spätestens mit dem Protest aus der Akademie der Künste hatte der Kultursenator feststellen müssen, dass es nicht sinnvoll war, ein Museumsprojekt durchzusetzen, das in vielerlei Hinsicht noch gar nicht diskutiert worden war und den Widerstand großer Teile der kulturellen Öffentlichkeit Berlins hervorrief. So startete Hassemer einen Vermittlungsversuch mit dem Vorschlag eines „Forums für Geschichte und Gegenwart“, das die Idee vom Historischen Museum mit den Anliegen der Berliner Kulturszene aussöhnen sollte. Um seine Forums-Idee, die Hassemer als „die ersten inhaltlichen Hinweise des Senats“¹⁸⁰ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichte, weiter zu konkretisieren und gleichzeitig deren überregionale Bedeu-

¹⁷⁷ Tilman Fichter veröffentlichte nach der Veranstaltung in der Akademie einen Artikel über ein drohendes „Museum für die Union“, in dem manche Befürchtungen formuliert wurden, die erst zwei Jahre später in einer breiteren Debatte aufkamen: Tilman Fichter: Ein Museum für die Union? Die Neue Gesellschaft 30 (1983), S. 1156-1158.

¹⁷⁸ Resolution der Teilnehmer der Diskussion, in: Stölzl, a.a.O., S. 121f.

¹⁷⁹ Die Denkschrift der Historiker war bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht worden. Erst in der Publikation des Protokolls zur ersten Anhörung des Kultursenators, s.u., war sie enthalten.

¹⁸⁰ Volker Hassemer: Vergegenwärtigung der Vergangenheit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.1983, zitiert nach: Stölzl, a.a.O., S. 123-125.

tung herauszustellen, wurden Anhörungen mit Historikern und Museumsfachleuten veranstaltet.

Hassemers Grundkonzept eines „Forums für Geschichte und Gegenwart“¹⁸¹ ähnelte in seiner flexiblen Anlage einem anderthalb Jahre früher in die Diskussion eingebrachten Modell eines „Hauses der Geschichte“¹⁸². Statt von vornherein ein Historisches Museum mit dem Standbein Dauerausstellung und dem Spielbein Wechselausstellungen zu installieren, plädierte der Senator für die Entwicklung einer „Institution neuen Typs“¹⁸³, für die kein existierendes Museum oder Ausstellungshaus Modell stehen könne. Damit griff er die Aufforderung zur musealen Innovation aus Waetzoldts Denkschrift auf. Das Forum sollte mit seinen Ausstellungen unterschiedliche Themen der deutschen und europäischen Geschichte, Kunst und Kultur behandeln. Organisiert würden diese Wechselausstellungen von stets neuen Autoren und Regisseuren unter der Leitung eines Intendanten. Hassemer schwebte mit diesem Konzept ein „Ort lebendiger Auseinandersetzung“¹⁸⁴ vor, der den „Dialog der Gegenwart mit der Geschichte“¹⁸⁵ fördere und damit explizit diskursiver organisiert war als das eher statische Museumsmodell der Historiker. Nach mehreren Jahren Ausstellungsarbeit könne sich stufenweise die optimale „Mischung der Ansätze, des Zeitgenössischen und Geschichtlichen“ herausbilden –

¹⁸¹ Die Senatsvorlage Nr. 71 vom 23. September 1983 (Berliner Abgeordnetenhaus, Drucksache 9/1286) hatte nur die bauliche Inanspruchnahme des Gropius-Baus für ein Geschichtsmuseum enthalten und auf bald nachfolgende inhaltliche Präzisierungen verwiesen. Diese folgten dann am 6. Oktober 1983, vgl. Volker Hassemer: *Vergegenwärtigung der Vergangenheit*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.1983, zitiert nach: Stölzl, a.a.O., S. 123-125. Konzeption ebenfalls abgedruckt in: *Der Senator für kulturelle Angelegenheiten*, Berlin (Hrsg.): *Protokoll der Anhörung zum Forum für Geschichte und Gegenwart*, Tagung im Reichstagsgebäude am 18. November 1983, Berlin 1983, S. 82-83.

¹⁸² Vorgeschiedet worden war das Konzept von Ulrich Eckhardt in dessen Beitrag zur Serie der Berliner Morgenpost, in: Ders.: *Alle Sparten der Kultur in die Pflicht nehmen*, Berliner Morgenpost, 21. März 1982, zitiert nach: Stölzl, a.a.O., S. 76ff. Eine Zusammenfassung der Berliner Diskussionen bei: Sibylle Wirsing: *Das Haus an der Grenze. Geschichtsmuseum oder nicht?* Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.3.1983.

¹⁸³ Volker Hassemer: *Vergegenwärtigung der Vergangenheit*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.1983, zitiert nach: Stölzl, a.a.O., S. 124.

¹⁸⁴ Ebd., S. 123.

¹⁸⁵ Ebd.

vielleicht auch eine feste Ausstellung. „Unterschiedliche Methoden der Geschichtsbetrachtung“¹⁸⁶, wie sie in und außerhalb der Geschichtswissenschaft praktiziert würden – also etwa Kultur- und Sozialgeschichte sowie Oral History und Bemühungen lokaler Initiativen –, sollten im Forum ausprobiert werden können, das prinzipiell offen bleiben und „kein ebenso geschlossenes Gegenbild“¹⁸⁷ entwerfen wolle, wie es im Ost-Berliner Museum für Deutsche Geschichte präsentiert wurde. Mit Blick auf die Umgebung des „Geschichtsforums“ im Gropius-Bau plädierte Hassemer für einen Balanceakt. Das Forum solle sich einerseits der Herausforderung der Umgebung stellen und eine Reduktion des Nationalsozialismus auf ein „Thema für isolierte Gedenkstätten“¹⁸⁸ verhindern, andererseits aber dem Thema des Ortes nicht ganz erliegen.

Vieles schien nun wieder offen, durch die Denkschrift von 1982 erfolgte Festlegungen relativiert. Das neue Konzept Hassemers vermied eine feste Definition sowohl im Hinblick auf die inhaltliche Ausgestaltung der neuen Institution, als auch was die dauerhafte Bespielung des Gropius-Baus betraf. Im November 1983 und im Januar 1984 veranstaltete der Kultursenator zwei Anhörungen mit jeweils rund zwei Dutzend Experten aus Geschichtswissenschaft und Museumspraxis, um Meinungen und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Forumsidee zu sammeln. Denn, so Hassemers Einschätzung der Lage, „wir haben einen bisher unterentwickelten Erfahrungshorizont in Bezug auf die öffentliche Präsentation unserer Vergangenheit in einer pluralistischen Demokratie“.¹⁸⁹ Gänzlich fehlten Erkenntnisse über die Präsentation der Geschichte freilich nicht, wie die drei Beispiele aus

¹⁸⁶ Ebd., S. 124.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ Der Senator für kulturelle Angelegenheiten, Berlin (Hrsg.): Protokoll der Anhörung zum Forum für Geschichte und Gegenwart, Tagung im Reichstagsgebäude am 18. November 1983, Berlin 1983, ebenfalls abgedruckt in: Stölzl, a.a.O., S. 125-177, hier S. 126. Außerdem: Der Senator für kulturelle Angelegenheiten, Berlin (Hrsg.): Protokoll der (zweiten) Anhörung zum Forum für Geschichte und Gegenwart, Tagung im Reichstagsgebäude am 13. Januar 1984, Berlin 1984, ebenfalls abgedruckt in: Stölzl, a.a.O., S. 177-233. Im Folgenden kurz als „Protokoll erste Anhörung“ bzw. „Protokoll zweite Anhörung“. Bei beiden Hearings waren sowohl Historiker als auch Museumsfachleute und verschiedene Berliner Akteure präsent. Im zweiten Hearing dominierten zwar die Museumsvertreter, eine klare inhaltliche Trennung beider Veranstaltungen kann aber nicht vorgenommen werden.

den 70er Jahren gezeigt haben. Unterentwickelt schienen eher die Erfahrungen der Berücksichtigung verschiedener Ansätze und Sichtweisen bei der Planung einer solchen Institution.

Diese beiden Anhörungen nun, die nach Ansicht des Kultursenators den Prozess der Entscheidungsfindung abschließen würden¹⁹⁰, sollen hier ausführlich analysiert werden, da in ihnen sowohl die wesentlichen Chancen und Risiken eines Geschichtsmuseums diskutiert, als auch fast alle Themen der weiteren Debatte bereits ausführlich besprochen wurden. Von traditionellen Plänen über pragmatische Vorschläge bis hin zu durchaus utopischen Projekten wurden die unterschiedlichsten Vorstellungen davon eingebracht, was ein Geschichtsmuseum zu diesem Zeitpunkt sein könnte und was es leisten müsste.

4.1.4.1 Zwischen Labor und Identitätsfabrik: Aufgaben des Geschichtsmuseums

Ob Laboratorium, Identitätsfabrik, Wallfahrtszentrum oder Heilanstalt, die schlagwortartigen Überschriften, mit denen das neue Museum in den beiden Hearings des Kultursenators bezeichnet wurde, variierten viel über die unterschiedlichen Auffassungen davon, was eine solche neue Institution leisten müsse. Sollte man dort experimentieren, produzieren, hinpilgern oder etwas heilen? Und auf welchen Gegenstand würden sich all diese Bemühungen eigentlich richten – auf das Geschichtsinteresse oder ein Nationalgefühl? Zuerst sollen die Positionen der in beiden Hearings vertretenen Historiker im Vordergrund stehen.

Das neue Geschichtsinteresse zu unterstützen, war eine Aufgabe, die allen beteiligten Geschichtswissenschaftlern sinnvoll schien.¹⁹¹ Hagen

¹⁹⁰ Vgl. Hassemers Äußerung im zweiten Hearing: Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 179.

¹⁹¹ Zu den eingeladenen Historikern gehörten die vier Verfasser der Denkschrift von 1982 (Boockmann, Jäckel, Schulze, Stürmer), zwei Gutachter des Bonner Museumsprojektes (Horst Möller, Lothar Gall), Wolfgang Treue (Historische Kommission Berlin) sowie – als eine das Gleichgewicht der Schulen berücksichtigende Besetzung – die Sozialhistoriker Jürgen Kocka und Hans Mommsen sowie beim zweiten Hearing auch Helmut Böhme. Daneben waren verschiedene Museumsvertreter, Journalisten sowie Protagonisten der Berliner Kulturszene geladen. Teilnehmerlisten beider Hearings in

Schulze etwa, Mitverfasser der ersten Denkschrift von 1982, forderte dazu auf, der gegenwärtigen gesellschaftlichen Nachfrage nach Orientierung an der Geschichte mit dem Museum entgegenzukommen. Da die Vermittlung von historischem Selbstverständnis wie von Wissen generell heute zunehmend über visuelle Medien erfolge, ergebe sich mit einem Museum für Geschichte eine zweifache Chance: eine didaktische Chance durch die Möglichkeit des Museums, der heutigen Nachfrage nach „visueller Wissensvermittlung auf unterhaltsame [!] Weise“¹⁹² zu entsprechen, und daneben eine pädagogische Chance, die Museumsbesucher näher an die vergangene Wirklichkeit heranzuführen, diese auf eine „intellektuell ehrliche, nicht agitierende [...] Darstellungsweise“¹⁹³ sinnlich erfahrbar zu machen. Im Idealfall, so Schulzes Vorstellung, würde der Museumsbesucher am Ende des Rundgangs „seine Vergangenheit und die Gründe seiner heutigen Lebenswirklichkeit besser verstehen“¹⁹⁴. So weit schien das Projekt unter den mitdiskutierenden Historikern mehrheitsfähig.

Keine Einigkeit hingegen herrschte im Hinblick auf eine adäquate Reaktion auf das zeitgenössische Geschichtsinteresse und somit auch auf die übergeordnete Funktion des Museums. Die Verfasser der Denkschrift von 1982 hatten in dieser Hinsicht ihre Vorstellungen recht klar beschrieben und seinerzeit die Förderung von „Staatsbewusstsein“ als wichtige Aufgabe definiert (Kapitel 4.1.2). Zudem hatten sie mit der Empfehlung einer Konzentration der Dauerausstellung auf die deutsche Geschichte nach 1770 ihrer Präferenz der Geschichte des nationalstaatlichen Zeitalters Ausdruck verliehen. Nun, da dieses Gutachten rund zwei Jahre später erstmals öffentlich und auch im Kreis von Fachkollegen diskutiert wurde, zeigte sich, dass jene Vorschläge Widerspruch hervorriefen. Gegen eine zeitliche Schwerpunktsetzung der Darstellung nach 1800 wandte sich beispielsweise der Sozialhistoriker Jürgen Kocka, der darin eine „Gefahr der Verkürzung“¹⁹⁵ sah und daran erinnerte, dass es „sehr viel Interesse an unserer Geschichte gibt, die weit über diesen Zeitraum hinaus

der zweibändigen Publikation der Protokolle, herausgegeben vom Kultursekretar.

¹⁹² Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 133. Von Elementen der Unterhaltung war in der 1982er Denkschrift im Gegensatz zur 1983er ja noch nichts zu lesen gewesen.

¹⁹³ Ebd., S. 133.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Ebd., S. 136.

geht“.¹⁹⁶ Für seine Feststellung sprach der Besucherandrang in die nicht lang zurückliegenden Ausstellungen etwa zur Geschichte der Stauer, Wittelsbacher und Preußen. Methodisch wie sachlich sei diese Beschränkung der auszustellenden Geschichte natürlich nicht haltbar, ergänzte auch Horst Möller, der das Bonner Museumsprojekt mit entwickelte, es sei denn, man gehe von einer klaren Funktion des Museums aus, „etwa der historischen Identitätsstiftung“.¹⁹⁷ In diesem Fall ergebe eine zeitliche Einengung Sinn, weil man „die deutsche Geschichte von der Entstehung des Nationalbewußtseins her rekonstruiert“.¹⁹⁸ Vehement gegen eine derart motivierte Begrenzung des Museums auf das 19. und 20. Jahrhundert bezog auch der sozialdemokratische Geschichtswissenschaftler Hans Mommsen Position, der hierin eine „fatale Einengung“¹⁹⁹ sah. Überhaupt hielt Mommsen die Vorschläge der Vierergruppe von 1982 für die falsche Reaktion auf die gegenwärtige „Regenerierung des Geschichtsbewußtseins“.²⁰⁰ Das Geschichtsinteresse, mit dem man es heute zu tun habe, beziehe sich nicht mehr auf den im 19. Jahrhundert gewachsenen Nationalstaat. Vielmehr sei es regional verankert, wie neben den populären Landesausstellungen auch die sich ausbreitende History-Workshop-Bewegung²⁰¹ zeige. Dieses Phänomen sei bei der Planung für den Gropius-Bau zu berücksichtigen. Die Geschichte der Umgebung gerade dieses Ortes war ja auch durch lokale Geschichtswerkstätten wieder zu Tage gefördert worden. Mommsen schlug daher eine Begrenzung des Museums auf die Berliner Geschichte und ergänzende Wechselausstellungen vor, „die aber von vornherein nicht die Aufgabe hätten, das deutsche Nationalbewusstsein künstlich zu reproduzieren“.²⁰² Berlin, so Mommsen, solle sich selbst dokumentieren, statt „der Bundesrepublik das Geschichtsbild, an das sie vielleicht schon gar nicht mehr glaubt, vorzuhalten“.²⁰³

¹⁹⁶ Ebd.

¹⁹⁷ Ebd., S. 139

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Ebd., S. 137.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Auch „Grabe-wo-du-stehst“-Bewegung bezeichnete Zusammenschlüsse lokaler, oft von Bürgern außerhalb des akademischen Bereichs dominierter Initiativen mit lokalhistorischem Interesse, die seit Anfang der 80er Jahre unter der Oberbezeichnung einer „Geschichte von unten“ oder lokaler Alltagsgeschichte zusammengefasst wurden.

²⁰² Ebd., S. 137.

²⁰³ Ebd., S. 138.

Für diese Unterstützung eines Trends zur Regionalisierung des Geschichtsinteresses, wie er sich in historischen Lokalinteressen ausdrückte, fand Mommsen unter seinen Kollegen aber keine Zustimmung. Horst Möller etwa lehnte es ab, sich mit „dieser Parzellierung des historischen Bewusstseins“²⁰⁴ abzufinden. Vielmehr solle man das Interesse an der lokalen Geschichte nutzen, um darüber dann größere Zusammenhänge zu verdeutlichen. Auch die derzeitige, von alltäglichen Gegenständen ausgehende Faszination solle man als „museumspraktischen Trick“²⁰⁵ nutzen, um „für anderes zu interessieren“, nämlich „die Thematisierung der deutschen Geschichte insgesamt“.²⁰⁶ Auch Michael Stürmer, Koautor der 1982er Denkschrift, lehnte die Fokussierung auf Berliner Regionalgeschichte als „liebenswert, aber nicht notwendig“²⁰⁷ ab: „Die Frage in Berlin ist die Frage nach Deutschland.“²⁰⁸ Diese zugespitzte Formulierung Stürmers machte die grundsätzliche Entscheidung klar, zu der die Geschichtswissenschaftler sich im Verlauf der Hearings alle unterschiedlich klar bekannten oder sie aber ablehnten: Sollte sich die Darstellung des Museums im Wesentlichen auf die Nationalstaatsgeschichte konzentrieren? Und, wenn ja, zu welchem Zweck?

Für Hagen Schulze musste die Beschäftigung mit der Nation nicht zwangsläufig bedeuten, „mit dem pädagogischen Zeigefinger zu drohen“.²⁰⁹ Es gehe nicht darum, „die Nation als hehres Ziel vor Augen zu führen, sondern [...] das Problem der Nation deutlich [zu] machen“²¹⁰, dass nämlich der Begriff der Nation überhaupt zur Debatte gestellt werde, etwa von den neuen sozialen Bewegungen. In Wechsellausstellungen könne man natürlich die Stadtteilgeschichte oder auch einmal chinesische Geschichte ausstellen, doch „es braucht einen Bezugsrahmen“.²¹¹ Schulze argumentierte also für die Darstellung der Nationalgeschichte aus einer innenpolitischen Notwendigkeit heraus, weil das Verhältnis zum Nationalstaat beispielsweise von „außerparlamentarischen, oppositionellen, jugendlichen Gruppen, als ein entscheidendes [...] Problem unseres Selbstverständnisses gesehen

²⁰⁴ Ebd., S. 140.

²⁰⁵ Ebd., S. 139.

²⁰⁶ Ebd., S. 140.

²⁰⁷ Ebd., S. 142.

²⁰⁸ Ebd.

²⁰⁹ Ebd., S. 143.

²¹⁰ Ebd.

²¹¹ Ebd.

wird“.²¹² Weil aber die Gefahr bestehe, dass alle möglichen Partikularinteressen „sich diejenige Vergangenheit [...] konstruieren, die den jeweiligen Zwecken [...] zur argumentativen Waffe dient“²¹³, sei es an der Zeit - zum Beispiel mit einem Museum - den „alten wie neuen Legenden entgegenzuwirken“.²¹⁴ Stürmer stimmte dieser innenpolitischen Notwendigkeit zu und konstatierte, dass eine jüngere Generation wissen wolle, was vor ihr gewesen sei und warum die Elterngeneration sich in vielem so merkwürdig verhalte. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, an folgendes zu erinnern: „Unsere Geschichte ist nicht nur Vakuum und im übrigen gute Absichten, sondern unsere Geschichte ist viel problematischer, und sie kann auch wieder viel problematischer werden.“²¹⁵ Daneben gab es für Stürmer aber auch eine außenpolitische Komponente, die eine Darstellung nationaler Geschichte und deutscher Identität nötig mache, denn gerade letztere sei „nicht unser deutsches Privatproblem“.²¹⁶ Schließlich würden auch die europäischen Partner wissen wollen, wer diese Deutschen eigentlich seien. Und in diesem Zusammenhang könne man nicht sagen, „es tut uns leid, wir sind keine Nation, wir sind keine Gesellschaft, wir sind nur Bruch“.²¹⁷ Stürmer schlug aus dieser zweifachen Notwendigkeit vor, sich eher am Begriff der „Nationalkultur“²¹⁸ abzuarbeiten, als nur am „Nationalstaat“. Den Begriff des Nationalmuseums, der in der logischen Konsequenz dieser Überlegungen hätte folgen können, traute sich allerdings weder er noch einer der anderen Historiker auszusprechen – weder in der Denkschrift von 1982 oder in diesen Anhörungen noch zu irgendeinem späteren Zeitpunkt. Auch blieb Stürmers Idee von der auszustellenden Nationalkultur recht vage. Ihm schwebte ein „neuer Begriff des historischen Museums [vor], nämlich die *conditio humana* darzustellen an einem bestimmten Ort und in einer bestimmten Zeit“, das heißt den deutschen Ländern nach dem Epochen-einschnitt 1770. Der Zeitraum davor - damit war auch der Mediävist Hartmut Boockmann einverstanden wie bereits in der 1982er Konzep-

²¹² Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 199.

²¹³ Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 131.

²¹⁴ Ebd., S. 131.

²¹⁵ Ebd., S. 153.

²¹⁶ Ebd., S. 142.

²¹⁷ Ebd., S. 152.

²¹⁸ Ebd., S. 142.

tion - könne schließlich durch Wechselausstellungen abgedeckt werden.²¹⁹

Gegen eine derartige „Privilegierung der Nationalstaatsgeschichte“²²⁰ wandte sich Kocka mit dem Verweis auf wichtige andere Leitfragen der Gegenwart. Auch sei für eine solche „Nationalkulturgeschichte“ weder „innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Diskussion“ noch „hinsichtlich des nicht-wissenschaftlichen Interesses an der Geschichte“ ein Konsens zu finden. Die Nationalstaatsbildung sei zwar eine wichtige Dimension der deutschen Geschichte, aber es gebe doch noch andere bedeutende Themen. Als Erweiterung der 1982er Denkschrift schlug er deshalb eine Aufteilung der Darstellung in vier gleichgewichtige Abteilungen vor: erstens Nationalstaat, zweitens Demokratie, drittens soziale Ungleichheit sowie viertens das Verhältnis des Menschen zur Natur.²²¹ Mit Blick auf die kritisierte Fixierung auf die Nation meinte Kocka außerdem, er stelle sich dieses Museum oder Forum als einen „Ort der Urteilsbildung und der Auseinandersetzung, nicht als Gedenkstätte“²²² vor. Auf die Idee eines solchen diskursiven oder dialogischen Charakters des Unternehmens, den der Kultursenator mit seinem Forums-Vorschlag angeregt hatte, ist zurückzukommen. Interessant mit Blick auf die weitere Entwicklung des Museumsprojektes war, dass Kocka mit seiner Aufforderung, auf eine konsensfähige Darstellung hinzuarbeiten, bei einigen Kollegen eben nicht auf Zustimmung stieß. So wie Boockmann Mut zu Unvollständigkeiten forderte, weil „ein Museum kein Handbuch sein kann“²²³, war für Lothar Gall weder ein Gesamtbild noch die Konsensfähigkeit der Museumskonzeption per se erstrebenswert. Integriere man aus Berührungängsten alle Perspektiven, produziere man im Zweifelsfall nur Langeweile. Schon was Gegenstand und Zielsetzung des Museums betraf, gingen die Vorstellungen der Historiker offensichtlich sehr weit auseinander. Gemeinsam war ihnen allerdings, dass sie im Gegensatz zu den Politikern das Ost-Berliner Museum für Deutsche Geschichte nicht direkt als einen Ausgangspunkt ihrer Überlegungen thematisierten.

²¹⁹ Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 139.

²²⁰ Ebd., S. 148.

²²¹ Ebd., S. 136.

²²² Ebd., S. 135.

²²³ Ebd., S. 150.

4.1.4.2 Der VW-Käfer in der deutschen Geschichte: Sammlung und Vermittlung

„Wir können schlecht davon absehen“, appellierte Boockmann an seine Kollegen, „daß wir normalerweise Bücher schreiben; jedoch sollten wir uns klar darüber sein, daß wir, wenn wir uns auf ein Museum einlassen, etwas ganz anderes tun müssen.“²²⁴ Wie stand es nun um die Bereitschaft zum Umdenken? Manche Vorstellungen der Geschichtswissenschaftler in Bezug auf ein neues Historisches Museum lösten bei den Museumsexperten, die an beiden Hearings teilnahmen, einiges Kopfschütteln aus. Dazu trugen forsche Formulierungen bei, wie die Stürmers, man dürfe „nicht einfach eine Ausstellung ohne Deutungszusammenhang machen, nur mit der Faszination von irgendwelchen alten Objekten. Das hätte keinen Sinn“.²²⁵ Dahinter verbarg sich die unter den Historikern unumstrittene Forderung, das Museum vom Konzept ausgehend zu planen und anschließend die Objekte zu suchen, nicht umgekehrt. Und wenn man das neue Projekt von älteren Historischen Museen und ihrer Präferenz kunsthandwerklich hochwertiger Objekte abgrenzen wollte, dann ergab diese Forderung durchaus Sinn. Trotzdem sah sich Christoph Rüger, der Präsident des Deutschen Museumsbundes, dazu gezwungen, vor den versammelten Historikern zu erklären, was eigentlich die fünf Grundaufgaben eines Museums seien, nämlich: Sammeln, bewahren, ordnen, erforschen und bekannt machen.²²⁶ Für den Museumsman Rüger war die Institution, die den Historikern vorschwebte, eine „Kopfgeburt“²²⁷, weil sie vor der „Grundvoraussetzung“²²⁸ eines Museums - und zwar einem zu strukturierenden Fundus - in der Welt sei. Daher könne diese Institution kein „Museum“ sein, sondern würde einen neuen Typus der Geschichtspräsentation schaffen, womit er der Einschätzung seines Kollegen Waetzoldt in dessen Denkschrift zustimmte. Ähnlich argumentierte auch der Kunsthistoriker Detlef Hoffmann, der bereits das Frankfurter Museumsprojekt der 70er Jahre mitgestaltet hatte. Auch er konstatierte: „Einen Ort, der keine Sammlung besitzt, die Anlaß zu historischer Forschung bietet, kann man nicht Museum nen-

²²⁴ Ebd., S. 150f.

²²⁵ Ebd., S. 152.

²²⁶ Ebd., S. 143.

²²⁷ Ebd., S. 144.

²²⁸ Ebd.

nen.²²⁹ Hoffmann referierte schließlich die Objektgruppen, die bei der Entwicklung einer Sammlung zu beachten seien, und kam nach der Analyse des Bedarfs und der Marktsituation zu dem Schluss, dass „der Aufbau eines neuen Museums [...] entweder eines ganz unkonventionellen Konzeptes oder riesiger Geldmengen [bedürfe], wenn es nicht ein Potemkinsches Museum werden soll.“²³⁰ Auch der Vorschlag der Vierergruppe von 1982, die Darstellung auf die deutsche Nationalstaatsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zu beschränken, bewertete er im Hinblick auf die Beschaffbarkeit von originalen Objekten als unrealistisch und erinnerte an die Sammlung des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, das ja besonders im 19. Jahrhundert als „Reliquienkammer der Nation“²³¹ fungiert habe und daher die interessantesten Ausstellungsstücke bereits aufbewahre.²³²

Was die praktische Umsetzung ihres Konzeptes in die museale Wirklichkeit betraf – selbst in zeitlich abgekürzter Fassung, also ab 1770 –, kollidierten also die Vorstellungen der Historiker mit den Einschätzungen der Experten aus dem Museumsbereich. Recht deutlich offenbarte sich im Verlauf der Hearings ein Defizit auf Seiten der Geschichtswissenschaftler, was Ideen zur Veranschaulichung der von ihnen beabsichtigten Darstellung betraf. Gleiches hatte Waetzoldt bereits in seiner 1983er Denkschrift dem Memorandum der Vierergruppe vorgeworfen. Zu den wenigen Gedanken, die man sich über historische Gegenstände machte, gehörte etwa der Vorschlag Stürmers, an herausgehobenen Gegenständen wie einem VW-Käfer ganze Bedeutungsfelder aufzuzeigen: Zum Beispiel der versteckte Begriff „Volk“ im Kürzel VW samt dessen Implikationen negativer Art, den Traum der Massenmotorisierungen auf den „Straßen des Führers“, den vom VW-Sparer ungewollt finanzierten und in Afrika dann eingesetzten Kübelwagen, aber auch die Demontagen der Nachkriegszeit oder das westdeutsche Wirtschaftswunder.²³³ Es folgten weitere Vorschläge für die Inszenierung von Themen rund um Objekte wie einen Pflug aus dem Zeitalter der Agrarrevolution oder die Taufschale Kai-

²²⁹ Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 192.

²³⁰ Ebd., S. 194.

²³¹ Ebd., S. 193.

²³² In Anlehnung an das Germanische Nationalmuseum regte Schulze sowohl in der 1982er Denkschrift als auch mehrmals während der Hearings an, bis auf die Ortebene hinab „Freundeskreise“ zur Unterstützung des Museumsprojektes zu gründen, vgl. Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 195.

²³³ Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 145.

ser Barbarossas. Insgesamt waren die Vorstellungen über mögliche Objektgruppen aber wenig konkret und die Museumsvertreter wiederum kamen den Geschichtswissenschaftlern mit Alternativvorschlägen nicht wirklich entgegen, teils wohl aus Unverständnis für das gesamte Projekt oder die Absichten, die manche damit verbinden mochten.

Zu den gestalterischen Fragen, die im Zuge der Anhörungen diskutiert wurden, gehörte auch und wieder jener „Dauerbrenner“ der Frage von Originalexponaten und Replikaten/Kopien. Auf beiden Seiten - der Museumsfachleute wie der Historiker - gab es hierzu ganz unterschiedliche Positionen. Die Denkschrift von 1982 hatte kompromisslos den Einsatz von originalen Objekten gefordert und drei ihrer vier Autoren - Boockmann, Schulze und Stürmer - unterstrichen diese Haltung auf den Hearings. Für Schulze war es jene „Faszination des Authentischen, die den entscheidenden Reiz des Museums ausmacht“²³⁴ und die Menschen scharenweise in die historischen Ausstellungen strömen lasse. Für Boockmann war die Alternative Replikat oder Original sogar „schlechthin fundamental“²³⁵ und entschied über Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit eines Historischen Museums. Verzichte man auf Originale, dann überschreite man, so Boockmann, die „Grenze vom Authentischen zum Panoptikum“.²³⁶ Und zur Authentizität gehöre – mit Bezug auf Stürmers Volkswagen/Kübelwagen-Beispiel – „auch der abgewetzte Gummi des Kübelwagens“.²³⁷ Auch Stürmer verknüpfte die Faszination der Besucher mit dem „geistigen Sexappeal“²³⁸ von Originalen. Mit Blick auf ein Objekt-Ensemble, das die Industrialisierung und ihre sozialen Folgen verdeutliche, könnte man nicht auf ein Stück verzichten, überspitzte er, an dem „noch ein bisschen Dreck und Schweiß und vielleicht auch Tränen daran hängen“.²³⁹ Michael Cullen trieb die Frage pro/contra Original schließlich mit seiner Frage auf die Spitze, wo das Original der Revolution von 1848 sei, um zu betonen, dass die Darstellbarkeit des Prozesscharakters von Geschichte möglicherweise das wichtigere Problem für die konkrete Gestaltung des Museums sei.²⁴⁰ Die meisten Historiker vertraten mit ihm, besonders im Vergleich zu Boockmann,

²³⁴ Ebd., S. 135.

²³⁵ Ebd., S. 151.

²³⁶ Ebd., S. 150.

²³⁷ Ebd.

²³⁸ Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 188.

²³⁹ Ebd., S. 189.

²⁴⁰ Ebd.

pragmatischere Positionen. Neben Kocka meinte auch Möller, dass man auf Originale nicht gänzlich verzichten solle, die absolute Fixierung auf sie aber unter dem Gesichtspunkt der Praktikabilität der Konzeption allen Erfahrungswerten widerspreche.

Dass die Fraktion der Kunsthistoriker mehrheitlich für Originale plädierte, überraschte so wenig wie die pragmatische Haltung jener Diskutanten, die bereits historische Ausstellungen gestaltet hatten. Gemeinsam war ihnen, dass sie die affektive oder, wie Eberhard Roters von der Berlinischen Galerie es formulierte, die „erotische Dimension der Information“²⁴¹ gegenüber der rein rationalen Komponente stärker berücksichtigt sehen wollten. Insgesamt wurde von Seiten der Museumsvertreter also stärker für den inszenatorischen gegenüber dem dokumentarischen Ausstellungstypus geworben als von Seiten der Historiker, wo Mommsen einer der wenigen war, die sich offensichtlich auch die „Nachstellung historischer Szenen“²⁴² vorstellen konnten. Denn „die reine Authentizität historischer Gegenstände“, so Mommsens Auffassung, „spricht nur einen kleinen Teil des Publikums an.“²⁴³

Die extremste Position in der Gruppe der Museumsfachleute, gerichtet gegen Fixierung auf das Original und „Echtheitsfetischismus“²⁴⁴, vertrat erneut Stephan Waetzoldt, dessen Denkschrift vom Vorjahr zwar auch Grundlage der Diskussion in den Anhörungen war, aber doch insgesamt wenig beachtet wurde. Nicht wesentlich anders ging es ihm mit seinem zweiten flammenden Plädoyer für eine modern gestaltete Institution. Als Vorbild für ein Historisches Museum neuen Typs stellte Waetzoldt die seit den 60er Jahren neu gestalteten Schausammlungen einiger Naturkundemuseen, aber insbesondere der „Science-Centers“ (Technik-Museen) im angelsächsischen Raum vor. Hier sei nach pädagogischen Gesichtspunkten und unter kreativem Einsatz vielfältiger Informationsmedien, wie Bildgrafiken, Texten, Schaubildern, Raumgestaltung, um und neben den originalen Objekten ein lebendiges Gefüge geschaffen worden, das „zugleich Lernort und Erlebnisort“²⁴⁵ und ein „Fest für die Augen“²⁴⁶ sei. Waetzoldt regte

²⁴¹ Ebd., S. 169.

²⁴² Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 151.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 179.

²⁴⁵ Ebd., S. 180.

²⁴⁶ Ebd. Mit dem Ausspruch vom „Fest für die Augen“ zitierte Waetzoldt Wilhelm Schäfer, der in den 60er und 70er Jahren das Frankfurter Sencken-

an, den Einsatz von audiovisuellen Medien für vorprogrammierte Lernprozesse (Frage- und Antwort-Spiele) auch für die Geschichtsdarstellung zu nutzen, um den Besuchern Anreiz zu geben, „vom bloßen Rezipieren zum Gestalten überzuwechseln“²⁴⁷. Versuche einiger deutscher Museen, ihre Häuser zu Bildungsorten und Unterhaltungsstätten weiterzuentwickeln, sollten nicht auseinanderdividiert werden in „bitterernste Lernausstellungen einerseits und Klamaueffekte andererseits“. Statt des amerikanischen „Hab Spaß im Museum“ könne man ja eine europäische Formel des „Sei aktiv im Museum“ propagieren. Das Plädoyer Waetzoldts galt einem Museum, das sowohl den „Echtheitsfetischismus“ als auch die „Vorstellung von Geschichte als eines Gänsemarsches der Ereignisse“²⁴⁸ hinter sich lasse, um einen neuen, bildungsorientierten Weg einzuschlagen. Wenn man eine Institution gründen wolle, die den Bürgern Geschichte anschaulich zu ihrer Standortbestimmung und zur demokratischen Willensbildung präsentiere, sei man zur Nutzung jener Informationsmedien verpflichtet, die ein Maximum an Anregung „zum Selbst-Tun und Selbst-Denken“²⁴⁹ vermitteln würden. Das Nachspielen von Entscheidungsprozessen durch Planspiele am Lerncomputer könne sowohl Entscheidungsmöglichkeiten als auch die schließlich in der geschichtlichen Wirklichkeit erfolgten Antworten und deren Folgen nachvollziehbar sowie erlebbar machen. Statt eine weitere „Schatzkammer der Deutschen“ zu gründen, die es in Nürnberg schon gebe, habe die Berliner Politik die einmalige Chance, „einen neuen Typus der Begegnungsstätte des mündigen Bürgers der Gegenwart mit seiner Geschichte vorbildlich zu definieren“.²⁵⁰ „In der bisherigen Debatte um das Historische Museum“, resümierte Waetzoldt, „war von Mut zur Innovation [...] wenig zu spüren“.²⁵¹ Diese Diagnose wurde bis zu einem gewissen Grad gegen Ende der zweiten Anhörung widerlegt, als schließlich eine Reihe von Museumsvertretern ihre Visionen eines neuartigen Ausstellungshauses darlegten.

berg-Museum als dessen Direktor nach eben aufgeführten Kriterien umgestaltet hatte.

²⁴⁷ Ebd., S. 181.

²⁴⁸ Ebd., S. 182.

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Ebd. Wohl auch aus diesem Grund hatte Waetzoldt, dem die Gründung der neuen Institution angetragen worden war, schon im Sommer 1983 seine Zusage zurückgezogen.

4.1.4.3 Form folgt Funktion: Forum oder Museum

Das dritte große Thema der Hearings zum „Forum für Geschichte und Gegenwart“ war die Auseinandersetzung um Form und Organisation dieser Institution. Zwei neue Komponenten, die hier diskutiert wurden, hatte der Kultursenator Hassemer mit seinem Papier in die Debatte eingebracht: Zum einen die Idee eines Forums mit Wechselausstellungen anstatt eines Museums mit Dauerausstellung und zum zweiten die Betonung des Wechselspiels von Geschichte *und* Gegenwart, wobei die Gewichtung zumindest im Titel ausbalanciert war. Gleich zwei Ziele sollten nach Hassemers Vorstellung mit diesem Entwurf im Idealfall erreicht werden: Zustimmungsfähigkeit auf Berliner Ebene einerseits und museale Innovation andererseits, die zudem noch vorbildhaft über die Stadt hinaus wirken könnte.

Für ein solches Gegenmodell zur bisherigen Museumsidee warb der Kulturwissenschaftler Gottfried Korff, der wenige Jahre zuvor als Generalsekretär die Preußen-Ausstellung im Gropius-Bau organisiert hatte. Seine Vorschläge, denen sich zahlreiche der Museumsexperten anschlossen, entsprachen wohl ziemlich genau den Vorstellungen des Kultursenators. Korff sprach sich für den Verzicht auf eine Dauerausstellung sowie eine völlige Konzentration auf Wechselausstellungen aus und griff dazu die thematischen Vorschläge der Historiker aus der Denkschrift von 1982 lobend auf.²⁵² Im Fokus dieser Ausstellungen sollte insbesondere die Verdeutlichung struktur- und kulturhistorischer Zusammenhänge stehen, denn die Konzentration auf solche wechselnden Themen habe den Vorteil, dass derartige Ausstellungen vom Publikum stark nachgefragt würden, gerade weil sie „über den ‚historischen Gegenstand‘ Lebens- und Bewusstseinsformen des Heute dechiffrieren“.²⁵³ Neben diesem Vorzug der Popularität präsentierte Korff weitere Argumente praktischer und methodischer Art für ein offenes Forum der wechselnden Ausstellungen. Etwa die räumliche Anlage des Gropius-Baus wie auch das Fehlen einer Sammlung sprächen für dieses Modell.

Am wichtigsten waren Korff aber die besonderen „Möglichkeiten des Mediums Ausstellung“.²⁵⁴ Im Gegensatz zu einer permanenten Präsentation könnten wechselnde Ausstellungen mit ihren Arrangements provokanter und zupackender agieren und würden ganz besonders zur

²⁵² Vgl. Kapitel 4.1.2.

²⁵³ Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 159.

²⁵⁴ Ebd., S. 160.

kritischen Auseinandersetzung einladen – ein Aspekt, für den er auf Seiten der Historiker besonders Kockas Zustimmung fand. Durch das Element des Wechsels, betonte Korff, würden außerdem regelmäßige Impulse in die Öffentlichkeit gesendet. Und gerade darin liege die Chance dieser Institution neuen Typs: Während Historisches Museum und Ausstellung in ihren Fähigkeiten zur Vermittlung eines breiten historischen Wissens völlig überschätzt würden, könnte die temporäre Ausstellung als „Zentrum eines Meinungshofes“²⁵⁵ funktionieren und „historische Probleme in die Debatte bringen“²⁵⁶. Eine wesentliche Wirkung liege also in der Stimulierung der Diskussion und der Erzeugung von Aufmerksamkeit für bestimmte historische Themen und deren Relevanz für die Gegenwart. Dabei gab die Preußen-Ausstellung, die Korff mitverantwortet hatte, natürlich das große Vorbild solch einer zur kontroversen Debatte anregenden Schau ab.²⁵⁷ Das Medium Ausstellung sei eben, so Korff, „eine Form, die viel leistet, weil sie viel zulässt“²⁵⁸. Nach dem Vorbild des Musée National des Arts et Traditions Populaires in Paris, das aus der Summe von zahlreichen Wechselausstellungen zwischen 1951 und 1964 hervorgegangen war, könne man später immer noch überlegen, ob das Berliner Forum eine permanente Ausstellung bekommen solle. Bislang aber, formulierte Korff fast in direkter Übernahme des Ausspruchs Hassemers, „verfügen wir in Deutschland noch nicht über die Kunst, ein Historisches Museum aufzubauen“. Daher, so Korffs Forderung, solle man in Berlin ein Museum nicht in Form eines „Herbariums“ sondern eines „Laboratoriums“²⁵⁹ gründen, in dem Experimente und Versuche möglich seien.

Die überwiegende Mehrheit der Museumsvertreter befürwortete dieses Konzept eines Forums für Geschichte und Gegenwart, teils jedoch

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ Ebd.

²⁵⁷ Als Beispiel - im Hinblick auf die Wirkung einer Ausstellung und die von ihr ausgelöste Debatte - darf wohl die vom Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeitete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ gelten, die in zwei Fassungen zwischen 1995 und 2004 in zahlreichen deutschen Städten gezeigt wurde und stets von neuem Stoff zu reger Auseinandersetzung bot.

²⁵⁸ Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 160.

²⁵⁹ Ebd., S. 161. Korffs Vergleich beruhte auf einem Ausspruch des französischen Museumsmanns Georges Henri Rivière, dem Begründer des Pariser Musée National des Arts et Traditions Populaires. Zu dessen Aufbau und Vorbildfunktion auch Hudson, a.a.O., S. 131-133.

in unterschiedlichen Varianten. Peter Schirmbeck etwa, seinerzeit Mitgestalter des Frankfurter Historischen Museums, trat für ein Forum als „Katalysator im Feld der Aneignung und Auseinandersetzung mit Geschichte und Kultur“²⁶⁰ ein, das auf inhaltlichem, museographischem und didaktischem Gebiet Impulse gebe und dort Promoter-Funktion für die institutionelle wie nicht-institutionelle Arbeit in den genannten Bereichen ausübe. Auch Klaus-Jürgen Sembach vom Nürnberger Centrum für Industriekultur unterstrich, dass es sich bei einem Museum zwar um die „seriösere“²⁶¹ Einrichtung handle, ein Forum mit Ausstellungen demgegenüber aber mehr Möglichkeiten und Freiheiten habe. Denn Ausstellungen würden sich wegen ihrer zeitlichen Begrenzung als „Experimentierfeld“²⁶² anbieten. Ziel dieses Experimentierens sollte es unter anderem sein, so Siegfried Kessemeier vom Westfälischen Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, „eine kritische Bildperspektive deutscher Geschichte“²⁶³ zu erarbeiten. Es könne, so Bazon Brock, „ganz eigenständige Formen der Präsentation und der Aufarbeitung bieten“.²⁶⁴ In diesem Sinn plädierte auch die Kuratorin Marie-Louise von Plessen für ein freies Forum als Laboratorium, das „themengebunden immer wieder neu experimentell arbeitet [...], in dem es eben auch einmal knallen und zischen darf“.²⁶⁵ Dabei solle nicht die Belehrung, sondern das Erstaunen und die sinnliche Erfahrung der Begegnung mit dem Objekt im Vordergrund stehen. Neben der Möglichkeit zum Experimentieren wurden besonders Multiperspektivität und Flexibilität eines solchen Forums immer wieder als Vorteile gegenüber einer permanenten Präsentation herausgestellt. Aus einer mehrjährigen interdisziplinären Nutzung des Gropius-Baus als Ausstellungshaus könne sich schließlich dann auch die Erkenntnis ergeben, so Roters, „daß der herkömmliche Museumstyp unter der gegebenen Aufgabenstellung überhaupt überholungsbedürftig, wenn nicht überholt ist“.²⁶⁶

²⁶⁰ Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 205.

²⁶¹ Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 153.

²⁶² Ebd.

²⁶³ Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 199.

²⁶⁴ Ebd., S. 225.

²⁶⁵ Ebd., S. 198.

²⁶⁶ Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 171. Mit ihm sprach sich auch Gerhard Langemeyer vom Museum für Kunst und Kulturgeschichte Dortmund für eine „Museumsreform“ aus, vgl. Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 231.

In der Diskussion der Museumsexperten kristallisierte sich also zunehmende Übereinstimmung dahingehend aus, dass die Forums-Idee nicht nur wegen des Fehlens einer Sammlung zu unterstützen sei, sondern vor allem, weil damit ein neues, andersartiges und alternatives Projekt und Experiment im Museumsbereich möglich werde. Dabei wurde die Alternative zum Museum primär in gestalterischer, daneben aber auch in politischer Hinsicht thematisiert. Es könne doch nicht darum gehen, so etwa Jörgen Bracker vom Museum für Hamburgische Geschichte, dass Geschichtsmuseen als „Heilanstalten der Selbstfindung“²⁶⁷ gegründet würden. Wenn das die Absicht sei, dann könne man zumindest mit der Form des Forums dem politischen Druck, gewisse Inhalte in bestimmter Form darzustellen, besser ausweichen, meinte Schirmbeck.²⁶⁸ Rasch bildete sich unter den Museumsvertretern auch eine Art Fraktion der Realisten, die vor zu großen Erwartungen warnte, was die Frage der Machbarkeit eines Forums als politische Alternative zu bestehenden Institutionen betraf. Zu diesem Pragmatismus gehörte wohl auch, dass die Ideen der 70er Jahre, etwa zur aufklärerischen Aufgabe eines Geschichtsmuseums oder zur Ansprache bestimmter Besucherschichten, deutlich in den Hintergrund traten, eigentlich fast gar nicht mehr thematisiert wurden.²⁶⁹

Statt sich mit scheinbar überholten Fragen eines politisch-sozialen „Geschichtsvermittlungsinstituts“ aufzuhalten, präsentierte Christoph Stölzl vom Münchner Stadtmuseum schließlich das einzig konkrete Modell einer inhaltlichen und gestalterischen Alternative zum „klassischen“ Historischen Museum, das schärfer konturiert war als alle bisherigen Vorschläge zum thematischen Rahmen eines Forums. Stölzl vertrat die Meinung, dass die Berliner sich mit der aktuellen Diskussion um das Forum auf eine gründliche Blamage zubewegten. Statt dieses Institut in falscher Kleinmütigkeit vorzubereiten, solle die Berliner Kulturpolitik den großen Wurf planen – „Wenn schon, dann ganz groß.“²⁷⁰ Aus der Sicht des Münchner Museumsexperten dürfte nicht die Illustration von Geschichtswissen im Mittelpunkt stehen –

²⁶⁷ Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 207.

²⁶⁸ Ebd., S. 210.

²⁶⁹ Zu den wenigen Ausnahmen gehörte die Äußerung des Kultursenators Hassemer zu Beginn der zweiten Anhörung; das Forum sollte nach seiner Absicht „Ort möglichst vieler Bürger“ sowie eine Institution sein, mit der „auch der Zugang zur Geschichte offener wird“. Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 178.

²⁷⁰ Ebd., S. 213.

„Ebert lieb, Brüning halblieb, Hitler böse“, darum kann es doch im Ernst nicht gehen“²⁷¹ –, sondern viel mehr die Montage in großen Themenblöcken. Denn um multiplikatorisch in die Öffentlichkeit zu wirken, brauche man „sehr große Themen“²⁷². Damit griff er Korffs Vorschlag von der Konzentration auf die Anregung öffentlicher Debatten historischer Themen wieder auf. Ganz konkret schlug Stölzl als erstes Unternehmen eines solchen Forums das Thema „fünfzigjähriger Frieden“ (1945-1995) vor. Unter dieser Überschrift könne eine Vielfalt von wichtigen Themen wie Nationalismus, Massenkultur, Geschlechterverhältnis, Krieg und viele andere Probleme organisiert werden. Eine Fragefigur von dieser Größe sei einer „zentralen Fragestätte mit nationalem und internationalem Anspruch“²⁷³ angemessen. Mit Skepsis reagierten die Historiker sowohl auf diesen Vorschlag, als auch auf die anderen Vorstellungen von einem Forum, wie sie hier von manchen Museumsexperten skizziert worden waren. Die Autoren der 1982er Denkschrift verteidigten ihr Konzept eines Museums mit Dauerausstellung und Wechselausstellungen. Für Schulze war das Forum von Anfang an nicht mehr als ein „Kessel Buntes“²⁷⁴ gewesen. Nur ein Museum mit einer chronologisch aufgebauten Dauerausstellung könne zufriedenstellend die „Gegenwart aus der Perspektive der sie bedingenden Vergangenheit erklären“²⁷⁵ – und zwar als die „Ausstellung eines erfahrbaren Kontinuums.“²⁷⁶ Stürmer wandte sich ebenfalls deutlich gegen das Forums-Konzept und betonte, dass es bei einem neuen Geschichtsmuseum an diesem Ort nicht um „Lustbarkeiten“²⁷⁷ gehen könne, und zur Natur eines Laboratoriums gehöre nun einmal, dass es von Zeit zu Zeit einmal explodiere.²⁷⁸ Forum oder Museum, die Historiker versammelten sich fast einvernehmlich hinter dem Museumsplan oder spielten die Differenzen zwischen beiden

²⁷¹ Ebd., S. 215.

²⁷² Ebd.

²⁷³ Ebd., S. 231.

²⁷⁴ Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 135. In einem Zeitungsartikel vom 5.2.1984 hackte Schulze nach und charakterisierte die Alternative als Entscheidung zwischen „Haus der Geschichte“ oder „schicke[r] Spielwiese für die lokale Kunstszene“, vgl. Hagen Schulze: Was soll aus dem Gropius-Bau werden, Berliner Morgenpost, 5.2.1984, zitiert nach Stölzl, a.a.O., S. 235f.

²⁷⁵ Ebd., S. 135.

²⁷⁶ Ebd.

²⁷⁷ Ebd., S. 163.

²⁷⁸ Ebd., S. 167.

Modellen herunter.²⁷⁹ Selbst Kocka, der die Forumsidee ursprünglich favorisiert hatte, in der Annahme, damit einen „diskursiven, informierenden, möglichst rationalen Zugang zur Geschichte“²⁸⁰ zu ermöglichen, vermisste etwa in Stölzls Vorschlägen ein Konzept und einen inneren Zusammenhalt. „Erstaunen und sinnliche Erfahrung“, meinte Kocka gegenüber den Fürsprechern des Experiments, könne „nicht das letzte Ziel eines solchen Unternehmens sein.“²⁸¹ Eine Dauerausstellung schien ihm eher eine rationale Vermittlung zu garantieren. Letztlich sprachen sich auf Seiten der Historiker nur noch Mommsen und Böhme eindeutig für das Forum aus.

So ergab sich gegen Ende der Hearings eine recht klare Aufteilung der Lager. Mehrheitlich versammelten sich die Museumsleute hinter dem Forums-Modell, die Geschichtswissenschaftler hinter dem Museums-Plan. Dabei fast ganz aus dem Blickfeld geraten war der Zusammenhang der neuen Institution mit der Geschichte der Umgebung des Gropius-Baus. Verschiedentlich war mit der „Ernsthaftigkeit“ des Ortes gegen die Experimente eines Forums argumentiert worden. Doch die eigentlich damit verbundene Frage der Gewichtung der Zeit von 1933 bis 1945 innerhalb einer Darstellung deutscher Geschichte war kaum und erst recht zu keinem befriedigenden Ergebnis diskutiert worden. Diese Problematik in Erinnerung rufend, hatte der Kultursekretar am Ende der ersten Anhörung gemahnt, dass ein Neubau des Geschichtsmuseums ein Zeichen für das Nichtverkräften des Ortes sei, und vor diesem „Trick des Ausweichens“²⁸² gewarnt.

4.1.5 Bilanz der Berliner Debatte

Was blieb am Ende der beiden großen Anhörungen, nachdem zwei gegensätzliche Konzepte vorlagen und deren Diskussion nach langer Zeit endlich doch gewagt worden war? Die wesentlichen Problemkomplexe beim Aufbau eines Historischen Museums oder eines Forums für Geschichte und Gegenwart waren benannt worden. Auf konzeptioneller Seite war dies die Frage, ob Geschichte mit politischer Geschichte gleichzusetzen war oder nicht breiter angelegt werden sollte, eventuell sogar mit Übergängen zur bildenden Kunst. Zu den

²⁷⁹ So etwa Jäckel in Ebd., S. 161.

²⁸⁰ Protokoll zweite Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 200.

²⁸¹ Ebd.

²⁸² Protokoll erste Anhörung, in: Stölzl, a.a.O., S. 176.

praktischen Fragen gehörte die Problematik einer fehlenden Sammlung. Didaktische und pädagogische Aspekte waren in Bezug auf Medieneinsatz und den scheinbaren Dualismus Original/Kopie diskutiert worden, zudem in den Potenzialen der Montage. Auch die politische Problematik einer beabsichtigten Zielsetzung, verbunden mit der Frage von Freiheit oder Abhängigkeit einer Präsentation von Geschichte, war problematisiert worden.

Schließlich hatten die angehörten Experten sich relativ klar in zwei Gruppen geteilt, die einen eher für das Experiment, die anderen eher für die traditionelle Lösung. Nur einige wenige konnten sich nicht entscheiden, ob sie dem Experiment den Vorzug vor einer vertrauten Form geschichtlichen Erzählens geben sollten. Die Entscheidung lag in der Verantwortung des Kultursenators, der nun - überspitzt formuliert - zwischen zwei Alternativen wählen musste: Wollen wir die deutsche Geschichte zur Schau oder zur Diskussion stellen! Die Entscheidung fiel für das letzte Modell - vorläufig zumindest.

4.2 Die Politisierung des Museumsprojektes

Obwohl die wichtigsten Fragen einer Museumsneugründung auf Berliner Ebene nun intensiv diskutiert worden waren, so dass der Kultursenator im Februar 1984 ankündigte, die Gründung des Forums solle schon bald vollzogen werden und eine erste Ausstellung bereits zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 stattfinden, wurde die Umsetzung der Pläne nicht gerade zügig weiter betrieben.²⁸³ Zwar unterbreitete der Senat dem Abgeordnetenhaus im April eine grobe Grundkonzeption, in der die Entscheidung Hassemers für das Forums-Konzept statt des Museums erneut bekräftigt wurde.²⁸⁴ Dann aber war von der Forums-Gründung kaum noch etwas zu vernehmen. Nur Michael Stürmer insistierte in einem Artikel in der WELT im Juni nochmals auf dem gescheiterten Museums-Modell: „Andere Nationen haben einen geometrischen Punkt ihres Patriotismus. Die Deutschen finden es unterdessen schwer, über den Schatten ihrer Geschichte zu springen. Es

²⁸³ Der Kultursenator stellte Mitte Februar die Einbringung der Senatsvorlage zur Gründung bereits für die Mitte des Jahres in Aussicht, vgl. Volker Hassemer: Wie ist die Geschichte am besten im Martin-Gropius-Bau sichtbar zu machen, Berliner Morgenpost, 12.2.1984.

²⁸⁴ Diese Vorlage enthielt im Wesentlichen das gleiche Grundkonzept, das der Senator bereits im Oktober publiziert hatte, s.o. (Kapitel 4.1.4) Abgedruckt findet sich ein Ausschnitt der Vorlage in Stölzl, a.a.O., S. 238f.

gibt nicht einmal die selbstverständliche Übereinkunft, daß ein solcher geometrischer Punkt zu wünschen sei.²⁸⁵ Stürmer bezeichnete die Entscheidung über dessen Gründung als „Prüfstein der politischen Kultur.“²⁸⁶ Erst im Oktober ließ Eberhard Diepgen – als Regierender Bürgermeister seit Frühsommer der Nachfolger Richard von Weizsäckers – aus Anlass der Eröffnung des Historikertages im Oktober 1984 Neues zum Museum verlauten: „Wir wollen Berlin zu dem zentralen Ort für eine intensive, dauernde und umfassende Darstellung deutscher Geschichte machen. Denn Berlin ist der Konzentrationspunkt der deutschen Nation. [...] Hier ist der Platz, wo Geschichte und Zukunft sinnstiftend verbunden werden können.“²⁸⁷ Diepgen erklärte vor der Versammlung der Geschichtswissenschaftler, dass er mit Bundeskanzler Helmut Kohl über dessen im Mai 1983 erklärte Unterstützung der Berliner Pläne gesprochen habe, und schloss eine Absichtserklärung an, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: „Ich will ein deutsches historisches Museum in Berlin.“²⁸⁸ Diese Institution solle Geschichte dabei „nicht nur über wechselnde Ausstellungen“²⁸⁹ kommunizieren, sondern nun doch eine Dauerausstellung erhalten. „Kernstück“, so Diepgen weiter, „bleibt die Begegnung mit dem realen Gegenstand“, ergo gehöre zum Arbeitsauftrag für das Museum der Aufbau einer Sammlung, die dem Original Priorität zumesse. In der Konsequenz dieser Willenserklärung lag, dass Diepgen das Forum für Geschichte und Gegenwart jetzt nur noch als „Einstieg für ein Deutsches Historisches Museum“²⁹⁰ bezeichnete. Dabei ließ er offen, was mit dem Forum nach dem Aufbau eines Museums geschehen solle. Schließlich erwähnte der Regierende Bürgermeister, dass für diese neue Institution auch an ein neues Gebäude gedacht werde, möglicherweise in Nähe zum Gropius-Bau, ein Vorgehen, vor dem der Kultursenator – als „Trick des Ausweichens“ vor der geschichtlichen Bedeutung des Ortes – wenige Monate früher noch gewarnt hatte.²⁹¹

²⁸⁵ Michael Stürmer: Endlich in die Mitte Europas zurückfinden. Wie die Geschichtsmuseen in Berlin und Bonn aussehen sollten, *Die Welt*, 2.6.1984.

²⁸⁶ Ebd.

²⁸⁷ Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Eberhard Diepgen, in: Bericht über die 35. Versammlung deutscher Historiker in Berlin 3. - 7. Oktober 1984, Red. Peter Schumann, Stuttgart 1985, S. 26-29, hier S. 27.

²⁸⁸ Ebd.

²⁸⁹ Ebd., S. 28.

²⁹⁰ Ebd.

²⁹¹ Ebd.

Mit Diepgens Rede, die als Grußwort zum Historikertag geschickt platziert war und offenbar auf eine Absprache mit dem Bundeskanzler zurückging, war nicht nur der vom Kultursenator erklärte Verzicht auf den kostspieligen und langwierigen Aufbau einer Sammlung wieder rückgängig gemacht, sondern die Entscheidung für das Forum generell revidiert und der zuvor scheinbar gescheiterte Museumsplan der Historiker wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden. Dass die Verfasser der Denkschrift von 1982 gegenüber den Verfechtern eines Forums für Geschichte und Gegenwart nicht nachzugeben gewillt waren, zeigte daneben auch eine Podiumsdiskussion, die auf jenem Historikertag 1984 unter dem Titel „die Darstellbarkeit von Geschichte in historischen Museen“²⁹² veranstaltet wurde. Drei der vier Autoren des Memorandums – Jäckel, Boockmann und Stürmer – diskutierten hier erneut das Geschichtsmuseum. Dabei erörterten sie weniger die Chancen und Probleme der nichtverbalen Vermittlung von Geschichte, sondern nutzten die Gelegenheit, um im Wesentlichen ihre Positionen aus dem Memorandum und den Anhörungen des Kultursenators nochmals darzulegen.²⁹³

Diepgens Vorstoß aus Anlass des Historikertages hatte alle überrascht und ein gemischtes Echo hervorgerufen. Die Berliner SPD reagierte verärgert auf das Umstoßen aller bisherigen Pläne, denn diese seien doch nicht allein Sache des Regierenden Bürgermeisters.²⁹⁴ Andere Stimmen begrüßten den Vorschlag des Neubaus als Ausweg aus der Kontroverse um den Gropius-Bau, nachdem auch der Koalitionspartner FDP seine Präferenz einer Nutzung dieses Gebäudes als Kultur-Zentrum erklärt hatte. Als aber bis Anfang 1985 in Berlin wieder einmal wenig geschah, um die Museumsplanung voranzubringen, entschloss sich der Bundeskanzler zum Eingreifen. Anfang Februar ließ er in einem Interview mit der Berliner Morgenpost verlauten: „Alles was mir bisher in Berlin an freundlichen Vorschlägen gemacht wurde, entspricht nicht meinen Vorstellungen. Entweder wir machen etwas,

²⁹² Protokoll der Podiumsdiskussion in: Bericht über die 35. Versammlung deutscher Historiker in Berlin, a.a.O., S. 37-42. Dieser Titel der Podiumsdiskussion war eine beinahe wörtliche Übernahme der von den Historikern in ihrer Denkschrift von 1982 vorgeschlagenen Fachtagung zu einem solchen Museum, vgl. Kapitel 4.1.2.

²⁹³ Ein Bericht über diese Diskussionsrunde und heftigen Widerspruch aus dem Publikum in: Wolfgang Lehmann: Was soll ins historische Museum? Der Tagesspiegel, 5.10.1984.

²⁹⁴ Vgl. Michael Ludwig Müller: Historisches Museum nicht Sache Diepgens, Berliner Morgenpost 6.10.1984.

was einmalig ist, was eine nationale Dimension hat, oder wir lassen das.“²⁹⁵ Offensichtlich unzufrieden mit den bisherigen Ergebnissen der Berliner Diskussion und deren Größenordnung erklärte der Bundeskanzler, er sei dafür, „daß wir mit dem Nationalmuseum einen großen Wurf in Berlin wagen.“²⁹⁶ In etwas staatstragendere Formulierung gegossen, erläuterte er drei Wochen später vor dem Bundestag in seiner Rede zur Lage der Nation: „Berlin bleibt eine nationale Aufgabe. [...] Als Geburtstagsgeschenk der Bundesrepublik Deutschland wollen wir in Berlin das Deutsche Historische Museum bauen und einrichten. Ein solches Haus gehört nach Berlin, in die alte Hauptstadt der Deutschen. Das Projekt selbst ist eine nationale Aufgabe von europäischem Rang. Es geht um die Schaffung einer Stätte der Selbstbesinnung und der Selbsterkenntnis, wo nicht zuletzt junge Bürger unseres Landes etwas davon spüren können – und sei es zunächst auch nur unbewußt –, woher wir kommen, wer wir als Deutsche sind, wo wir stehen und wohin wir gehen werden.“²⁹⁷

Mit der Revision der Forums-Pläne und den beiden Erklärungen des Bundeskanzlers vom Februar 1985 trat die Auseinandersetzung um ein Geschichtsmuseum in ihre zweite Phase. Helmut Kohl war von der Unterstützung der Berliner Planungen zur Übernahme derselben in den eigenen Handlungsrahmen übergegangen. Durch dieses Eingreifen des Bundeskanzlers schien das Museumsprojekt nun einerseits zwar eine Chance auf rasche Verwirklichung zu bekommen, wozu die Berliner Regierenden sich bislang als nicht fähig gezeigt hatten. Andererseits aber wurde die Auseinandersetzung um das Geschichtsmuseum von der Diskussion gestalterischer und methodischer Fragen zunehmend auch auf die Ebene der politischen Auseinandersetzung verlagert, denn verschiedene Befürchtungen wurden mit der Intervention des Bundeskanzlers in dieser Frage verbunden. Gerade daher war die sich nun ergebende Auseinandersetzung nicht mehr auf die Berliner Öffentlichkeit begrenzt, sondern wurde auch in den überregiona-

²⁹⁵ Interview mit dem Bundeskanzler Helmut Kohl in der Berliner Morgenpost, 7.2.1985.

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Der Bundeskanzler in seinem Bericht zur Lage der Nation im Deutschen Bundestag: Plenarprotokoll 10/122, 27.2.1985, S. 9016f. (Dr. Helmut Kohl). Die zur Legitimation der Museen sehr beliebte und häufig verwandte Formulierung „woher wir kommen, wer wir als Deutsche sind ...“ stammte aus der Regierungserklärung Richard von Weizsäckers als Regierender Bürgermeister vom 2.7.1981. Schon vor Kohl hatte Peter Jochen Winters sie wieder aufgegriffen, vgl. Kapitel 4.1.1.

len Medien ausgetragen. Das Berliner Projekt eines Geschichtsmuseums war endgültig zu einem Politikum geworden.

4.2.1 Bonn, Bitburg, Berlin: Zwei Geschichtsmuseen und der Umgang mit nationaler Geschichte

Die Befürchtungen nach der Übernahme des Berliner Museumsprojektes durch die Bundesregierung resultierten zu einem großen Teil aus deren Vorgehen beim Aufbau eines zeitgeschichtlichen Dokumentationszentrums am Bonner Regierungssitz. Ein kurzer Blick auf diese Vorgänge soll erklären, warum die dortige Vorgehensweise der Bundesregierung zahlreiche Kritiker auf den Plan rief und Teile der Öffentlichkeit schließlich durch das Bonner Projekt für die Vorgänge in Berlin sensibilisiert wurden.

Schon in seiner ersten Regierungserklärung hatte der Bundeskanzler im Oktober 1982 erklärt: „Unsere Republik, die Bundesrepublik Deutschland, entstand im Schatten der Katastrophe. Sie hat inzwischen ihre eigene Geschichte. Wir wollen darauf hinwirken, daß möglichst bald in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 entsteht, gewidmet der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation.“²⁹⁸ Diese Absichtserklärung hatte Helmut Kohl in seiner zweiten Regierungserklärung am 4. Mai 1983 bekräftigt, und während die Pläne zu einem solchen Dokumentationszentrum der bundesrepublikanischen Geschichte schon in den 70er Jahren des Öfteren erwogen worden waren, wurden sie nun vom jetzigen Bundeskanzler zielstrebig verwirklicht. Im Frühjahr 1983 beauftragte der Bundesinnenminister eine vierköpfige Kommission mit der inhaltlichen Grundkonzeption der Institution. Neben dem Direktor des rheinland-pfälzischen Landesmuseums, Ulrich Löber, gehörten dieser Kommission die zwei eher konservativen Historiker Klaus Hildebrand und Horst Möller sowie der bei historischen Ausstellungsprojekten meist präsente Historiker Lothar Gall an. Das von ihnen in wenigen Monaten erarbeitete Gutachten wurde vom Bundeskanzler selbst mit einigen weiteren Historikern²⁹⁹ redigiert und im Dezember 1983 mit

²⁹⁸ Regierungserklärung des Bundeskanzlers, Bundestagsplenarprotokoll 9/121 vom 13.10.1982, S. 7227 (Dr. Helmut Kohl).

²⁹⁹ Zu diesen gehörten Karl Dietrich Bracher, Andreas Hillgruber, Rudolf Morsey, Hans-Peter Schwarz und Michael Stürmer, vgl. dazu: Sabine Moller: Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl. Die Neue Wache,

der Bitte um Stellungnahme an rund 100 so genannte gesellschaftlich relevante Gruppen, Institutionen und Parteien verschickt. Anschließend nochmals leicht überarbeitet, wurde es im Juli 1984 vom Bundesinnenministerium veröffentlicht.³⁰⁰

Ziel des Hauses der Geschichte sollte es nicht sein, eine umfassende zeitgeschichtliche Dokumentation aufzubauen, sondern als Maßnahme der politischen Bildung einzelne Schlaglichter der bundesrepublikanischen Geschichte zu präsentieren und vor allem das „historische Selbstverständnis [...] zu festigen“³⁰¹, das durch die inzwischen eigene Geschichte der Bundesrepublik geprägt worden sei. Nach dieser beschlossenen Konzeption sollte die „Lebensgeschichte der Bundesrepublik“³⁰² zur Darstellung in fünf Blöcke aufgeteilt werden, die sich an der politischen Geschichte orientierten: Vom Reich zur Bundesrepublik (1945-49), Gründerjahre der Bundesrepublik (1949-55), Ära Adenauer (1956-63), Zwischen Kontinuität und Wandel (1963-69) und Zeit der sozial-liberalen Koalition (1969-82). Jeder dieser Abschnitte wurde unterteilt in einen chronologischen Sektor und verschiedene Schwerpunkt-Räume. Im Fall des ersten Abschnitts (1945-49) sollte einer von vier Schwerpunkten der „Last der Vergangenheit“³⁰³ gewidmet werden, die anderen drei den historischen Voraussetzungen des Grundgesetzes, dem Weg zur Teilung und der Integration der Vertriebenen.

Ende 1983, nachdem das Gutachten versandt worden war, wurde erste Kritik am Projekt der Bundesregierung laut. Die Kommission sei zu klein und außerdem einseitig besetzt worden, die Planungen zu schnell und ohne öffentliche Diskussion vorangetrieben worden. Schließlich veranstaltete nicht die Regierungskoalition, sondern die

das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1998, S. 83f.

³⁰⁰ Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Überlegungen und Vorschläge zur Errichtung eines „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn, Bonn 1984.

³⁰¹ So die Gutachter in ebd., zitiert nach Moller, a.a.O., S. 84.

³⁰² So der im Innenministerium für die Projekte verantwortliche leitende Ministerialbeamte Sieghard von Köckritz bei der ersten Berliner Anhörung des Kultursenators im November 1983, in: Stölzl, a.a.O., S. 129.

³⁰³ Gutachten zitiert nach Moller, a.a.O., S. 86. In der überarbeiteten Version des Gutachtens hieß es später stattdessen „Last und Verantwortung der Vergangenheit“, vgl. Hermann Schäfer: Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Strukturgeschichtliche Darstellung im Museum, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 8.1.1988, S. 27-34, hier S. 30.

Oppositionsfraktion der SPD im Mai 1984 ein Hearing zur Konzeption mit den Gutachtern Gall und Löber sowie über achtzig Politikern, Historikern und weiteren interessierten Teilnehmern.³⁰⁴ Hier wurde das Projekt von der Mehrheit nicht prinzipiell abgelehnt, Kritik richtete sich jedoch sowohl gegen die Besetzung der Kommission und die Vorgehensweise der Bundesregierung als auch gegen die Schwerpunktbildung des Gutachtens - insbesondere die Gewichtung der Vorgeschichte der Bundesrepublik. In inhaltlicher Hinsicht kritisierte etwa - um nur einige Punkte herauszugreifen - die Historikerin Helga Grebing, dass die Konstruktion der Ausstellung vom Nullpunkt 1945 her die bundesrepublikanische Geschichte zu schnell in die Normalität der westlichen Demokratien integriere und die „Last“ der Vorgeschichte zu schnell abhandle.³⁰⁵ Diese Sorge teilte auch Thomas Ellwein, der dem Gutachten bescheinigte, dass es darin an Aufarbeitung der Vergangenheit mangle, wie überhaupt die Tendenz zum Übergehen der gesellschaftlichen Probleme zu beobachten sei. Martin Broszat vom Münchner Institut für Zeitgeschichte kritisierte ebenfalls das Einsetzen der Ausstellung mit dem Jahr 1945, denn erst vor dem Hintergrund der historischen Voraussetzungen durch die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus sei die bundesrepublikanische Geschichte als relativ glücklicher Abschnitt der deutschen Geschichte zu erklären. Für den Politologen Dietrich Thränhardt zeigten sich im Gutachten sogar Spuren der „Hofgeschichtsschreibung“³⁰⁶, weil darin mehrmals die unkritische und wissenschaftlich wenig aussagekräftige Rede von einer „Erfolgsgeschichte“³⁰⁷ der Bundesrepublik zu finden sei. Auch Jürgen Kocka kritisierte, dass hier lediglich ein selbstzufriedener Rückblick präsentiert werden würde. Diese Kritikpunkte sollten sich mittelfristig als weniger brisant erweisen als jene, die eine unangemessene Auseinandersetzung mit der Gegenwartsbedeutung des Nationalsozialismus konstatierten.

³⁰⁴ Moller, a.a.O., S. 89. Vgl. auch Freimut Duve (Hrsg.): Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zum Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Protokoll vom 9. Mai 1984, Bonn 1984.

³⁰⁵ Zusammenfassungen der wichtigsten Kritikpunkte bei Moller, a.a.O., S. 88-94 sowie Ulrich Rose: Geschichte, zur Schau gestellt in Vitrinen: Die Diskussion um zwei Museen und ein Mahnmal, in: Gernot Erler, Rolf-Dieter Müller u.a. (Hrsg.): Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte, Freiburg 1987, S. 35-61, insb. S. 50-51.

³⁰⁶ Duve, Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 165, zitiert nach Moller, a.a.O., S. 91.

³⁰⁷ Ebd.

Trotz all dieser Kritik, die aus Anlass des SPD-Hearings von durchaus prominenten Historikern geäußert wurde, sah sich die Bundesregierung nicht zum Abweichen von den bisherigen Planungen veranlasst. Im Frühsommer 1984 wurde ein Bauplatz bestimmt, im Juli das nur leicht modifizierte Gutachten veröffentlicht.³⁰⁸ Ende 1984 forderte die SPD noch eine Einbeziehung des Parlaments in die Planungen. Sie schlug vor, den Bundespräsidenten zur Berufung des Gründungsausschusses einzuschalten, damit die Museumsplanungen von Konsens getragen würden und ein Parteienstreit vermieden werde. Diese Bemühungen blieben vergeblich. Mitte Juli 1985 verabschiedete das Bundeskabinett eine Vorlage zum Haus der Geschichte, das damit nach knapp dreijähriger Entwicklungszeit und ohne Berücksichtigung der geäußerten Bedenken auf den Weg gebracht worden war. Erstmals überhaupt vom Parlament diskutiert wurde das Projekt erst eineinhalb Jahre später, im Rahmen der zweiten Kulturdebatte des Bundestages. Hier bezeichnete die SPD-Abgeordnete Renate Lepsius das Verhalten der Bundesregierung in der Rückschau als „verächtlichen Umgang mit dem Parlament“³⁰⁹. Doch stellte sich nun auch die Frage, warum ein Jahrzehnt früher die Ausstellungsprojekte der sozial-liberalen Regierung – 1971/74 im Berliner Reichstag und 1974 in Rastatt – nicht dem Parlament zur Diskussion vorgelegt worden waren, weshalb damals kaum Einspruch erhoben worden war und warum ein Jahrzehnt später die Empörung vieler so groß war. Hatte die Exekutive mehr getan, als auf dem Feld der Kulturpolitik ihre Handlungsfähigkeit zu demonstrieren?

Das Zeitklima hatte sich geändert. Geschichte als politisches Ereignis hatte eine neue Qualität gewonnen und alle Geschichtspolitik der Regierung wurde dementsprechend argwöhnisch von der Opposition beobachtet. Anlass für immer neue Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition sowie Teilen der kritischen Öffentlichkeit bot die mit dem Regierungswechsel von den Unionsparteien verkündete „geistig-moralische Wende“. Die grundlegende Problematik, wie sie sich aus der Sicht mancher nun darstellte, skizzierte der Bochumer Historiker Hans Mommsen im März 1985 aus Anlass des „Forums Geschichte“ der SPD.³¹⁰ Den aktuellen Hintergrund dafür boten einer-

³⁰⁸ Zu den wenigen Modifikationen vgl. Moller, a.a.O., S. 94-97.

³⁰⁹ Plenarprotokoll 10/253, 4.12.1986, S. 19669 (Dr. Renate Lepsius).

³¹⁰ SPD Pressemitteilung Nr. X.1985 vom 01.03.1985. Forum Geschichte: „Geschichte in der demokratischen Gesellschaft“. Thesen von Prof. Dr. Hans Mommsen zur Podiumsdiskussion „Stehen wir vor einer neuen Polarisierung

seits das weitgehend abgeschlossene Bonner Museumsprojekt, andererseits aber die nur drei Tage vor dem Geschichtsforum der SPD vom Bundeskanzler verkündete Übernahme der Berliner Forumsplanungen. So verfasste Mommsen mehrere Thesen für eine Podiumsdiskussion, deren als rhetorische Frage formulierter Titel lautete: „Stehen wir vor einer neuen Polarisierung des Geschichtsbildes in der Bundesrepublik Deutschland?“³¹¹ Mommsen konstatierte, dass verschiedene wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme zum Versuch der konservativen Parteien geführt hätten, seit einiger Zeit „durch den Rekurs auf die nationalgeschichtliche Tradition eine erhöhte Konsensstiftung zu erreichen.“³¹² Diese Tendenz zielt darauf ab, „sozial-emanzipatorische Elemente im westdeutschen historischen Diskurs“³¹³ zugunsten einer Wiederanknüpfung an nationalstaatliche Traditionen des 19. Jahrhunderts zurückzudrängen. Eine veränderte Haltung zum Nationalsozialismus sei damit verbunden. Diese „Rückkehr zur ‚Normalität‘ der deutschen Geschichte“³¹³ beabsichtige eine Reduzierung einerseits der deutschen Verantwortung für die Entstehung des Zweiten Weltkrieges und andererseits eine Relativierung des Erfolges des Nationalsozialismus in der Gesellschaft. Kurzum, nach Mommsens Beobachtung formierte sich eine neue Art von Nationalbewusstsein, verbunden mit einem affirmativen Geschichtsbild, gegen das bisherige, aufgeklärte Geschichtsbewusstsein.

Nur wenige Wochen nachdem der Bundeskanzler die Übernahme der Berliner Museumsplanungen durch sein Kabinett verkündet und Mommsen seine Thesen zur Problematik der von der Bundesregierung verfolgten Absichten formuliert hatte, jährte sich am 8. Mai 1985 zum vierzigsten Mal die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches. Sowohl der Bundeskanzler als auch der Bundespräsident gedachten dieses Ereignisses, allerdings in sehr unterschiedlicher Form. So besuchte der Bundeskanzler mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan am 5. Mai den Soldatenfriedhof von Bitburg, auf dem, wie sich im Vorfeld herausstellte, neben deutschen Soldaten auch Angehörige der Waffen-SS lagen. Trotz vielfachen Protests, auch jüdischer Opferverbände, ließ sich Kohl von diesem Besuch keineswegs abbringen und löste damit eine Welle der Empörung aus. Auch international hätte der wenig feinfühlige Kanzler einen Eklat herauf-

des Geschichtsbildes in der Bundesrepublik Deutschland?“, zitiert nach: <http://library.fes.de> (1.3.2004).

³¹¹ Ebd., S. 2.

³¹² Ebd., S. 3.

³¹³ Ebd.

beschworen, wenn der amerikanische Präsident nicht am selben Tag noch das Konzentrationslager Bergen-Belsen besucht hätte. Denn ohne diesen Besuch hätte die von Kohl initiierte symbolische Versöhnung über diesen Gräbern die Rolle der Deutschen im Zweiten Weltkrieg unzulässig relativiert. Ganz andere Töne schlug dagegen Kohls Parteifreund Richard von Weizsäcker an, der drei Tage später in seiner Ansprache den 8. Mai als Tag der Befreiung von der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten würdigte und dabei einen ganz anderen Akzent setzte als Kohl. Von Weizsäcker erinnerte daran, dass zwar viele Völker Anlass zum Andenken an von ihnen verschuldete Kriege und Gewalt hätten, der Völkermord an den Juden aber in der Geschichte ohne Beispiel sei. Der Bundespräsident zitierte in diesem Zusammenhang die jüdische Weisheit: „Das Vergessenwollen verlängert das Exil. Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“³¹⁴ Die Rede von Weizäckers, die im In- und Ausland positiv aufgenommen wurde, zielte darauf, die Erinnerung zu befördern statt das Ziehen eines Schlusstriches zu versuchen. Dieser Eindruck nämlich blieb von Kohls symbolischer Handlung, die als tumber Versuch wahrgenommen wurde, die „Beendigung der Bewährungsfrist für eine historische moralische Schuld [zu] inszenieren.“³¹⁵ So zeigten diese beiden unterschiedlichen Vorgänge aus Anlass des vierzigsten Jahrestages der Kapitulation, wie groß die mögliche Spannbreite offiziellen Gedenkens und damit beförderter Botschaften war. Durch beide Ereignisse waren Teile der Öffentlichkeit im Frühsommer 1985 für geschichtspolitische Demonstrationen nun ganz besonders sensibilisiert. Der Umgang mit dem neu definierten Projekt eines Geschichtsmuseums wurde aufmerksam beobachtet.

4.2.2 Die Geschichte wiederholt sich: Ein neuer Standort für das Museum

Die ersten Planungen der Bundesregierung für Neubau und Einrichtung eines Deutschen Historischen Museums im Frühsommer 1985 ähnelten auf erstaunliche Weise jenen früheren Berliner Vorgängen seit 1982 rund um ein Geschichtsmuseum im Gropius-Bau. Damals

³¹⁴ Zitiert nach Assmann in: Assmann/Frevert, a.a.O., S. 146f.

³¹⁵ Charles Maier: Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen, Frankfurt am Main und New York 1992 (Orig. 1988: *The unmasterable Past*), S. 16.

entzündete sich die Kritik ganz wesentlich daran, dass sowohl ein Gebäude als auch ein Gedächtnis-Ort für ein Projekt in Beschlag genommen wurden, über dessen Inhalt noch weitgehende Unklarheit bestand und das zudem in einem Spannungsverhältnis zur Vergangenheit der Umgebung stand. Diese Ereignisse schienen sich nun drei Jahre später mit neu verteilten Rollen zu wiederholen. Nachdem die entsprechenden Politiker es diesmal hätten besser wissen können, wurde wiederum ein Ort besetzt, bevor ein Konzept vorlag. Weil es sich in beiden Fällen nicht um einen beliebigen Ort handelte, an dem das Museum platziert werden sollte, ist auch die erneute Auseinandersetzung im Kontext dieser Kontroverse um ein Geschichtsmuseum von Bedeutung.

Als der Bundeskanzler das Berliner Museumsprojekt im Februar 1985 übernahm, versprach er, die Kosten für Bau und Einrichtung mit Bundesmitteln zu finanzieren, womit die Entscheidung folglich für einen Neubau und gegen den Gropius-Bau gefallen war. Ganz abgesehen davon, wie und womit das Gebäude gefüllt würde, diskutierten die Politiker nun zuerst die Frage, wo der Neubau stehen sollte. Dazu verlautete es schon nach kurzer Zeit aus dem Berliner Senat, dass ein Standort entweder nahe dem Gropius-Bau oder im Tiergarten unweit des Reichstages in Frage komme.³¹⁶ Gleichzeitig bewilligte das Bundeskabinett bereits 30 Millionen Mark für den Bau, über dessen Inhalt noch nichts bekannt war. Die Situation ähnelte derjenigen zwei Jahre zuvor, als die WELT schon einmal getitelt hatte: „Geld ist da, jetzt fehlt nur noch das Konzept.“³¹⁷ Doch in der Berliner Regierungskoalition aus FDP und CDU bestand keine Einigkeit darüber, wo das Kanzler-Geschenk platziert werden sollte. In der Hoffnung, diesen Streit nutzen zu können, aber doch in völliger Fehleinschätzung der Lage, schlug der SPD-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, Walter Momper, zunächst vor, den Museumsschwerpunkt auf die Geschichte der Arbeiter zu legen. Einen geeigneten Standort hatte Momper ebenfalls im Visier, nämlich „eine Berliner Mietskaserne mit Fabrik im Hinterhof in Wedding oder in Neukölln.“³¹⁸

In dieser Situation, in der die Berliner Parteien in hektischem Durcheinander reagierten, veröffentlichte der Verleger Wolf Jobst Siedler

³¹⁶ Vgl. F. Diederichs: FDP-Vorschlag ist unseriös, Berliner CDU: Deutsches Historisches Museum auf keinen Fall in den Reichstag, Die Welt, 3.4.1985.

³¹⁷ F. Diederichs: Geld ist da, jetzt fehlt nur noch das Konzept, Die Welt, 9.6.1983.

³¹⁸ Ulrich Zawatka: Der Alltag in Berlin, Volksblatt Berlin, 5.4.1985.

ein Memorandum, welches die Standortfrage des Geschichtsmuseums mit der Neuordnung einer Berliner Stadtmitte im so genannten „zentralen Bereich“ rund um den „Platz der Republik“ vor dem Reichstag verband.³¹⁹ Und tatsächlich wurde bald darauf die Begehung des Geländes durch den Bundeskanzler und den Regierenden Bürgermeister in Aussicht gestellt.³²⁰ Diese konkretisierte Situation veranlasste Manfred Sack in der ZEIT zu der Feststellung, die Berliner Museumsprojektion zeige doch unübersehbar, dass „die Wendepolitik in vollem Gange ist“³²¹. Gegen die Vergegenwärtigung von Geschichte sei nichts einzuwenden, so Sack, aber „ob man es die Werte- oder die Sinnkrise oder sonst wie nennt, ob diese Krise die Suche nach der nationalen Identität und den Wunsch nach nationalem Stolz hervorgerufen hat – das Streben nach einem anderen als dem bisher gepflegten, eher kritischen Geschichtsbewußtsein ist deutlich.“³²² Beim Museumsbau wie auch in der Frage des Umgangs mit dem Gestapo-Gelände neben dem Gropius-Bau sei das Verlangen erkennbar, „mit der Geschichte auch wieder Staat zu machen, optimistischen Glanz zu verbreiten und nationalen Stolz zu wecken“.³²³ Und tatsächlich war der Bundeskanzler nicht bemüht, derartige Bedenken zu zerstreuen. Mitte Juni gab er vielmehr die Entscheidung bekannt, dass im Spreebogen, gegenüber dem Reichstag - wo einmal die Kroll-Oper stand und später Hitlers Halle des Volkes errichtet werden sollte - das Geschichtsmuseum gebaut werde. 250 Millionen Mark seien dafür vorgesehen. Eine Kommission, so der Bundeskanzler, solle berufen werden, um den „geistigen Inhalt und die Sinnggebung“³²⁴ des Museums zu erarbeiten, bevor ein Architektenwettbewerb schließlich zum Entwurf eines Gebäudes führen solle, das die „Würde des Gegenstandes“³²⁵ ausdrücke. Weil bereits für die 750-Jahr-Feier Berlins 1987 die Grundsteinlegung geplant war, drängte die Zeit. Während die einen

³¹⁹ Wolf Jobst Siedler: Zurück zur Stadtmitte, der Ort des geplanten Berliner Geschichtsmuseums, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.5.1985.

³²⁰ Vgl. Klaus Hartung: Der Streit um die Berliner Mitte, Die Tageszeitung, 12.6.1985, sowie: Dieter Hoffmann-Axthelm: Zwischen Fußball und Wiederaufbau, Die Tageszeitung, 12.6.1985.

³²¹ Manfred Sack: Wohin mit dem goldenen Ei? Die Zeit, 7.6.1985.

³²² Ebd.

³²³ Ebd.

³²⁴ So der Bundeskanzler, zitiert nach: Deutsches Historisches Museum wird in Nähe des Reichstagsgebäudes gebaut, Der Tagesspiegel, 13.6.1985.

³²⁵ Ebd.

nun über das „Geschenk von Bundeskanzler Kohl“³²⁶ jubelten, sammelte sich auf anderer Seite Widerstand.

Die Berliner SPD reagierte schnell auf die neue Sachlage und nahm Abstand von Mompers Hinterhof-Planungen. Sie rief eine Arbeitsgruppe ins Leben, die Vorschläge zum inhaltlich noch offenen Projekt des Bundeskanzlers erarbeiten sollte. Auf diese Arbeit ist im Kontext der Konzeption zurückzukommen (Kapitel 4.2.3.2). Ebenfalls noch vor Einsetzung der Sachverständigenkommission im Herbst artikulierte die Berliner Alternative Liste (AL) im Verbund mit der Bundestags-Fraktion der Grünen ihre Ablehnung der neuverorteten Museumsplanung. Ganz nach dem Vorbild der Hearings des Kultursenators von 1983/84 veranstalteten AL und Grüne im September 1985 im Reichstag die erste einer Reihe von Diskussionen.³²⁷ Diese Veranstaltung zeigte ein weiteres Mal, wie viel Kritik am Museumsprojekt allein durch das Vorgehen der Bundesregierung, den Ort lange vor einer Konzeption zu bestimmen, ausgelöst wurde. Christian Ströbele, Abgeordneter der Grünen im Bundestag, appellierte schon bei dieser ersten Diskussion an seine Berliner Kollegen, das Projekt des Museumsbaus nach Möglichkeit aufzuhalten. Für Ströbele war der angekündigte Neubau ein durchsichtiges Unternehmen. Die Aufgabe solcher Architektur sei es doch nur, „für die verlorengegangene Identifikation der Menschen in unserem Land mit den Regierenden [...] zu sorgen. Museen werden als Kirchen ihrer Herrschaft errichtet.“³²⁸ Christiane Ziesecke aus dem Berliner Abgeordnetenhaus empörte sich über die feudale Geste des Bundeskanzlers, der das Museum als Geschenk für Berlin angekündigt hatte, und fragte: „Seit wann kann Herr Kohl über den öffentlichen Haushalt verfügen, wie über sein privates

³²⁶ Hans-R. Karutz: Geschenk des Kanzlers bereitet Kopfzerbrechen, Wie soll historisches Museum in Berlin gestaltet werden? *Die Welt*, 5.7.1985.

³²⁷ Protokoll einer öffentlichen Diskussion, veranstaltet durch „Die Grünen“ im Deutschen Bundestag und die Fraktion der Alternativen Liste Berlin im Reichstagsgebäude in Berlin, abgedruckt in: Stölzl, a.a.O., S. 249-277.

Im Folgenden kurz „Diskussion Grüne/AL“. Im Quellenband wird als Datum der Diskussion der 21. April 1985 angegeben, was auf Grund mehrerer dort zitierter Zeitungsartikel vom 13. und 14.6.1985 nicht stimmen kann. Das korrekte Datum der Veranstaltung dürfte vielmehr der 21. September 1985 gewesen sein, da in einem Artikel zur Museumskontroverse der Zeitpunkt „Ende September“ genannt wird, vgl. Eghard Mörbitz: Ein Lehrpfad durch die deutsche Geschichte, *Frankfurter Rundschau*, 27.12.1985.

³²⁸ Diskussion Grüne/AL, in: Stölzl, a.a.O., S. 250.

Sparbuch?“³²⁹ Es spreche doch einiges gegen dieses Museum: *Erstens* die föderale Organisation der Kultur, die für eine große Zahl von Museen Sorge, *zweitens* die Befürchtung, ein nationales Geschichtsbild werde dekretiert („in einer pluralistischen Gesellschaft gibt es *die* Geschichte nicht“³³⁰), *drittens* das Fehlen einer Sammlung, *viertens* der prognostizierbare Mangel an Leihgaben, *fünftens* die zu befürchtenden negativen Auswirkungen auf die bestehenden Berliner Museen und *sechstens* das Fehlen eines Gebäudes. „Für die Einrichtung eines Deutschen Historischen Museums fehlen so gut wie alle Voraussetzungen. Nur eine ist da: der politische Wille, koste [es], was es wolle, dieses Museum einzurichten.“³³¹ Damit waren eine große Anzahl jener Argumente gegen ein Museum erneut aufgereiht, die zwei Jahre zuvor im Kontext der Forums-Planungen diskutiert worden waren. Allein durch das Verstreichen der Zeit waren sie freilich nicht entkräftet worden. Auf der gleichen Diskussionsveranstaltung verglich der Kunsthistoriker Bodo Baumunk die Geschichte des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg mit dem „deutschen Nationalmuseumsprojekt in Berlin“³³². Dem Germanischen Nationalmuseum sei das Schicksal widerfahren, dass seine politischen Komponenten nie wirksam geworden seien: „Vor 1871 nicht, weil man sie nicht aussprechen durfte, nach 1871 nicht, weil sie nicht in den kleindeutschen Nationalstaat paßten, [...] nach 1945 schon gar nicht mehr, weil die nationalsozialistische Inanspruchnahme von Geschichte einem Nürnberger Institut hier besondere Enthaltung nahe legte.“³³³ Nun, so Baumunk, werde nichts anderes als ein zweiter Versuch gewagt, insbesondere weil die Geschichtswissenschaft so nah am Ohr der Macht sei wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit Hilfe der Geschichte solle die Identität der Bürger in der Bundesrepublik gestützt werden, doch dazu müsse diese erst einmal popularisiert werden, denn ohne Massenwirksamkeit sei auch keine Nationalpädagogik möglich.³³⁴ Diese Befürchtung teilten viele der Anwesenden. Angesichts des „bündnispolitischen Vakuums“³³⁵ von Grünen und AL – die SPD verfolgte ja eigene Pläne – wurde die Frage diskutiert, ob

³²⁹ Ebd. S. 252.

³³⁰ Ebd.

³³¹ Ebd.

³³² Ebd., S. 258.

³³³ Ebd.

³³⁴ Ebd., S. 259.

³³⁵ Dirk Müller in ebd., S. 263.

zum Museumsprojekt mehr als eine grundsätzliche Abwehrhaltung formuliert werden sollte, etwa indem ein - im wahrsten Sinne des Wortes - alternatives Projekt konzipiert werde. Der Journalist und AL-Abgeordnete Mathias Greffrath trat vehement für ein solches Gegenprojekt ein, da es seiner Einschätzung nach für Modifikationen der laufenden Planung zu spät sei – „weil wir das alles verpennt haben“.³³⁶ Auch wenn jetzt Protest organisiert werde, dann würde sich auf dem Bauplatz im Spreebogen „bestenfalls [...] statt eines nationalstaatlichen und an Haupt- und Staatsaktionen ausgerichteten bebilderten Geschichtsbuches der Wendezeit öffentlich-rechtlich-ausgewogene Langeweile ansiedeln.“³³⁷ Also gelte es eine eigene Institution zu schaffen. Denn „die Fragen, die die Zeit stellt: Das sind nicht die von Nationalstaat und Identität, sondern das sind [...] das Verschwinden der uns umgebenden Natur, das Verschwinden der Arbeit [...] kurz: die Unsicherheiten über das Projekt Moderne, Industrialismus, Kapitalismus.“³³⁸ Greffraths engagiertes Plädoyer galt einem „Laboratorium“³³⁹ und damit einer Institution, wie sie diskutiert worden war, bis die politisch Verantwortlichen sich spätestens Anfang 1985 dagegen entschieden hatten. Wenn weder der Berliner Senat noch die Bundesregierung ein derartiges Projekt wagen wollten, appellierte Greffrath an die versammelten Gegner des Museums, dann sollten doch die Grünen mit der AL das Stiftungskapital dafür sammeln: „Warum sollten sich die Grünen nicht neben der Verhinderungsarbeit [...] [ein] großartiges Projekt leisten, wie es nur ganz große Souveräne konnten.“³⁴⁰ Hinter Greffraths Vorschlag steckte also die realistische Erwartung, dass die Bundesregierung es mit ihrer Museumsplanung ernst meinte und ein zweiter Versuch, das Museum in ein Forum umzulenken, nicht gelingen würde. Gleichzeitig wollte er, statt sich in der Kritik zu erschöpfen, mit einer „Werkstatt der Ideen“³⁴¹ eine kreative Antwort geben. Schon während der ersten Diskussion zeichnete sich aber keine Mehrheit für diesen Alternativvorschlag ab. Auch ein weiteres Treffen der Grünen brachte keine

³³⁶ Ebd.

³³⁷ Ebd.

³³⁸ Ebd., S. 264.

³³⁹ Ebd.

³⁴⁰ Ebd.

³⁴¹ Für Greffraths Gegenvorschlag einer „Werkstatt der Ideen“ vgl. Mathias Greffrath: Nur ja nichts Kleinliches, Die Zeit, 11.10.1985.

gemeinsame Linie jenseits der Radikalkritik hervor, die mehr gefordert hätte als „Fußball vor dem Reichstag“.³⁴²

Der kurze Überblick über die Entwicklung zwischen Februar und September 1985 zeigt, wie schnell das Museums-Thema in die überregionale Berichterstattung gelangt war und Teile der kritischen Öffentlichkeit sich gegen dieses Projekt formiert hatten. Schon bevor die Bundesregierung ihr Museum inhaltlich vorbereiten ließ, waren zahlreiche Befürchtungen ausgesprochen worden und die vorausseilende Besetzung des „zentralen Bereichs“ hatte nicht gerade dazu beigetragen, Bedenken zu zerstreuen. Schon kursierten Kürzel wie „Palais Kohl“³⁴³ für das geplante Museum. In ihrer Denkschrift von 1982 hatten die vier Historiker die politisch Verantwortlichen gewarnt, ein solches Museum könne nur entstehen, wenn die Planungen als überparteiliche Angelegenheit begriffen würden.³⁴⁴ Davon war schon die Situation im Sommer 1985 weit entfernt.

4.2.3 Die Konzeption des Museums

Nachdem zu dem Berliner Vorhaben bereits drei verschiedene Konzepte aus den Jahren 1982 bis 1985 vorlagen³⁴⁵, beauftragte die Bundesregierung eine neue Sachverständigenkommission mit einem weiteren Gutachten, das nun den Absichten des neu definierten Projekts Rechnung tragen sollte. Dazu kontaktierte der mit der Planung des Museums vom Bundeskanzler beauftragte Bauminister Oscar Schneider am Rande des Internationalen Historikertages in Stuttgart im August 1985 verschiedene Historiker, um sie zur Mitarbeit für das Mu-

³⁴² Vgl. Klaus Hartungs Bericht über die zweite Diskussionsveranstaltung in der ersten Dezemberwoche 1985, in: Klaus Hartung: Die Muse Clio und Fußball vor dem Reichstag: Über die Schwierigkeiten von SPD und Grünen, über Berlin, Geschichte und Architektur zu reden, Die Tageszeitung, 6.12.1985.

³⁴³ So angeblich die senatsinterne Benennung des Projektes, vgl. Karl-Heinz Krüger: Wir planen hier nicht Kleinkleckersdorf, Der Spiegel, 25.11.1985.

³⁴⁴ Polemisch war mittlerweile auch schon der gegenseitige Umgang der Forums- und der Museums-Befürworter miteinander. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang drei Stellungnahmen von Jürgen Kocka, Gottfried Korff und Hartmut Boockmann in Geschichte und Gesellschaft 11 (1985).

³⁴⁵ Für die Denkschriften aus den Jahren 1982 und 1983, sowie das Forums-konzept von 1984/85, vgl. Kapitel 4.1.2 und 4.1.4.

seum zu gewinnen.³⁴⁶ Zu dieser von der Bundesregierung im Oktober schließlich eingesetzten Kommission, die sechzehn Mitglieder zählte, gehörten die Professoren Gerhard Bott, Karl-Dietrich Erdmann, Horst Fuhrmann, Thomas Gaethgens, Lothar Gall, Werner Knopp, Richard Löwenthal, Heinrich Lutz, Eberhard Rothers, Hans-Peter Schwarz, Rudolf Vierhaus, der Verleger Wolf Jobst Siedler und Christoph Stölzl vom Münchner Stadtmuseum. Dazu kamen als Koautoren der Denkschrift von 1982 die Historiker Boockmann und Stürmer, sowie Kocka, der den ursprünglich vorgesehenen Kollegen Hans-Ulrich Wehler ersetzte.³⁴⁷

Wegen der harschen Kritik im Vorfeld war darauf geachtet worden, einerseits eine wesentlich größere Kommission als im Fall des Bonner Ausstellungshauses zu berufen und andererseits zumindest eine gewisse Ausgewogenheit in Bezug auf historische Schulen und politische Zugehörigkeiten anzustreben.³⁴⁸ In der Tradition der bisherigen Kommissionen der 1970er und 1980er Jahre, die sich mit Geschichtsausstellungen und Museen in der Bundesrepublik beschäftigten, waren allerdings auch diesmal die Museumsfachleute (Knopp, Roters, Stölzl) den Historikern gegenüber wieder in der Minderheit, wobei diesmal zu den Geschichtswissenschaftlern wenigstens einige Kunsthistoriker und Politologen hinzugenommen worden waren. Die Besetzungsliste machte somit klar, dass Gestaltungsfragen des Geschichtsmuseums ein weiteres Mal nicht im Vordergrund der Konzeptionsarbeit standen. Gewissheit darüber gab es schon ein halbes Jahr nach der Berufung der Sachverständigen, als diese ihre Museumskonzeption im April 1986 vorlegten.³⁴⁹ Die Hauptarbeit hatte dabei eine kleine

³⁴⁶ Der Bundeskanzler hatte den Bundesbauminister statt des eigentlich zuständigen Innenministers mit der Organisation des Museumsprojekts beauftragt. Als Begründung diente der mit dem Museum verbundene Neubau.

³⁴⁷ Der Berliner Kultursenator hatte eine Empfehlung zur Besetzung der Sachverständigenkommission - dabei war auch Hans Mommsen - ausgesprochen, die allerdings abgelehnt wurden. Die Ersetzung Wehlers durch Kocka scheint hingegen auf eine erfolgreiche Intervention des Kultursenators zurückgegangen zu sein.

³⁴⁸ Mit Richard Löwenthal war immerhin ein SPD-Mitglied vertreten, wobei der Alibicharakter seiner Berufung von Seiten der Kritiker immer wieder herausgestellt wurde.

³⁴⁹ Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Konzeption für ein „Deutsches Historisches Museum“. Sachverständigenkommission für die Konzeption des geplanten Deutschen Historischen Mu-

Arbeitsgruppe innerhalb der Kommission übernommen, der Boockmann, Kocka, Knopp, Lutz, Stölzl und Stürmer angehörten, wobei es unter diesen wiederum der Sozialhistoriker Kocka war, der den Text zum allergrößten Teil verfasst hatte.³⁵⁰

4.2.3.1 Das Gutachten der Sachverständigenkommission

Die „Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum“ hatten die Sachverständigen in vier Abschnitte unterteilt: Allgemeine Gesichtspunkte, Grundstruktur des Museums, weiteres Verfahren beim Aufbau sowie eine Anlage mit Vorschlägen zur Gestaltung. Ein Vergleich mit den bisherigen Entwürfen und Denkschriften soll verdeutlichen, welche Positionen der bisherigen Debatte sich jetzt durchgesetzt hatten. Im allgemeinen Teil, der Ziele, Umfang, Aufgaben und Leitfragen des Museums beschrieb, hieß es einleitend zum Ziel der Institution: „Das Museum soll Ort der Selbstbesinnung und der Selbsterkenntnis durch historische Erinnerung sein. Es soll [...] die Besucher über die Information hinaus zu Fragen an die deutsche Geschichte anregen und Antworten auf ihre Fragen anbieten. Es soll zur kritischen Auseinandersetzung anregen, aber auch Identifikationsmöglichkeiten anbieten.“³⁵¹ Vor allem solle das Museum, in Abwandlung der Kohlschen Erklärung zur Lage der Nation, „den Bürgen unseres Landes helfen, sich darüber klarzuwerden, wer sie als Deutsche und Europäer [...] sind, woher sie kommen, wo sie stehen und wohin sie gehen könnten.“³⁵² Typisch für dieses Gutachten waren Nuancen wie eben jene, dass aus der Formulierung des Bundeskanzlers „wohin sie gehen werden“³⁵³ der Ausdruck der Konzeption „wohin sie gehen könnten“ wurde. Des Weiteren wurde zum Ziel des Museums bestimmt, den geschichtlichen Überblick „weder überheblich noch selbstanklägerisch“³⁵⁴ zu gestalten. Das Museum solle das Wissen der Besucher erweitern, aber auch unterhalten. Schließlich dürfe es sich „weder in

seums in Berlin, Bonn 1986, im Folgenden kurz „Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum“. Auch abgedruckt in: Stölzl, a.a.O., S. 310-333.

³⁵⁰ So die übereinstimmende Erinnerung Christoph Stölzls und des damaligen Sekretärs der Kommission Hans-Martin Hinz, geäußert gegenüber dem Autor.

³⁵¹ Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum, a.a.O., S. 6.

³⁵² Ebd.

³⁵³ Vgl. Kapitel 4.2.

³⁵⁴ Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum, a.a.O., S. 6.

Problematisierung erschöpfen, noch darf es Weihestätte oder Identifikationsfabrik sein“.³⁵⁵ Von einer Förderung des Staatsbewusstseins, wie im 1982er Gutachten mit Nachdruck gefordert wurde, war jetzt nicht mehr die Rede. Stattdessen waren nun alle Zielvorgaben, sei es zu Vermittlungsformen oder zum Endzweck des Museumsbesuches, vorsichtig ausbalanciert.

Zur zeitlichen und räumlichen Erstreckung der deutschen Geschichte im Museum legte die Konzeption fest, dass nach einem kurzen Abstecher in die Frühgeschichte der Überblick von „der ersten Erwähnung der Deutschen im 9. Jahrhundert [...] bis in die Gegenwart“³⁵⁶ führen solle. Demnach würde sie ebenso umfassend angelegt, wie das - natürlich nicht als Vorbild angeführte - Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin, das ebenfalls mit der Ur- und Frühgeschichte einsetzte. Korrigiert wurde mit diesem zeitlichen Raster die ursprüngliche Festlegung auf den Zeitraum nach 1770, wie sie das 1982er Memorandum in der Absicht der Akzentuierung der Nationalstaatsgeschichte empfohlen hatte. Dem Zeitalter des Nationalstaats sollte somit nicht mehr das ausschließliche Interesse gelten. Und weil die Deutschen zwischen 800 und der Gegenwart in einer Vielzahl von Staaten gelebt hätten, empfahl die Kommission, „die deutsche Geschichte in sich wandelnden Räumen“³⁵⁷ darzustellen; allerdings, so wurde vorsichtshalber gleich nachgeschoben, „nicht im Sinne eines Anspruchs auf wiederzubelebende Zugehörigkeiten“.³⁵⁸ Zwischen kleindeutschem und großdeutschem Programm des Museums wurde also keine klare Entscheidung getroffen. Der europäische Charakter der deutschen Geschichte, hieß es stattdessen, auf Ausgleich bedacht, sollte genauso betont werden, wie die Prägung durch die regionale Vielfalt innerhalb Deutschlands.

Ein separater Abschnitt zur Frage der „Geschichtsbilder“ unterstrich nochmals die Absicht der Konzeption, die eigentlich schon durch die ersten Zeilen unmissverständlich klar wurde: Zusammenhänge in der deutschen Geschichte sollten sehr wohl vermittelt werden, doch „andererseits gibt es nicht ‚das‘ Geschichtsbild der Bundesrepublik Deutschland.“³⁵⁹ Pluralistische Gesellschaften hätten Platz für konkurrierende Geschichtsbilder: „Das Museum darf deshalb nicht versu-

³⁵⁵ Ebd.

³⁵⁶ Ebd., S. 7.

³⁵⁷ Ebd.

³⁵⁸ Ebd.

³⁵⁹ Ebd., S. 8.

chen, eine Botschaft zu vermitteln“.³⁶⁰ Mit diesen Ermahnungen sollten offensichtlich sowohl die Kritiker der Museumspläne beruhigt als auch auf Regierungsseite möglicherweise vorhandene Vorstellungen konterkariert werden.

Wirklich Neues wurde in dieser Konzeption, gegenüber den bisherigen Gutachten, in Bezug auf leitende Perspektiven und Strukturen vorgeschlagen. Der schlichte Satz, es würden „die politische Geschichte, die Wirtschafts-, die Kultur- und die Sozialgeschichte ungefähr gleichgewichtig zu berücksichtigen“³⁶¹ sein, war im Vergleich zu den bisherigen Planungen eine kleine Revolution, verzichtete man doch auf den traditionellen Primat der politischen Geschichte. Ebenfalls neu war die Formulierung von Leitfragen, an denen sich die Ausstellungsmacher bei der späteren Strukturierung des Materials orientieren sollten. Fünf dieser Leitfragen, die durch den Wandel der Zeit verfolgt werden sollten, formulierte die Konzeption: die Fragen erstens nach den nationalen Gemeinsamkeiten in der deutschen Geschichte, zweitens nach dem Spannungsfeld von Herrschaftsbildung und Freiheitsgefährdung, drittens nach dem Verhältnis von Mensch und Natur, viertens nach den Formen sozialer Ungleichheit sowie fünftens nach kulturellen und religiösen Konflikten. Ursprung dieser Leitfragen war der Vorschlag Kockas auf dem ersten der Berliner Hearings zum Forum für Geschichte und Gegenwart. Dort hatte der Bielefelder Sozialhistoriker die Fixierung seiner Kollegen auf die Nationalstaatsgeschichte kritisiert und alternativ eine Viergliederung der auszustellenden Thematik in Nationalstaat, Demokratie, soziale Ungleichheit sowie das Verhältnis des Menschen zur Natur vorgeschlagen.³⁶² Zweieinhalb Jahre später fand sich nun genau dieser Vorschlag zur Gestaltung des Forums in leicht verdrehter Reihenfolge, und um den fünften Punkt der kulturellen und religiösen Deutungssysteme ergänzt, in der Konzeption des Museums wieder. War Kockas Vorschlag damals etwa von seinem Kollegen Boockmann mit dem Verweis auf den drohenden Handbuchcharakter so eines Unternehmens abgelehnt worden, hatte sich Kocka diesmal durchgesetzt, wohl auch wegen der im Vorfeld der Kommissionsarbeit von der Alternativen Liste und vielen Anderen geäußerten Kritik, dass die Konzentration auf die Nationalstaatsgeschichte nicht mehr zu jenen Themen ge-

³⁶⁰ Ebd.

³⁶¹ Ebd., S. 9.

³⁶² Vgl. Kapitel 4.1.4.1.

höre, die die Menschen beim heutigen Blick auf die Vergangenheit vornehmlich interessierten.

Bevor die Gliederung der Präsentation und ihre Inhalte definiert wurden, ging die Konzeption kurz auf die - bei der Planung des Forums so heftig umstrittenen - Fragen der Sammlung und der Vermittlung ein. Die Befürworter der Präsentation von Originalen hatten sich gegen jene der Kopien und der medialen Vermittlung weitgehend durchgesetzt. Zwar empfahl die Konzeption, andere Darstellungsformen dort zu wählen, wo keine Originale erreichbar seien, aber generell hielt sie fest: „Das Deutsche Historische Museum steht und fällt mit dem Aufbau einer reichhaltigen Sammlung von Realien zur deutschen Geschichte.“³⁶³ Mit diesem knappen Satz hatte die Sachverständigenkommission zu verstehen gegeben, dass sie die im Frühjahr 1984 von verschiedenen Museumsfachleuten beschriebene Unmöglichkeit eines Sammlungsaufbaus bezweifelte. Vielmehr handele es sich hier nur um eine Frage des Geldes: „Die Höhe des Erwerbungssetats darf nicht an der Höhe des Etats bereits bestehender und eingerichteter Museen ausgerichtet werden.“³⁶⁴ Mit diesen Entscheidungen für das Original und für den langwierigen Aufbau einer Sammlung votierte die Kommission zugleich gegen einen radikalen Neuanfang und das Experiment mit einer Institution neuen Typs, wie es Stephan Waetzoldt 1983 und 1984 wiederholt und nachdrücklich gefordert hatte. Von Waetzoldts damaligem Plädoyer für eine multimediale Präsentationsweise blieb nicht mehr als der Verweis, dass die Überreste der Vergangenheit „durch die Kombination mit visuellen und gegenständlichen Hilfsmitteln [...] zum Sprechen zu bringen“³⁶⁵ seien. Statt für einen neuen Typus entschied sich die Kommission also für die traditionelle Institution Museum, in deren vertrautem Rahmen allerdings kleinere Innovationen integriert werden sollten.

Zu diesen Innovationen gehörte der Aufbau einer Grundstruktur, die sich einerseits an der klassischen Kamm- oder E-Struktur orientierte, bei der von einem vorgesehenen Weg des Besuchers kammartige Abzweige möglich waren, dieses Muster andererseits aber erweiterte. In Art der tradierten Kammstruktur hatte beispielsweise das Gutachten für das Bonner Haus der Geschichte eine Aufteilung in die beiden Ausstellungseinheiten chronologischer Sektor und „Schwerpunkträu-

³⁶³ Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum, a.a.O., S. 13.

³⁶⁴ Ebd., S. 15.

³⁶⁵ Ebd., S. 14.

me³⁶⁶ verfolgt. Diese Kammstruktur erweiterte die Kommission für das Deutsche Historische Museum nun mit ihrem Vorschlag, die Dauerausstellung in drei Bausteine zu unterteilen: „Epochenräume“, „Vertiefungsräume“ sowie „Themenräume“.³⁶⁷ Einleitend zu den Epochenräumen stellte die Konzeption dabei fest: „Grundlegend für die Gliederung des Museums ist die chronologische Darstellung der deutschen Geschichte nach Epochen.“³⁶⁸ Im Verzicht auf die Chronologie hatte eine entscheidende Alternative des Forums für Geschichte und Gegenwart bestanden, für den auf den damaligen Hearings des Kulturseminators aber die Historiker in ihrer Mehrheit zu keinem Zeitpunkt optiert hatten. Es war also konsequent, dass die in der Kommission nun die Mehrheit stellenden Historiker festhielten: „Auf die deutliche Darstellung des Zusammenhangs der Geschichte kann keinesfalls verzichtet werden“³⁶⁹, da sonst Wirkungszusammenhänge zerrissen würden. Dass hier das für die Historiker übliche Verfahren der Erzählung Pate stand für das andersartige Medium der Ausstellung, darf angenommen werden. Ergänzt wurde die Chronologie dann weiter durch die beiden anderen Raumtypen, die Vertiefungsräume und die Themenräume. Die Vertiefungsräume sollten als „besondere ‚Knotenpunkte‘ bzw. ‚Verdichtungen‘ der historischen Prozesse“³⁷⁰ durch besondere Raumkomplexe den chronologischen Verlauf in der Museumsstruktur unterbrechen. Vertiefungsräume wurden angesetzt für die Marken 1200, 1500, 1800, 1914, 1933 und 1945. Das dritte Element der Struktur sollten schließlich die Themenräume sein, die „epochenübergreifende Themen und immer wiederkehrende Fragestellungen“³⁷¹ behandeln, etwa „Krieg und Frieden, Geburt und Tod, Mann und Frau, Arbeit und Muße, Religion und Gesellschaft“³⁷², „Gesundheit, Krankheit und Tod“ aber auch „die Geschichte der Juden in Deutschland“.³⁷³ Diese Räume sollten den Bezug zur deutschen Geschichte

³⁶⁶ Vgl. Schäfer: Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 30.

³⁶⁷ Ebd., S. 16. Diese Dreigliederung ist zumindest nach der übereinstimmenden Auskunft der interviewten Beteiligten (Hans-Martin Hinz, Jürgen Kocka, Christoph Stölzl) nicht auf die Idee einer einzelnen Person in der Arbeitsgruppe der Sachverständigenkommission zurückzuführen.

³⁶⁸ Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum, a.a.O., S. 16.

³⁶⁹ Ebd.

³⁷⁰ Ebd., S. 17.

³⁷¹ Ebd., S. 17f.

³⁷² Ebd., S. 18.

³⁷³ Ebd., S. 20f.

jedoch nicht aus dem Auge verlieren, forderte die Konzeption. Die Idee für diesen Baustein ging einerseits auf den Vorschlag Stölzls aus dem zweiten Hearing zum Forum für Geschichte und Gegenwart zurück, als der Museumsfachmann vorschlug, die großen und durch die Zeit bleibenden Themen zu fassen.³⁷⁴ Andererseits berücksichtigten die Themenräume auch die bereits erwähnte Forderung nach der Einbeziehung anderer Fragestellungen als der nationalstaatlichen. Immer wieder fügte die Konzeption also Einzelteile früherer Planungen ein, so etwa auch die Idee eines Orientierungsraums, der den drei Bausteinen vorgeschaltet würde und zeitliche und räumliche Dimensionen der deutschen Geschichte veranschaulichen sollte.

Die Erweiterung des chronologischen Verlaufs durch Themen- und Vertiefungsräume wurde ergänzt durch die Einbindung zusätzlicher Wechselausstellungen, sowohl vor als auch nach dem Aufbau einer Daurausstellung. Für diese Wechselausstellungen wurden keine präzisen Themen vorgegeben, sondern eher leitende Prinzipien: Deutsche, aber auch europäische Länder sollten sich hier vorstellen können, besondere Jubiläen als Anlass fungieren, aber auch „Experimente kleinerer Gruppen, Geschichtswerkstätten und Workshops“³⁷⁵ sollten möglich sein. Indem die Konzeption die Notwendigkeit solcher Ausstellungen mit bestimmten Schlüsselwörtern wie „Pluralität und Flexibilität“³⁷⁶ begründete und Akteure wie die Geschichtswerkstätten demonstrativ einband, versuchte sie die Interessen der nicht zum Zuge gekommenen Anhänger des Forums zu befriedigen. Deren Hauptargumente waren stets die Flexibilität sowie Pluralität und Multiperspektivität der Ansätze gewesen. Auch hier wurde in der Konzeption wiederum deutlich, wie gewissermaßen alle Interessen gleichzeitig bedient werden sollten.

So kam die Sachverständigenkommission auch dem im Vorjahr formulierten Wunsch des Bundeskanzlers entgegen, mit einem „Nationalmuseum“ einen „großen Wurf“ zu wagen, und plante das Geschichtsmuseum in den entsprechenden Dimensionen. Im Gegensatz zu allen bisherigen Konzeptionen galt es diesmal, Vorgaben für einen noch ausstehenden Architektenwettbewerb zu erarbeiten, weshalb eine detaillierte Beschreibung des Raumprogramms erfolgte. Hierbei

³⁷⁴ Vgl. Kapitel 4.1.4.4. Andererseits fanden sich unter den Vorschlägen auch Themen wieder, die als Wechselausstellungsthemen in der 1982er Denkschrift vorgesehen waren, vgl. Kapitel 4.1.2.

³⁷⁵ Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum, a.a.O., S. 21.

³⁷⁶ Ebd.

kamen die Sachverständigen zu dem Schluss, dass ein Raumbedarf von exakt 33.150 Quadratmetern bestehe. Vor dem Hintergrund dieses Volumens, konstatierte die Kommission, würde die von der Bundesregierung für das Bauvorhaben in Aussicht gestellte Summe von 250 Millionen Mark „nicht ausreichen und müsste deutlich erhöht werden.“³⁷⁷

Auf all diese Vorschläge zu Grundstruktur und Aufbau des Museums folgten in Anlagen die „Vorschläge für die Gestaltung der Museumsräume“. Dahinter verbarg sich vor allem eine Themenliste, die als Richtlinie für die Objektbeschaffung und gleichzeitig als Grundlage der Diskussion dienen sollte. Hier wurden für die einzelnen Dauerausstellungsteile in variierender Ausführlichkeit die Inhalte der Raumbausteine präzisiert. Stichwortartig wurde unter den jeweiligen Raumüberschriften zusammengefasst, was dort hineingehöre. Um ein Beispiel herauszugreifen, funktionierte diese Themenliste für den Epochenraum 1917/18 bis 1933 folgendermaßen³⁷⁸: Drei Leitthemen - „Revolution und Neuordnung“, „Schwierige und gute Jahre: zwei Phasen der Weimarer Republik“ sowie „die Krise und das Ende der Weimarer Republik“ - wurden vorgegeben und dann in jeweils drei bis vier Unterpunkten präzisiert. Das dritte Thema dieses Epochenraums sollte folgende Themen behandeln: „Das Scheitern der Weimarer Republik und der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland: die Frage nach den Ursachen, der Verantwortung, der Schuld und den Alternativen. Kontroverse Interpretationen. Sonderthema: Preußen in der Weimarer Republik.“³⁷⁹ Diese Themenlistung der deutschen Geschichte erstreckte sich über 32 Seiten, war also genauso lang wie die gesamte Konzeption, und wurde abgeschlossen mit sechs Seiten an Vorschlägen für die Umsetzung in Ausstellungsstrukturen. Für den Epochenraum 1500 bis 1800 etwa sollte das Modell eines Fürstenhofs des 18. Jahrhunderts als zentrales Ensemble fungieren, für die Hochindustrialisierung im Kaiserreich ein Maschinensaal. Für die zeitgeschichtlichen Teile waren die Vorstellungen für Ausstellungsarrangements dann nur noch wenig konkret. Aber schon allein das Verhältnis der Stoffmenge zu den Umsetzungsvorschlägen zeigte, dass diese Konzeption von Historikern verantwortet worden war, denen das Medium bis zum Ende ihrer Arbeit in gewisser Weise fremd geblieben war.

³⁷⁷ Ebd., S. 24f.

³⁷⁸ Ebd., S. A25-A27.

³⁷⁹ Ebd., S. A27.

Vergleicht man nun diese Konzeption mit den vorhergegangenen Vorschlägen, war das Ergebnis im Verhältnis zu den Befürchtungen der Kritiker doch überraschend. Schon die Zielbestimmung des Museums enthielt alle nur denkbaren Aspekte. Die Chronologie als Minimalkonsens und roter Faden war ergänzt worden durch Themen- und Vertiefungsräume. Die politische Geschichte war in ihrer vormaligen Vorrangstellung zurückgedrängt und die Beschränkung auf das Zeitalter des Nationalstaates rückgängig gemacht worden. In dieser Konzeption war für jeden etwas dabei. Alle Befürchtungen sollten widerlegt und alle Erwartungen erfüllt werden. Noch vermittelnder und ausgewogener war ein Konzept kaum vorstellbar. Die Konzeption strebte ganz offenbar den perfektionierten Konsens an, wie es Kocka in den Diskussionen um das Forum schon angemahnt hatte. Doch war die Kommission bei dieser Bemühung vielleicht etwas zu weit gegangen. Warum hatte man sich nicht etwa auf die fünf Leitfragen beschränkt und stattdessen die unverhältnismäßig lange Aufführung aller Einzelaspekte der deutschen Geschichte angehängt, ohne beides miteinander zu verknüpfen? Die Integration aller Perspektiven zu Gunsten des breiten Konsenses hatte zwangsläufig den Verlust von Konturen mit sich gebracht. Im Ergebnis formulierte die Konzeption eine Utopie, die gerade deshalb die Befürchtungen der Gegner nicht entkräften konnte.

4.2.3.2 Der Holocaust auf fünfzehn Zeilen: Die Kritik der Konzeption und der „Historikerstreit“

Die Sachverständigenkommission hatte nicht nur Ziel und Inhalt des Museums beschrieben, sondern auch ihre Auffassung von einem angemessenen Diskussionsprozess des Gutachtens geäußert. Die Konzeption sollte „der nationalen und internationalen Fachöffentlichkeit sowie der allgemeinen Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt“³⁸⁰ werden. Dazu müsse sie publiziert und weit verteilt werden, denn Änderungs- und Ergänzungsvorschläge seien „erwünscht und zu erwarten.“³⁸¹ Im Anschluss sollte dann eine Überarbeitung der Konzeption erfolgen. Und so wurde der Gutachtertext nach seiner Präsentation im Frühsommer 1986 in rund 3000 Exemplaren an die Fachöffentlichkeit (Historiker, Kunsthistoriker etc.), Parlamentarier, Kirchen und gesell-

³⁸⁰ Ebd., S. 31.

³⁸¹ Ebd.

schaftliche Gruppen wie etwa die Vertriebenenverbände oder den Frauenrat mit der Bitte um Stellungnahme versandt.³⁸² Doch die Opposition befürchtete, dass der Diskussionsprozess so ausschließlich in die schriftliche Form kanalisiert würde und der Öffentlichkeit verborgen bliebe. Also war es erneut die SPD, die - wie auch schon im Fall des Bonner Hauses der Geschichte - Anfang Juli ein öffentliches Hearing veranstaltete.³⁸³ Als treibende Kraft auf Seiten der Sozialdemokraten fungierten dabei vor allem zwei Personen: der Hamburger Bundestagsabgeordnete Freimut Duve und der Historiker Hans Mommsen. Duve hatte mit Bezug auf beide Museen bereits im Februar 1986 in einem Antrag der SPD im Bundestag festgehalten: „Einrichtungen, die das Verständnis für die eigene und die Geschichte der Nachbarn fördern sollen, müssen in einer parlamentarischen Demokratie durch öffentliche Diskussion auf der Basis eines breiten Konsenses entstehen. Solche Einrichtungen müssen auch durch die Form ihrer Entstehung den demokratischen Charakter unserer Republik spiegeln. Sie dürfen sich in keiner Phase dem Verdacht aussetzen, eine Regierung verordne bestimmte Geschichtsbilder.“³⁸⁴

³⁸² Als Rücklauf der schriftlichen Stellungnahmen in diesem Verfahren wird in verschiedenen Dokumenten eine Zahl von 200 bis 250 Antworten genannt. Die Stellungnahmen liefen im Sekretariat der Sachverständigenkommission ein und sollten gesondert veröffentlicht werden, wozu es aber nie kam. Für den Zweck dieser Arbeit sollten sie ursprünglich in Ausschnitten aufgearbeitet werden. Trotz intensiver Recherchen (Anfragen beim Hausarchiv des Deutschen Historischen Museums, bei der Senatskulturverwaltung, beim Bundesbauministerium etc.) konnte der Verbleib dieser Dokumente leider nicht mehr ausgemacht werden. In einer Vorlage an das Berliner Abgeordnetenhaus heißt es zu den Stellungnahmen lapidar: „Diese waren vielfältig und reichten von Ablehnungen bis zu Ergänzungsvorschlägen; die grundsätzliche Zustimmung überwog bei weitem.“ (Drucksache 11/39, S. 3) Fraglich ist, ob das Verschwinden dieser Stellungnahmen mit der Bedeutung korrespondiert, die ihnen zugemessen wurde.

³⁸³ Protokoll der Anhörung zum Deutschen Historischen Museum, veranstaltet von der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn am 2. Juli 1986, abgedruckt in: Stölzl, a.a.O., S. 333-385. Im Folgenden kurz „SPD-Hearing“. Die Befürchtung, der Diskussionsprozess solle möglichst kurz ausfallen, resultierte aus dem Termindruck des Bundesbauministeriums, das die Gutachten am 18.6. verschickte und Antworten bis zum 10.8. erwartete.

³⁸⁴ Antrag der Abgeordneten Duve, Conradi, Lepsius usw., Deutscher Bundestag, Drucksache 10/5099, 26.2.1986, S. 2.

Während Duve unermüdlich aber letztlich vergeblich versuchte, die Bundesregierung auf diesem Wege zu einer Diskussion ihrer Museumsprojekte im Bundestag zu bewegen, war Mommsens Interesse auf eine inhaltliche Mitgestaltung der Konzeption gerichtet. Die Mitarbeit in der offiziellen Sachverständigenkommission war ihm allerdings verwehrt worden, was ihn aber nicht von weiterer kritischer Begleitung des Projektes abhielt. Im Gegensatz zur Gruppe derer, die das Museumsprojekt grundsätzlich ablehnten, wollte Mommsen den Entstehungsprozess des Museums mitgestalten und in eine bestimmte Richtung umlenken. Im Mai 1985 hatte er deshalb eine Kommission der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus mit ins Leben gerufen, die selbst ein Konzept für ein „Museum für Geschichte und Kultur“ erarbeitete. Bis zur Berufung der offiziellen Sachverständigenkommission der Bundesregierung im Herbst des Jahres hatte diese Berliner Arbeitsgruppe vergeblich versucht, einen Vermittlungsversuch zwischen Forums- und Museums-Anhängern zu erarbeiten und ein breiteres Spektrum von Interessenten an der Museumsgestaltung teilhaben zu lassen. Den Kulturwissenschaftler Gottfried Korff, den Historiker Reinhard Rürup und den Stadthistoriker Dieter Hoffmann-Axthelm hatte Mommsen neben anderen als Mitstreiter seiner Sache gewonnen.³⁸⁵ Die Aufnahme von Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe in die offizielle Sachverständigenkommission war vom federführenden Bundesministerium aber abgelehnt worden. Mommsens Fachkollege Jürgen Kocka dagegen, der während der Diskussion des Forums-Projektes 1983/84 einen an der Nationalstaatsgeschichte orientierten Inhalt des Museums sehr kritisch gegenüber gestanden hatte, konnte den Prozess der Konzeption - nach seiner nachträglichen Aufnahme in die Kommission - von innen mitgestalten. Doch Mommsen zeigte sich dem Ergebnis dieser Mitgestaltung gegenüber skeptisch, als man sich aus Anlass des SPD-Hearings wieder traf.

Die Stimmung hatte sich zwischenzeitlich ohnehin verschärft. Am 6. Juni hatte Ernst Nolte mit einem Artikel („Vergangenheit, die nicht vergehen will“) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den so genannten „Historikerstreit“ über die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Vernichtung der Juden ausgelöst. Noltens Äußerungen wur-

³⁸⁵ Zu den Mitgliedern dieser Kommission gehörten noch: Gesine Asmus, Jochen Boberg, Tilman Fichter, Eckhart Gillen, Eberhard Knödler-Bunte, Jürgen Kunze, Gerd Peschken, Reinhold Schattenfroh; vgl. Hans Mommsen: Zum Projekt eines „Deutschen Historischen Museums“ in West-Berlin, in: *Geschichtsdidaktik* 3 (1986), S. 310-328, hier S. 327.

den von vielen als „historische Entlastungsoffensive“³⁸⁶ zur Relativierung der Verbrechen der Deutschen während der Zeit des Nationalsozialismus betrachtet. Und vor dem Hintergrund des Artikels war auch der Auftritt des Philosophen Jürgen Habermas auf dem SPD-Hearing am 2. Juli zu verstehen, bei dem dieser nicht auf die Konzeption des Museums einging, sondern seine Thesen zu einem, wie er es nannte, neokonservativen Geschichtsbild der Bundesregierung und ihrer Berater formulierte. Einbezogen in die Kritik war damit der Kanzlerberater Michael Stürmer, der auch Koautor der Konzeption war. Zu diesem neokonservativen Geschichtsverständnis gehöre, dass der Bevölkerung ein vorgeblicher Mangel an Geschichtsbewusstsein und eine Fixierung auf die NS-Zeit attestiert werde. Dieser angebliche Mangel solle dann durch ein funktionalistisches Geschichtsverständnis kompensiert werden, das die „durchweg negative Einschätzung der NS-Zeit revidiert“³⁸⁷, um eben ein zustimmungsfähiges Bild der Vergangenheit zu erreichen. Als Beispiel müssten die Vorgänge um Bitburg vom Vorjahr gelten. Dieses neokonservative Geschichtsverständnis könne man zwar nicht aus der Konzeption der Sachverständigenkommission herauslesen, so Habermas, aber entscheidend sei doch ohnehin nur, wer dieses Museum später leiten werde. Der Verdacht zielte also darauf, dass die Konzeption des Museums der Bundesregierung lediglich als Feigenblatt zur anschließenden Umsetzung anderer Pläne diene.

Die vier Sachverständigen, die zum Hearing erschienen waren - der Sozialhistoriker Kocka, der Politikwissenschaftler Löwenthal, der Kommissionsvorsitzende Knopp und der Museumsfachmann Stölzl – fühlten sich von Habermas’ Thesen nicht getroffen. Für Stölzl war das alles „ideologiekritischer Pulverdampf“.³⁸⁸ Aus der Sicht des Museumsexperten war es zwar publikumswirksam, „bengalische Lichter anzubrennen und darin Kollegen wie Michael Stürmer luziferischen Glanz zu verleihen“³⁸⁹, aber mit dem Museum komme man durch solche Polemiken nicht weiter. Auch Knopp meinte, man solle das Museum in seinen Möglichkeiten der Geschichtsbildvermittlung nicht überschätzen. Kocka und Löwenthal hingegen teilten durchaus die

³⁸⁶ So Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, 3. Aufl., München 2001, S. 445.

³⁸⁷ SPD-Hearing, in: Stölzl, a.a.O., S. 337.

³⁸⁸ Ebd., S. 367.

³⁸⁹ Ebd.

Beobachtungen Habermas' zu neokonservativen Tendenzen, doch den Zusammenhang zu ihrer Museumskonzeption wollten sie nicht hergestellt sehen. Kocka verteidigte die von ihm wesentlich mitgestaltete Konzeption. Sicher sei sie nicht perfekt, aber ebenso sicher handele es sich um kein Produkt der neokonservativen Wende. Man habe doch eine Menge erreicht gegenüber älteren Planungen, etwa die Themen- und Vertiefungsräume, oder eine Verhinderung der Verengung auf die Nationalgeschichte. Überhaupt - rechtfertigte er seine Mitarbeit - sei es doch der bessere Weg, den Gang der Museumsentwicklung zu beeinflussen, statt sich zu verweigern. „Als Historiker jedenfalls fällt es mir nicht schwer, für ein neues Mittel zu plädieren, um Geschichtskennntnisse, Geschichtsübersicht und Auseinandersetzung mit der Geschichte zu fördern.“³⁹⁰ Und wenn es einen Repräsentationswunsch der Bundesregierung gebe, dann müsse man diesen eben so weit wie möglich problematisieren. Zwar sei er auch für eine stärkere Betonung der diskursiven Elemente, etwa durch Wechselausstellungen, gewesen, aber die ganze Konzeption würde ja ohnehin noch diskutiert. Mommsen dagegen bezweifelte, dass man auf der Basis des vorliegenden Konzeptes überhaupt erfolgreich diskutieren könne, äußerte aber trotzdem detaillierte Kritik. So, wie die Konzeption es momentan vorsehe, in der zeitlichen und räumlichen Anlage, werde viel zu viel gewollt. Die jetzige Planung könne nur eine „holzschnittartige Zusammenfassung“³⁹¹ hervorbringen. Ein Grundproblem sei die fehlende Integration des Stoffes durch die Leitfragen. Es sei nicht festzustellen, wie die riesige Stoffmenge – allein im Epochenraum 1800 bis 1917/18 seien 112 Themen in Stichworten notiert – in eine Ausstellung umgesetzt werden solle. „Das Objektivitätsstreben führt zur Ausgelassigkeit.“³⁹² Die Auswahl der Gegenstände für die Themenräume sei so willkürlich wie deren Anzahl. Viel sinnvoller sei es doch, den Gesamtüberblick deutlich zu verkürzen, um ein Mehr an Themenräumen oder überhaupt eine Gliederung nach Sachthemen zu ermöglichen. An die Adresse seines Kollegen Kocka richtete Mommsen die Kritik: „Der Triumph der Sozialgeschichte ist [...] durch die Aufstülpung eines chronologischen Epochenprinzips ein Pyrrhussieg geblieben.“³⁹³ Eigentlich sei die ganze Darstellung ohne erkennbare Leitfrage. Das Grunddilemma des Museumskonzeptes sei doch das folgende:

³⁹⁰ Ebd., S. 351.

³⁹¹ Ebd., S. 355.

³⁹² Ebd., S. 356.

³⁹³ Ebd., S. 359.

Es „[...] ist konzipiert als Museum der nationalen Geschichte, verzichtet aber sorgsam darauf, den nationalen Bezugspunkt in den Mittelpunkt zu stellen.“³⁹⁴ Freilich sei so ein Bezugspunkt auch verfehlt, weil der Nationalstaat „im Falle der Deutschen gescheitert ist.“³⁹⁵ Was schließlich die Darstellung des Nationalsozialismus betreffe, bliebe es bei einem überkommenen Raster: „SS-Staat hier und Widerstand dort.“³⁹⁶ „Es ist unhaltbar, der Museumsplanung eine Skizze zugrunde zu legen, die die nationalsozialistische Innenpolitik auf zweiundzwanzig, die Außenpolitik auf zwölf, den zweiten Weltkrieg und den Holocaust auf fünfzehn Zeilen beschreibt.“³⁹⁷

Bei aller Detailkritik wollte Mommsen vor allem ein Drehbuch, das noch wesentlich ausführlicher sein sollte als die bisherige Konzeption, um das ganze Projekt angemessen beurteilen zu können.³⁹⁸ Aus dieser Forderung Mommsens nach einem „Gemeinschaftswerk der deutschen Historiker“³⁹⁹, die von den Kommissionsmitgliedern abgelehnt wurde, sprach das Verlangen, die Darstellung der deutschen Geschichte im Voraus kontrollierbar zu machen. Sicher war dieser Wunsch primär motiviert durch die Besorgnis, dass mit dem Museum Missbrauch betrieben werden könnte, aber es sprach daraus auch wieder Unverständnis gegenüber dem Medium. Christoph Stölzl vom Münchener Stadtmuseum erinnerte daran, dass „Ausstellungsarbeit [...] eben nicht bloß Illustration von Vorgefasstem, sondern eine eigenständige Erzählweise“⁴⁰⁰ sei, bei der sich Sprachen von Wissenschaft, Objekten und Darstellung vermischten. Aus der Perspektive des Museumsgestalters lehnte er es ab, „beim Aufbau einer Dauerausstellung bereits ein zweitausendseitiges, von Historikern verfaßtes Drehbuch vorzufinden“⁴⁰¹ – die rund 70 Seiten schienen ihm schon mehr als ausreichend zu sein.

Auch der zweite Wunsch Mommsens, den allerdings auch andere formulierten, nämlich die Darstellung des Nationalstaates deshalb

³⁹⁴ Ebd., S. 357.

³⁹⁵ Ebd., S. 358.

³⁹⁶ Ebd.

³⁹⁷ Ebd., S. 359.

³⁹⁸ Wesentlich ausführlicher, aber in der Sache gleich war die Kritik, die Mommsen im Herbst 1986 veröffentlichte: Hans Mommsen: Zum Projekt eines „Deutschen Historischen Museums“ in Berlin, in: *Geschichtsdidaktik* 11 (1986), S. 310-328.

³⁹⁹ SPD-Hearing, in Stölzl, a.a.O., S. 373.

⁴⁰⁰ Ebd., S. 367.

⁴⁰¹ Ebd.

nicht in den Mittelpunkt zu rücken, weil dieser für die Deutschen ein gescheitertes Modell darstelle, erregte Widerspruch. Der Historiker Karl-Ernst Jeismann bemerkte, dass „auf keinen Fall die Betonung der nationalen Komponente in der Geschichte unter den Verdacht undemokratischen Denkens gestellt“⁴⁰² werden dürfe. Selbst wenn die so genannten Neokonservativen ihre Macht zur Ausgrenzung anderer Positionen nutzten, dürfe man dieselben nicht aus dem demokratischen Gesamtzusammenhang ausgrenzen. Jeismann gab zu bedenken, dass viele Bürger „den nationalen Zusammenhang als ein Konstituens unserer Geschichte [...] betrachten.“⁴⁰³ Außerdem machten sich manche Kritiker der Museen vom Problem des nationalen Zusammenhangs ein zu verkürztes Bild, merkte er an, wenn sie andere Probleme der Gegenwart als die alleingültigen in den Vordergrund stellten. Aus dem Ausland allgemein und besonders von den Bürgern der DDR werde die Bundesrepublik ganz selbstverständlich in diesem nationalen Zusammenhang gesehen. Zu einer Diskussion dieser von Jeismann geäußerten ernststen Bedenken kam es jedoch nicht. Nur Kocka nahm den Einwurf als Rechtfertigung dafür, wie breit die Konzeption eines Museums eben sein müsse, um alle existenten Bedürfnisse zu erfassen und zu integrieren.

Im Vordergrund der Diskussion Anfang Juli standen also deutlich die Sorgen über die Motive der Bundesregierung und die Empörung über deren Vorgehen, das von Seiten der Opposition – wie Ulrich Borsdorf es formulierte – als „machtarrogante Manier“⁴⁰⁴ empfunden wurde. Die Diskussion um das Berliner Museumsprojekt drohte trotz der auf Ausgewogenheit und Integration zielenden Konzeption der Sachverständigenkommission noch stärker politisiert zu werden, als es ohnehin schon der Fall war. Gerade vor dem Hintergrund der von Habermas geäußerten Beobachtungen, welche dieser einige Tage später in der ZEIT veröffentlichte, und des sich nun entwickelnden „Historikerstreits“ schien der Inhalt des Museums aus dem Blickfeld zu geraten. Kocka nahm diese Entwicklung zum Anlass, Anfang August im Rheinischen Merkur nochmals ausführlich den bisherigen Gang der Dinge zu schildern und bei der Opposition für seinen Weg der Einflussnahme zu werben.⁴⁰⁵ Im Vergleich zur Entwicklungsgeschichte des Bon-

⁴⁰² Ebd., S. 381.

⁴⁰³ Ebd.

⁴⁰⁴ Ebd., S. 382.

⁴⁰⁵ Jürgen Kocka: So viele Knoten am Paket der Geschichte, Rheinischer Merkur, 8.8.1986.

ner Ausstellungshauses würden die Berliner Vorbereitungen besser funktionieren. Die Kommission sei ausgewogener besetzt und die Diskussion von Anfang an breiter geführt worden. Außerdem betonte Kocka - schon fast gebetsmühlenartig -, dass der öffentliche Diskussionsprozess um das Gutachten der Kommission doch gerade erst begonnen habe und eine Überarbeitung des Konzeptes ohnehin erfolge. Diese Intervention, welche die Diskussion wieder versachlichen wollte, verdeutlichte zudem, dass es hier natürlich auch um die Reputation der sich in der Kommission beteiligenden Personen ging. Doch der Fokus soll hier darauf gerichtet sein, weshalb die Überarbeitung des Museumskonzeptes entgegen den Beteuerungen Kockas scheiterte.

4.2.3.3 Das Scheitern einer Überarbeitung der Museums-konzeption

Nach der Ausweitung der Auseinandersetzung im Sommer 1986 schien das in der Museumsfrage federführende Bauministerium bereit, dem Diskussionsprozess etwas mehr Zeit einzuräumen, als ursprünglich geplant - auch wenn die Berliner 750-Jahr-Feier im Oktober 1987 als Gründungsdatum des Geschichtsmuseums die Zielvorgabe blieb. Während anfangs der Überarbeitungsprozess noch in Form einer Kombination aus erbetenen Stellungnahmen, ergänzt durch ein Auswertungskolloquium geplant war, kristallisierte sich im Sommer ein Marathon von Anhörungen heraus. Insgesamt drei Hearings zwischen Dezember 1986 und März 1987, nämlich *erstens* mit Historikern und Museumsfachleuten, *zweitens* nur mit Museumsexperten zur Erörterung der baufachlichen Fragen, sowie *drittens* mit den so genannten gesellschaftlich relevanten Gruppen, wurden vorgesehen. Doch bevor die Konzeption hier nochmals zur Diskussion gestellt wurde, befassten sich im Oktober 1986 sowohl eine Podiumsdiskussion auf dem Historikertag in Trier sowie jeweils eine Tagung der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Berliner Museum.⁴⁰⁶ Ein Mangel an Erörterung konnte dem Projekt schwerlich

⁴⁰⁶ Da auf den Tagungen im Wesentlichen die bekannten Positionen ausgetauscht wurden, kann auf eine Auswertung hier verzichtet werden. Eine besonders pointierte Zusammenfassung beider Tagungen bei: Sibylle Wirsing: Die unerlöste Nation, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.1986. Die Tagung der Schleyer-Stiftung und zwei der dortigen Podiumsdiskussionen sind dokumentiert in: Klaus Hildebrand (Hrsg.): Wem gehört die Deutsche Ge-

diagnostiziert werden, doch welche Folgen hatte dies für die Museumskonzeption?

Was die Diskussion auf dem Historikertag betraf, wurden hier vor allem solche Bedenken zur Sprache gebracht, die aus den früheren Expertenanhörungen zum Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart bereits bekannt waren.⁴⁰⁷ Diese reichten von Skepsis gegenüber dem Aufbau einer Sammlung über museumspädagogische Fragen bis hin zu inhaltlichen Anregungen. Was die gewichtige Frage einer Problematisierung der Aufbereitung von Nationalgeschichte zum Zweck ihrer Ausstellung betraf, kamen die Geschichtswissenschaftler aber nicht weiter. Eine Zusammenfassung der Diskussion vermerkt lediglich: „Zwischen den extremen Positionen einer integralen Nationalgeschichte in Fortsetzung der Geschichtsschreibung des Zweiten Reiches einerseits, der Ablehnung der Möglichkeit einer nationalgeschichtlichen Deutung der Geschichte der Deutschen überhaupt muß ein glaubhafter Weg noch gefunden werden.“⁴⁰⁸ Übereinstimmend wurde hingegen gewarnt vor einer regierungsseitigen Steuerung des Museums und der damit verbundenen Gefahr, „bestimmte Deutungen deutscher Geschichte administrativ zu begünstigen.“⁴⁰⁹ Über die Diskussion möglicher positiver Folgen, welche die Geschichtsvermittlung im Museum eventuell für den eigenen Fachbereich bewirken könnte, ist im Protokoll der Podiumsdiskussion nichts vermerkt. Auch ist weder der Berichterstattung über den Historikertag noch jener über die beiden Tagungen der parteinahen Stiftungen zu entnehmen, ob über die Einordnung des Dritten Reichs in den Gesamtzusammenhang der deutschen Geschichte gesprochen wurde, was gerade vor dem Hintergrund des Historikerstreits besonders nahe liegend gewesen wäre.

schichte? Deutschlands Weg vom Alten Europa in die Europäische Moderne, Symposium West-Berlin 1986, Köln 1987. Der Bundestag diskutierte über die Museen am 6. Dezember 1986 schließlich doch auch noch im Rahmen seiner zweiten Kulturdebatte. Ausgetauscht wurden auch hier die bekannten Positionen.

⁴⁰⁷ Die Überlieferung der Podiumsdiskussion existiert nicht als Protokoll, sondern nur in einer Zusammenfassung, was keine Rückschlüsse auf das Diskussionsklima oder Bezugnahmen auf aus dem Publikum möglicherweise eingebrachte Beiträge erlaubt. Vgl. Karl-Ernst Jeismanns Zusammenfassung der Podiumsdiskussion „Deutsches Historisches Museum in Berlin“ in: Bericht über die 36. Versammlung deutscher Historiker in Trier 8.-12. Oktober 1986, Red. Peter Schumann, Stuttgart 1988, S. 114-115.

⁴⁰⁸ Ebd., S. 115.

⁴⁰⁹ Ebd.

Diese Frage des Umgangs der Museumskonzeption mit der NS-Zeit kam beim ersten zweitägigen (!) Hearing der Sachverständigenkommission Anfang Dezember 1986 in Bonn unvermeidlich wieder auf. Hier präsentierte der Althistoriker Christian Meier den bis dato spektakulärsten Vorschlag zur Einordnung des Nationalsozialismus in die Struktur des Museums: Dieser solle nicht am entsprechenden chronologischen Punkt abgehandelt werden, so wie es im Gutachten empfohlen wurde, weil es sich um den „wichtigsten ‚Knoten‘ der deutschen Geschichte [handelt], dessen Bewußtsein und Verständnis maßgebend ist für unseren Zugang zur Geschichte.“⁴¹⁰ Vielmehr schlug Meier vor, an den Anfang der Ausstellung einen oder mehrere Räume zu NS-Regime, Zweiten Weltkrieg und Judenvernichtung zu stellen – „die Untaten möglichst im Mittelpunkt“.⁴¹¹ Von dort aus könnten „Hühnerleitern“⁴¹² zu Räumen über die Geschichte der Zeit vor und nach dem Nationalsozialismus führen.⁴¹³ Die ersten Mitglieder der Kommission, die auf Meier antworteten, ignorierten seinen Vorschlag. Erst Rudolf Vierhaus griff ihn auf und gestand, er habe keine Antwort darauf, wie man zeigen könne, „daß da etwas Ungeheures passiert ist [...] und auf der anderen Seite ein ‚overselling‘ der Klage, des Unglücks oder der Verdammtheit unserer Geschichte verhindert“.⁴¹⁴ Mit diesem Eingeständnis war eine zentrale Frage der Darstellung deutscher Geschichte auf dem Hearing erstaunlicherweise abgehandelt. Das einzig konsensfähige Vorgehen schien tatsächlich die Organisation der Museumsstruktur entlang der Chronologie zu sein, wie es die Konzeption vorsah. Keiner der anwesenden Historiker und Museumsfachleute bezog sich im Verlauf der zweitägigen Diskussion nochmals direkt auf Meiers Vorschlag, der bei aller Übertreibung das Problem doch auf den Punkt gebracht hatte. Nur indirekt antwortete Hagen Schulze, der das früheste Konzept von 1982 mitverfasst hatte: Entscheidend sei seiner Meinung nach, „deutsche Geschichte in der ganzen Breite dessen, was

⁴¹⁰ Protokoll der ersten Anhörung zum Gutachten der Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum in Berlin am 8. und 9. Dezember 1986 in Bonn, abgedruckt in: Stölzl, a.a.O., S. 387-482, hier S. 389.

⁴¹¹ Ebd.

⁴¹² Ebd.

⁴¹³ Zur chronologischen Anlage der Konzeption mit all ihren im Anhang gelisteten Themen bemerkte Meier: „Ich weiß nicht, wie das Gehirn eines Menschen aussieht, wenn er die unendlich langen Wege durch dieses Riesending hier hinter sich hat. Ich glaube, so etwas wie Rührei. Da kommt nichts Klares heraus“, Ebd., S. 397.

⁴¹⁴ Ebd., S. 394.

deutsche Geschichte heißen kann, in den Mittelpunkt des Museums zu stellen⁴¹⁵, womit er die Fokussierung auf den NS ablehnte.

Sowohl Detailkritik als auch generelle Bedenken wurden aus Anlass des Hearings nochmals formuliert. Manche der Teilnehmer hatten die Debatte um das Museum schon seit ihren Anfängen begleitet, andere waren erst durch den öffentlichkeitswirksam ausgetragenen „Historikerstreit“ für das Thema sensibilisiert worden. Anhänger der alten Forumspläne, wie etwa Gottfried Korff, appellierten erneut, dass die Trends im Museumswesen derzeit nicht mehr so verliefen, wie die Kommission es sich vielleicht denke: „Die Zeit der repräsentativen Nationalmuseen ist vorbei.“⁴¹⁶ Die Entwicklung werde von „schnell wechselnden visuellen Moden angereizt, in Richtung auf die wirkungsvolle Präsentation von Geschichtsbildern und Bildgeschichten und nicht mehr auf die wohlgeordnete Statuarik einer Altertumsammlung.“⁴¹⁷ Die Kommissionsmitglieder antworteten auf derartige Bemerkungen meist mit der Verteidigung ihrer Konzeption. Ebenso fiel die Reaktion auf Uwe Schultz’ Bemerkung aus, dass es sich hier eindeutig um das „utopische Modell eines Geschichtsmuseums für alle Epochen, Richtungen und Methoden“⁴¹⁸ handele. Der Museums- mann Stölzl, Koautor der Konzeption, vertrat hingegen die Meinung, es sei nicht schlecht, dieses Konzept als theoretisches Fundament der späteren Museumsarbeit zu haben. Doch ohnehin würden letztlich die Objekte über die Ausstellung entscheiden. Zur Illustration des Gesagten präsentierte er bei diesem ersten Hearing schon eine Reihe der bereits erworbenen Stücke für das künftige Museum, unter anderem einen Humpen aus der Kaiserzeit mit der Aufschrift: „Jeden Feind besiegt der Deutsche, nur den Durst nicht.“⁴¹⁹

Wie detailliert oder allgemein die Kritik auch ausfiel, die Kommissionsmitglieder sprachen meist von wertvollen Ideen, die es zu bedenken gebe. Doch wie sollte eine Konzeption inhaltlich noch erweitert werden, wenn sie eigentlich schon alles einschloss? Die Anregungen und Empörungen auf den Hearings wurden ab Herbst 1986 ergänzt durch eine Welle von Publikationen, die nun in Folge des „Historiker-

⁴¹⁵ Ebd., S. 398.

⁴¹⁶ Ebd., S. 457.

⁴¹⁷ Ebd.

⁴¹⁸ Ebd., S. 471.

⁴¹⁹ Das hob Eberhard Nitschke in seiner Berichterstattung über das Hearing hervor, vgl.: Ders.: Unstillbarer Durst nach mehr. Die Expertenanhörung zum „Deutschen Historischen Museum“ in Berlin, Die Welt, 11.12.1986.

streits“ mit wenigen Monaten Zeitabstand publiziert wurden. Dazu gehörten etwa eine Streitschrift der Grünen „wider die Entsorgung der Deutschen Geschichte“⁴²⁰ oder das Themenheft der Berliner Geschichtswerkstatt: „Die Nation als Ausstellungsstück.“⁴²¹ Mitglieder der Geschichtswerkstatt konstatierten in ihrer Publikation, dass die Diskussion auf inhaltlicher Seite bisher nur von der Konzeption ausgegangen sei, die jedoch nicht mehr als „ein Konsenspapier dessen [sei], was verschiedene akademische Historikerschulen unter der deutschen Geschichte verstehen“⁴²² - „abgesicherter geht es nicht.“⁴²³ Sie forderten die Aufnahme einer neuen und breiteren Erörterung.

Als in einem dritten Hearing⁴²⁴ der Sachverständigenkommission im März 1987 schließlich jene als gesellschaftlich relevante Gruppen bezeichneten Verbände wie Parteien⁴²⁵, Kirchen, Bund der Vertriebenen, Bund der Mitteldeutschen, Deutscher Frauenrat, Deutscher Sportbund, Deutscher Bauernverband oder der Bund der deutschen Soldaten gehört wurden, fragte die WELT: „Wird ein Museum letztlich noch museumsreif geredet?“⁴²⁶ Weil der Frauenrat moniert hatte, dass die Frauen nur dreimal im Konzeptionstext vorkämen, fühlte sich ein Berichterstatter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu der Bemerkung veranlasst: „Nachdem sie [die Frauen] die Gegenwart erobert haben, sollen Proporz und Quote nun auch in der Vergangenheit

⁴²⁰ Mit Beiträgen von Christian Ströbele, Norbert Seitz, Wolfgang Kraushaar, Henryk M. Broder, Sabine Weißler und anderen mehr; in Auszügen abgedruckt in Stölzl, a.a.O., S. 482-510.

⁴²¹ Geschichtswerkstatt Berlin (Hrsg.): Die Nation als Ausstellungsstück, a.a.O.; vgl. zum Titel die oben stehende Vorbemerkung.

⁴²² Ebd., S. 9.

⁴²³ Dieter Hoffman-Axthelm: Geschichte ohne Ort und Schatten, in: Ebd., S. 50-64, hier S. 51.

⁴²⁴ Protokoll der zweiten Anhörung zum Gutachten der Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum in Berlin am 16. und 17. März 1987 in Bonn, abgedruckt in Stölzl, a.a.O., S. 518-609.

⁴²⁵ Für die FDP war Hildegard Hamm-Brücher, für die Grünen Christian Ströbele anwesend.

⁴²⁶ Eberhard Nitschke: Wird ein Museum letztlich noch museumsreif geredet? Der Streit um das Projekt in Berlin will nicht enden, Die Welt, 18.3.1987. Neben dem Lobbyismus der Interessengruppen gab es auch noch ernste Zwischentöne wie etwa jene Hildegard Hamm-Brüchers, die allerdings auch in der Berichterstattung kein offenes Ohr mehr fanden.

regieren.⁴²⁷ Manche konservativen Berichterstatter schienen mit ihrer Geduld allmählich am Ende zu sein.

Zwei Monate nach diesem letzten Hearing in Bonn verabschiedete die Sachverständigenkommission dann schließlich eine „überarbeitete Fassung“ des Entwurfs zum Deutschen Historischen Museum.⁴²⁸ Beim Vergleich beider Fassungen der Konzeption fällt jedoch auf, dass außer einigen Details und Formulierungen wenig verändert worden war und von einer wirklichen Überarbeitung nicht die Rede sein konnte. Zu den wenigen Modifikationen gehörte, dass die dritte Leitfrage nun nicht mehr dem „Verhältnis des Menschen zur Natur“, sondern „Arbeit und Wirtschaft im Wandel der Zeit“⁴²⁹ gewidmet war. In Bezug auf die Inhalte der Themenräume hieß es nun, dass dort „mit häufigerem Wechsel der Themen [...] zu rechnen sei“⁴³⁰, und statt sechs sollten bis zu zehn dieser Räume eingerichtet werden. Dazu wurden neue Themen vorgeschlagen: „Homo Ludens: Zur Geschichte des Spiels und des Sports“, „Arbeit und Beruf im Wandel“ und, nach den vorangegangenen Diskussionen, auch „Nationalgedanke und Nationalismus in der deutschen Geschichte“⁴³¹. Die Vorschläge zu Prinzipien der Wechselausstellungen wurden erweitert um „biographisch orientierte Ausstellungen (z.B. ‚Bismarck und seine Zeit‘) [und] Ausstellungen, die politisch engagierten Künstlern gewidmet sind“.⁴³² Der Flächenbedarf wurde von 33.150 m² sogar noch auf 36.290 m² hinaufkorrigiert.⁴³³ Bevor erneut der voluminöse Themenkatalog angehängt wurde, war die an sich überflüssige Bemerkung hinzugefügt worden, dass dieser Katalog keine Vollständigkeit beanspruche und die Kommission auf seine weitere Untergliederung verzichtet habe. Was die Phase des Nationalsozialismus betraf, blieb alles wie gehabt. Die Einordnung in die Chronologie wurde nicht verändert, lediglich

⁴²⁷ K.A. (?): Es redet. Ein Bonner Hearing, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.3.1987.

⁴²⁸ Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau als Beauftragter für die kulturellen Vorhaben in Bonn und Berlin (Hrsg.): Konzeption für ein „Deutsches Historisches Museum“, überarbeitete Fassung. Sachverständigenkommission für die Konzeption des geplanten Deutschen Historischen Museums in Berlin, 18. Mai 1987, Bonn 1987. Ebenfalls abgedruckt in: Stölzl, a.a.O., S. 609-636.

⁴²⁹ Ebd., S. 14.

⁴³⁰ Ebd., S. 22.

⁴³¹ Alle in Ebd., S. 26.

⁴³² Ebd., S. 28.

⁴³³ Ebd., S. 32.

die zuvor fehlenden Begriffe „SA, SS, Gestapo, Konzentrationslager“⁴³⁴ wurden der Vollständigkeit halber eingefügt. Die teilweise erregt geführten Diskussionen seit Sommer 1986 und die sich anschließenden Hearings hatten also in Bezug auf die Ausgestaltung der Museumskonzeption rein gar nichts bewirkt – außer dass alles so blieb, wie es war. Bei den Mitgliedern der Sachverständigenkommission schien sich im Verlauf der Diskussionen und Hearings vielmehr die Auffassung herausgebildet zu haben, dass die Konzeption eben das Beste sei, was unter diesem Zeitdruck, vor allem aber in Anbetracht der Vielfalt der Meinungen und Erwartungen zu erreichen war. Der Eindruck drängt sich auf, dass die Hearings lediglich zur Herstellung einer breiteren Legitimation und zur Beruhigung der Öffentlichkeit veranstaltet worden waren.

4.2.4 Eine unendliche Geschichte: Der Aufbau des Museums

Während die Vorbereitung der Gründung des Museums in den Jahren 1985 bis 1987 von der Bundesregierung in großer Eile betrieben wurde, um das „Geburtstagsgeschenk“ rechtzeitig zur 750-Jahr-Feier Berlins fertig zu stellen, verlief der spätere Aufbau der Institution („Deutsches Historisches Museum - Gesellschaft mit beschränkter Haftung“⁴³⁵) außerordentlich schleppend. Dabei wurde diese Entwicklung von weiteren Diskussionen und überraschenden Wendungen geprägt. Seit das Berliner Museumsprojekt zu einem Projekt der Bundesregierung gemacht worden war, hatte es auch juristische Bedenken gegen das „Geschenk“ des Museums durch den Bund gegeben – schließlich fällt die Kulturhoheit den Bundesländern zu. Als die Museumsvorbereitungen konkreter wurden, war im Deutschen Verwaltungsblatt Genaueres über einen möglichen Verstoß des Bundes gegen die Kulturhoheit Berlins zu lesen und auch ein Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Berliner Abgeordnetenhauses konnte noch im Sommer 1987 keine juristische Grundlage für die Museumsgründung

⁴³⁴ Ebd., S. A 30.

⁴³⁵ So die Bezeichnung in §1 des Gesellschaftsvertrags, abgedruckt in: Stölzl, a.a.o., S. 642-644. Nach Auskunft des Museums gegenüber dem Autor war das Alternativmodell einer Stiftung des Bundes nicht gangbar, da dem Bund die Errichtung solcher Stiftungen in Berlin seit dem Grundlagenvertrag verwehrt war. Eine ähnliche Konstruktion wurde seinerzeit bei der Berliner Festspiele GmbH gewählt.

ausmachen.⁴³⁶ Um den Gegnern des Museums nicht am Ende noch auf juristischem Wege zu unterliegen, musste vor der Gründung des Museums also eine rechtlich tragfähige Lösung und ein Einverständnis mit den Ländern erzielt werden. Die Kultusministerkonferenz (KMK), die auf Amtsebene sogar eine eigene Kommission für das Museum eingesetzt hatte, billigte erst Mitte September die Konzeption als geeignete Grundlage zum Aufbau des Museums, und nur wenige Tage vor dem Berliner Festakt am 28. Oktober 1987 - und der Enthüllung der eingangs erwähnten Bronzetafel - bestätigte auch die Ministerpräsidentenkonferenz dieses Ergebnis.⁴³⁷ In längeren Verhandlungen war es darum gegangen, auch den Ländern eine gewisse Mitbestimmung zuzubilligen, wie sie sich schließlich in der Konstruktion des Aufsichtsrates der Museum GmbH widerspiegelte. So erhielten die Gesellschafter Bund und Berlin jeweils sieben Sitze, wobei Berlin vier seiner Sitze über die KMK an andere Bundesländer abtrat.⁴³⁸ Zu einem späteren Zeitpunkt sollte diese Konstruktion in eine Stiftung überführt werden, wozu es bis heute allerdings nicht gekommen ist. Die juristische Argumentation, die schließlich das Handeln des Bundes rechtfertigen sollte, glich in bemerkenswerter Weise einer Lösung, die einige Zeit zuvor im Süden der Republik gewählt worden war. Anfang 1985 hatte es in München Streit um die Zuständigkeit für das Haus der Bayerischen Geschichte gegeben, wobei die SPD-Opposition dem Ministerpräsidenten Franz-Joseph Strauß vorgeworfen hatte, ein „Selbstbeweihräucherungsinstitut“⁴³⁹ zu planen. In Bayern schließlich wurde das Ausstellungshaus dem Regierungschef direkt unterstellt, unter Berufung auf Artikel 47,3 der bayerischen Verfassung, wonach der Ministerpräsident Bayern nach außen repräsentiert.⁴⁴⁰ Ähnlich rechtfertigte dann auch der Bund seine Zuständigkeit

⁴³⁶ Thomas Köstlin: Die Kulturpflege des Bundes. Das Beispiel des "Deutschen Historischen Museums" in Berlin, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 1.3.1986. Das entsprechende Rechtsgutachten wurde dem Abgeordnetenhaus am 7. Juli 1987 vorgelegt.

⁴³⁷ Vgl. Chronologie und Stellungnahme der Kultusministerkonferenz vom 18. September 1987 in der Senatsvorlage 11/39 vom 13.3.1989. Ebenfalls abgedruckt in Stölzl, a.a.O., S. 645. Die KMK ließ es sich in ihrer Stellungnahme allerdings nicht nehmen, nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen „daß Museumsangelegenheiten grundsätzlich Ländersache sind.“

⁴³⁸ Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland.

⁴³⁹ Peter Schmalz: Ein Museum erhitzt die Gemüter, Die Welt, 18.3.1985.

⁴⁴⁰ Dazu auch: Albrecht Roeseler: Das Ministerpräsidenten-Museum. Zum Entwurf für ein Haus der Bayerischen Geschichte in München, Süddeutsche

für ein nationales Geschichtsmuseum: „Die Kompetenz [...] leitet der Bund aus der Zuständigkeit für die gesamtstaatliche Repräsentation ab, ergänzt durch die Zuständigkeit für die Minderung der Folgen, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben. Der Bund scheint eher als die Länder in ihrer Gesamtheit dazu berufen zu sein, sich der Darstellung der Zusammenhänge der Reichsgeschichte und der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auch in ihren internationalen Bezügen und im Hinblick auf die DDR zu widmen.“⁴⁴¹ Im Übrigen sei die Mitgestaltung der Länder ja im Aufsichtsrat der GmbH gegeben und zudem unterhielten einige Bundesressorts ja problemlos „Ressortmuseen“⁴⁴², wie etwa das Bundespostmuseum in Frankfurt. Aber welches Bundesministerium war dann für Geschichte zuständig?

Diese wackelige Konstruktion trug nur so lange, wie Einvernehmen zwischen dem Bund und dem Land Berlin bestand. Als in Berlin zwei Jahre nach Gründung des Museums ein Senat aus SPD und Alternativer Liste (AL) die Mehrheit stellte, war dies nicht mehr der Fall. Inhalt, Standort und Architektur des Museums standen ab März 1989 plötzlich wieder zur Diskussion und schon war die Rede von einer „erstklassigen Vereinbarung über eine drittklassige Beerdigung“⁴⁴³ des Museums. Die neue SPD Kultursenatorin Anke Martiny schlug vor, dass geschichtlich Interessierte sich ebenso gut nach Ost-Berlin begeben könnten, um dort das Museum für Deutsche Geschichte im Zeughaus zu besuchen. Und auch die kulturpolitische Sprecherin der AL, Sabine Weißler, die schon 1985 die Diskussionsveranstaltungen der Grünen im Reichstag mit organisiert hatte, sprach sich - wie ihre gesamte Fraktion - klar gegen das „Kohl-Museum“⁴⁴⁴ aus. Manche feierten bereits das mögliche Scheitern der „GAA“⁴⁴⁵ (Geschichtsauf-

Zeitung, 23.2.1985. Strauß' Staatssekretär Edmund Stoiber hatte außerdem verfügt, dass Leihanfragen des Hauses der Bayerischen Geschichte an Bayerische Museen allen anderen Anforderungen vorgehen und der Museumschef „nach den Weisungen des Ministerpräsidenten“ arbeiten würde.

⁴⁴¹ So der für die Museumsprojekte im Bundesinnenministerium zuständige Beamte, Sieghardt von Köckritz: Der Bund und die Museen, in: Achim Preiß (Hrsg): Das Museum. Die Entwicklung in den 80er Jahren, Festschrift für Hugo Borger, München 1990, S. 39-52, hier S. 49.

⁴⁴² Ebd.

⁴⁴³ Birgit Löff: Kohl hat sein Museum in Berlin noch nicht, Frankfurter Rundschau, 28.3.1989.

⁴⁴⁴ Ebd.

⁴⁴⁵ Benedikt Erenz: Die Berliner GAA, Die Zeit, 5.5.1989. In der gleichen Ausgabe Artikel von Manfred Sack und Mathias Greffrath zu diesem Thema.

arbeitungsanlage), obwohl gerade im Vorjahr erst ein Architektenwettbewerb zugunsten eines Entwurfs von Aldo Rossi entschieden worden war.⁴⁴⁶ Im Frühsommer kam wieder eine Podiumsdiskussion zustande und der Berliner Bausenator Nagel, der das Baugenehmigungsverfahren für den Rossi-Bau stoppte, schlug vor, einen neuen Architektenwettbewerb auszuschreiben sowie einen anderen Standort für das Museum zu suchen.⁴⁴⁷ Als der Bund allerdings auf der Einhaltung des bestehenden Vertrages bestand, und auch die Berliner Regierungsparteien sich uneinig waren, vereinbarten SPD und AL, vor einer endgültigen Entscheidung zuerst drei weitere Expertenbefragungen zu veranstalten.⁴⁴⁸ Doch als Ende November 1989 dann das letzte der erneuten Hearings zum Museum abgeschlossen war, hatte sich plötzlich eine völlig neue Situation ergeben: Die Mauer war gefallen.⁴⁴⁹ In Erwartung der Veränderungen, die jetzt anstanden, ruhte die Auseinandersetzung um den Museumsstandort, bis die TAZ kurz vor der politischen Wiedervereinigung titelte: „Ost-Berlins Ulbricht-Tempel wird Kohl-Museum.“⁴⁵⁰ Zwar hatte es von Seiten des Ost-Berliner Geschichtsmuseums den Versuch gegeben, vor der Wiedervereinigung noch einen radikalen Schnitt mit der eigenen ideologischen Vergangenheit zu vollziehen - mit dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken wurde etwa die Ausstellung „Altarbild heute“ veranstaltet -, doch im Sommer 1990 zeichnete sich - Ironie der Geschichte - die Übernahme und Abwicklung des Museums für Deutsche Geschichte im Zeughaus durch das Deutsche Historische Museum (DHM) ab. Per Volkskammerbeschluss wurde es geschlossen und an das Deutsche Historische Museum übergeben, womit das junge und noch im Aufbau befindliche Museum unerwartet in den Besitz eines Gebäudes und

⁴⁴⁶ Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Deutsches Historisches Museum. Architektenwettbewerb, Bonn 1988.

⁴⁴⁷ H.-R. Karutz: Rot-Grün stellt Kanzler-Geschenk in Frage, Die Welt, 17.5.1989. Dirk Hoeren: Wird Historisches Museum für Berlin zum Millionengrab? Berliner Morgenpost, 18.5.1989. Alles wieder umstritten, Podiumsdiskussion zum Deutschen Historischen Museum, Der Tagesspiegel, 23.5.1989.

⁴⁴⁸ Breite Zustimmung bei Anhörung zum Deutschen Historischen Museum, Auftakt der neuen Expertenbefragungen des Senats, Der Tagesspiegel, 9.9.1989.

⁴⁴⁹ Mathias Schreiber: Was nun? Mauer und Museum, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.1989.

⁴⁵⁰ Gabriele Riedele: Ost-Berlins Ulbricht-Tempel wird Kohl-Museum, Die Tageszeitung, 20.9.1990.

vor allem einer riesigen Sammlung gekommen war. Allein diese Vorgänge bieten den Stoff für eine eigene Untersuchung.⁴⁵¹

Als 1991 die kurze Phase des rot-grünen Senats mit der Wiederwahl Eberhard Diepgens beendet wurde, bestand theoretisch noch einmal die Chance, den Neubau des Historischen Museums im Spreebogen anzugehen. Doch mittlerweile zeichnete sich die Möglichkeit des Regierungsumzuges von Bonn nach Berlin ab, und der „zentrale Bereich“ sollte nun für die Planungen eines Regierungsviertels offen bleiben. Ein Jahr später fiel die endgültige Entscheidung, die Baupläne für das Museum im Spreebogen zu den Akten zu geben und das DHM im Zeughaus Unter den Linden unterzubringen. Dort wurde im Dezember 1994 schließlich als „erste große Selbstdarstellung“⁴⁵² eine Art vorläufige Dauerausstellung eröffnet, auf kleinem Raum und als Zwischenlösung bis zum Umbau des Zeughauses gedacht. Auf nur 2.500 Quadratmetern gab es eine erste Version der musealen Darstellung der deutschen Geschichte zwischen 500 und 1990 zu sehen. Aus Anlass der Eröffnung erinnerten sich manche noch einmal an die vergangene Auseinandersetzung, die seit der Wiedervereinigung doch deutlich an Temperament verloren hatte. Die Bewertungen fielen nun, wo übrigens auch frühere Kritiker des Museums in dessen Beirat eingezogen waren, milder aus. Dass etwa die allererste Ausstellung („Finderglück“) des DHM 1988 bezeichnenderweise im Bonner Kanzleramt stattgefunden hatte, war wie vieles andere auch in Vergessenheit geraten. In der WELT war zu lesen, dass nun auch alte Kritiker begeistert seien, wo „von der Ritterrüstung bis zum Trabi“⁴⁵³ nun in „Dominanz purer Substanz“⁴⁵⁴ alles beieinander sei. Im Spiegel hieß es, das DHM habe „mit glänzenden Einzelausstellungen [...] die Ideologiekritiker zum Verstummen gebracht.“⁴⁵⁵ Das ehemals kritisch berichtende Hamburger Magazin konstatierte: „Statt nationaler Nabelschau gibt es ein gesamteuropäisches Panoptikum.“⁴⁵⁶ Nur zwei Zei-

⁴⁵¹ Glen Penny beschäftigte sich schon 1995 im Schlussteil seines Aufsatzes mit dem Problem einer Beschlagnahme dieses Ortes durch neue Ideologien, die die alten überdecken sollten, vgl. ders.: *The Museum für Deutsche Geschichte and German National Identity*, a.a.O.

⁴⁵² Stephan Speicher: Dämonen vom Dachboden, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.12.1994.

⁴⁵³ Berthold Seewald: Vertrauen auf die Erzählkraft des Objekts, *Die Welt*, 16.12.1994.

⁴⁵⁴ Ebd.

⁴⁵⁵ Restlos abgeräumt, *Der Spiegel*, Nr. 50, 1994.

⁴⁵⁶ Ebd.

tungen war die Eröffnung überhaupt noch eine ausführliche Rezension wert. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bemerkte Stephan Speicher, die Konzentration der Ausstellung auf die Objekte setze zu viel Vorwissen voraus: „Der Kenner trollt sich mit Vergnügen durch die Ausstellung. Doch was machen die historisch Unbelehrten? [...] Wenn die museumsdidaktische Dauerberegnung der siebziger Jahre die erste Plage war, so ist die explikatorische Dürre die zweite.“⁴⁵⁷ Zur Darstellung des Nationalsozialismus im Panorama deutscher Geschichte war seine kritische Beobachtung: „Die schnurrenhaften Seiten, die Uniformseligkeit oder die Hunderte von Abzeichen des Winterhilfswerks machen in der Ausstellung mehr her als der Krieg oder die Ermordung der Juden.“⁴⁵⁸ Christian Semler fand in der TAZ dazu deutlichere Worte: „Geradezu ärgerniserregend konzeptionslos bietet sich, trotz hervorragender Exponate, die Nazi-Zeit dar. Den Holocaust irgend vor Augen zu führen wurde gar nicht erst versucht.“⁴⁵⁹ Doch „wer befürchtet hatte, im Zeughaus einen erneuten Anlauf zur historischen Identitätsbildung vorzufinden, eine Wiederholung jener Deutungen, nach denen die deutsche Geschichte, einer Art Entelechie folgend, der Nationalstaatsgründung zustrebte, konnte aufatmen.“⁴⁶⁰ Enttäuschend seien hingegen die Ausstellungsräume zum Zeitraum nach 1918, weil sie hastig bestückt und schlecht beleuchtet seien und schließlich „in das Sammelsurium von Konsum-Ikonen und Wahlplakaten für die Zeit der ‚alten Bundesrepublik‘“⁴⁶¹ mündeten. Was zur DDR besichtigt werden könne, sei „meistenteils umgedrehte Agitation“.⁴⁶² Das Fazit in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung fiel etwas positiver aus: Es mache Spaß, durch das Deutsche Historische Museum zu schlendern, denn „wie auf dem Dachboden einer alten Familie findet sich vieles; vieles was begeistert. Man stöbert herum, freut sich das alte Schaukelpferd zu finden und die Dampfmaschine. Eine vollständige Geschichte der Familie aber erwartet man nicht.“⁴⁶³

⁴⁵⁷ Stephan Speicher: Dämonen vom Dachboden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.1994.

⁴⁵⁸ Ebd.

⁴⁵⁹ Christian Semler: Deutschland, Deutschland unter anderem, Die Tageszeitung, 19.12.1994.

⁴⁶⁰ Ebd.

⁴⁶¹ Ebd.

⁴⁶² Ebd.

⁴⁶³ Stephan Speicher: Dämonen vom Dachboden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.1994.

5. Resümee: Ein Geschichtsmuseum, das Geschichte macht

Die Reaktionen auf die erste vorläufige Dauerausstellung 1994 fielen gemischt aus, waren aber frei von grundsätzlicher Empörung oder überschwänglicher Begeisterung. Die großen Befürchtungen schienen ebenso wenig bestätigt worden zu sein wie die großen Hoffnungen. Das Museum war weder Identifikationsfabrik noch Laboratorium geworden. Auch das Kürzel DKM – für „Deutsches Kohl-Museum“⁴⁶⁴ – hat sich gegen DHM – für „Deutsches Historisches Museum“ – langfristig nicht durchsetzen können. Nicht gänzlich anders wird daher wohl auch die „vorläufig endgültige“ Dauerausstellung aufgenommen werden, wenn sie in Kürze (2005) ihre Tore öffnet. Schon zur Eröffnung des Anbaus für Wechselausstellungen war im Frühjahr 2003 im Tagesspiegel zu lesen: „Hier steht eine als Geschichtsmuseum einzigartige Institution des Landes nicht mehr wirklich im Rampenlicht.“⁴⁶⁵ Nach dem Konjunkturhoch für historische Museen und Ausstellungen in den 70er und 80er Jahren ergibt sich in der jüngsten Vergangenheit der Eindruck, dass die Deutschen mit ihrer Gegenwart deutlich mehr beschäftigt sind als mit ihrer Vergangenheit. Ein regelmäßiger Besucherstrom scheint angesichts der Lage des Museums am „Trampelpfad“ aller Berlin-Besucher aber in jedem Fall gesichert. Von dem Programm des Museums, wie es 1987 verabschiedet wurde, wird freilich wenig in der Realität wieder zu finden sein. Schon das Gebäude des Zeughauses, das nur die Hälfte der Fläche bereithält, die für eine Dauerausstellung ursprünglich vorgesehen war – für die Wechselausstellungen blieb sogar noch weniger von der geplanten Fläche – zwang zu Kompromissen. So werden die in der Sachverständigenkommission seinerzeit so hart erkämpften Ergänzungen der chronologischen Struktur, aus denen die Dreigliederung der Gestaltung resultierte, nun teils wieder wegfallen. Ausgerechnet die Themenräume, deren Ergänzung eine der wenigen Überarbeitungen der Konzeption darstellte, werden in PC-Stationen verschwinden. Auch

⁴⁶⁴ So die von der Abgeordnete Enkemann der Alternativen Liste in einer Aktuellen Stunde des Berliner Abgeordnetenhauses zum Thema „Deutsches Historisches Museum“ vorgeschlagene Bezeichnung desselben. Plenarprotokoll Berliner Abgeordnetenhaus, 61. Sitzung vom 29. Oktober 1987, Drucksache 10/61, S. 3587.

⁴⁶⁵ Peter von Becker: Kampfplatz oder Schauplatz, Der Tagesspiegel, 22.5.2003

die Themenliste, die dem Gutachten der Historiker einst angefügt war, wird sich kaum auch nur in Ansätzen in der Dauerausstellung niederschlagen. Als der Gründungsdirektor Christoph Stölzl 1998 sein Amt abgab, wagte er zu offenbaren, was jeder Leser der Konzeption sich vorher schon hatte denken können: Das Curriculum der Historiker war größtenteils Schmuck und Beiwerk geblieben oder, wie es der scheidende Museumsfachmann formulierte: „Lebensnotwendig davon für die Sammlungs- und Ausstellungspraxis sind [...] ein paar Zeilen.“⁴⁶⁶ Was im Gegensatz zur Konzeption langfristig wirksam bleibt, ist die Grundsatzentscheidung der verantwortlichen Politiker, auf deren Basis die Kommission dieses Gutachten erarbeitete, nämlich die Entscheidung gegen eine völlige Konzentration auf Wechselausstellungen. Diese Entscheidung bedeutete den Verzicht auf das Arrangement stets neuer Themen, die von verschiedenen Kuratoren und Intendanten verantwortet würden. Die Entscheidung gegen dieses Experiment, das in der Berliner Kulturszene, nicht aber in der Bundesregierung und unter den beteiligten Historikern mehrheitsfähig war, ist auch aus der Zeitstimmung der frühen 80er Jahre zu erklären. Die von der Generation der 68er ebenfalls im Museumsbereich verbreitete Aufbruchstimmung war jenen, die nun entscheiden konnten, offensichtlich suspekt. Zwar hat sich das DHM mit großen Wechselausstellungen, auch außerhalb Berlins, etwa „1848 – Aufbruch zur Freiheit“ oder „1648 – Krieg und Frieden in Europa“ (beide 1998/99) Aufmerksamkeit und Beachtung erworben.⁴⁶⁷ Aber die Inszenierungen kontroverser Ausstellungen zu historischen Themen, die die öffentliche Diskussion wirklich anzuregen vermögen – wie es sich viele Befürworter eines Forums für Geschichte und Gegenwart seinerzeit gewünscht haben –, diese Ausstellungen scheinen anderswo stattzufinden. Die Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht (1995-2004) etwa oder die schon vor ihrer Eröffnung heftig umstrittene Ausstellung zur Geschichte der RAF (2004/05) wurden und werden von anderen und insbesondere nicht öffentlich finanzierten Trägern veranstaltet, wie in diesen Fällen etwa dem Hamburger Institut für Sozialforschung oder

⁴⁶⁶ Christoph Stölzl: Kann man Geschichte ausstellen? in: Dieter Saubert, Bernd Wagner, Thomas Rübke (Hrsg.): Kultur als intellektuelle Praxis, Hermann Glaser zum 70. Geburtstag, Essen 1998, S. 329-335, hier S. 331.

⁴⁶⁷ Verzeichnis der Wechselausstellungen 1988-2006 in: Deutsches Historisches Museum (Hrsg.): Deutsches Historisches Museum. Kontinuität im Wandel, Berlin o. J., S. 13-19.

den Berliner Kunstwerken. Aktionen, wie die 1994 vorsichtshalber erfolgte Absage der Ausstellung „Hoffmann & Hitler“⁴⁶⁸ oder die 2003 vorläufig erfolgte Absage der Ausstellung „Mythen der Nationen“⁴⁶⁹ bestärken die Vermutung, dass es hierzulande offenbar für private Träger leichter ist, kontroverse Inhalte und strittige Themen in Ausstellungen zu vermitteln. Die Interventionsversuche von Politikern im Falle der RAF-Ausstellung, die zum Verzicht der Ausstellungsmacher auf öffentliche Mittel führten, stützen diese Vermutung. Dass es sich bei den eben genannten Beispielen um Themen handelt, die einem Deutschen Historischen Museum eigentlich nicht hätten entgehen dürfen, sollte die Verantwortlichen mittelfristig zum Umdenken bewegen.

Die kurz nach der Gründung des Museums von seinem pragmatischen ersten Direktor formulierte Beobachtung, es sei nicht mehr als ein unglücklicher Zufall gewesen, dass Museumsdiskussion und „Historikerstreit“ zeitlich zusammengefallen seien, erkennt das damalige Problem.⁴⁷⁰ Insbesondere die Mitte der 80er Jahre verstärkt aufgekommene Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus und die damit verbundene gesellschaftliche wie wissenschaftliche Uneinigkeit darüber, ob und wie die deutsche Katastrophe in ein Gesamtpanorama deutscher Geschichte einzufügen sei, gilt es hier zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund war die Auseinandersetzung um ein nationales Geschichtsmuseum nur die logische Konsequenz. Das Gutachten der Sachverständigenkommission ist auch und gerade deshalb ein interessantes Zeitdokument und der Vorschlag, es den Ausstellungstücken hinzuzufügen, daher nicht boshaft gemeint. Die Problematik für jene in der Kommission mehrheitlich vertretenen Historiker bestand seinerzeit darin, dass sie versuchten, eine unlösbare Aufgabe zu lösen: Sie wollten den Entwurf einer innovativen Museumskonzeption mit dem einer zustimmungsfähigen Version der deutschen Geschichte verbinden. Beides war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, was nicht nur das Scheitern einer Überarbeitung der Konzeption, sondern auch ihre letztendlich geringe Relevanz für den Aufbau des Museums verdeutlicht.

⁴⁶⁸ Einladung zum Mißverständnis, Süddeutsche Zeitung, 31.3.1994.

⁴⁶⁹ Vgl. Peter von Becker: Kampfplatz oder Schauplatz, Der Tagesspiegel, 22.5.2003.

⁴⁷⁰ Stölzl im Interview mit Albrecht Roeseler: Auch die Laokoon-Gruppe ist ausgewogen, Süddeutsche Zeitung, 23.5.1987.

Bei all den Anforderungen, die von Seiten der Politiker und auch der Historiker an das Museum gerichtet wurden, überraschte es schließlich kaum, dass die Fragen der Gestaltung und Vermittlung völlig in den Hintergrund traten und es den Verantwortlichen des Museums überlassen blieb, hier grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Als eine der wenigen späten Konzessionen an die Forderungen Waetzoldts kann die Einrichtung einer Multimediaabteilung im DHM gelten. Die Institution des Historischen Museums konnte in diesem Bedingungs-feld nicht weiterentwickelt werden, wie es viele gehofft und gefordert hatten, weil die Konzentration der Kommission ganz der politischen Lösung galt.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

Dokumentationen und Archivalien:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: zentrales Dokumentationssystem

Pressearchiv an der Freien Universität Berlin: Zeitungsausschnittsammlung

Periodika:

Aus Politik und Zeitgeschichte

Bayernkurier

Berliner Morgenpost

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Das Parlament

Der Spiegel

Der Tagesspiegel

Die Tageszeitung

Die Welt

Die Zeit

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurter Rundschau

Rheinischer Merkur

Süddeutsche Zeitung

Volksblatt Berlin

Internet:

Deutsches Historisches Museum: <http://www.dhm.de>

Dokumentenserver Deutscher Bundestag:

<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Euroclio - European History Museums: <http://www.euroclio.net>

Friedrich Ebert Stiftung, Pressemitteilungen der SPD 1958-1989:

<http://library.fes.de>

International Council of Museums (ICOM): <http://icom.museum>

Parlamentsinformationssystem der Bundesländer:

<http://www.parlamentsspiegel.de>

Topographie des Terrors: <http://www.topographie.de>

Gedruckte Quellen und Literatur:

- Arndt, Monika*: Die Ruhmeshalle im Berliner Zeughaus. Eine Selbstdarstellung Preußens nach der Reichsgründung, Berlin 1985.
- Assmann, Aleida* und Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999.
- Assmann, Jan*: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, 3. Aufl., München 2000.
- Beier de Haan, Rosemarie* und Marie-Luise von Plessen: Das Deutsche Historische Museum - Eine Staatsvitrine?, in: *Revue d'Allemagne* 24 (1992), S. 77-83.
- Bericht über die 35. Versammlung deutscher Historiker* in Berlin 3. - 7. Oktober 1984, Red. Peter Schumann, Stuttgart 1985.
- Bericht über die 36. Versammlung deutscher Historiker* in Trier 8.-12. Oktober 1986, Red. Peter Schumann, Stuttgart 1988.
- Berliner Senat* (Hrsg.): Preußen. Ausstellung und Preußenbild im Spiegel der Medien, 2 Bde., Berlin 1981.
- Boockmann, Hartmut*: Das Historische Museum in Frankfurt, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 31 (1980), S. 435-445.
- Ders.*: Die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ in Rastatt, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 28 (1977), S. 285-291.
- Ders.*: Geschichte im Museum. Zu den Problemen und Aufgaben eines deutschen historischen Museums, München 1987.
- Ders.*: Konzeption für ein deutsches historisches Museum, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 37 (1986), S. 294-310.
- Ders.*: Zwischen Lehrbuch und Panoptikum: Polemische Bemerkungen zu historischen Museen und Ausstellungen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 67-79.
- Börner, Karl Heinz*, Bernd Gottberg, Fritz Horst u.a.: Deutsche Geschichte von den Anfängen bis 1945. Zur ständigen Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 32 (1984), S. 47-53.
- Bott, Gerhard* (Hrsg.): Das Museum der Zukunft. 43 Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums, Köln 1970.
- Ders.*: Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg – ein nationales Museum?, in: Marie-Louise von Plessen (Hrsg.): *Die Nation und ihre Museen*, Frankfurt am Main u.a. 1992, S. 169-181.

Bundesarchiv Koblenz (Hrsg.): Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung, Koblenz 1984.

Bundesarchiv Koblenz (Hrsg.): Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Neueröffnung der ständigen Ausstellung am 26. Juni 1999 im Schloß zu Rastatt, Koblenz 1999.

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Deutsches Historisches Museum. Architektenwettbewerb, Bonn 1988.

Ders. (Hrsg.): Konzeption für ein „Deutsches Historisches Museum“, Sachverständigenkommission für die Konzeption des geplanten Deutschen Historischen Museums in Berlin, überreicht am 21. April 1986, Bonn, Mai 1986.

Ders. (Hrsg.): Konzeption für ein „Deutsches Historisches Museum“, überarbeitete Fassung. Sachverständigenkommission für die Konzeption des geplanten Deutschen Historischen Museums in Berlin, 18. Mai 1987, Bonn 1987.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Überlegungen und Vorschläge zur Errichtung eines „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn, Bonn 1984.

Camman, Alexander, Jens Hacke und Stephan Schlak (Hrsg.): Geschichtsgefühl, Berlin 2004.

Crane, Susan A.: Memory, Distortion, and History in the Museum, in: *History and Theory* 36 (1997), S. 44-63.

Denecke, Bernward und Rainer Kahsnitz (Hrsg.): Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg 1852-1977. Beiträge zu seiner Geschichte, München 1978.

Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.): Denkschrift Museen. Zur Lage der Museen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), Bonn 1974.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): 1871 – Fragen an die deutsche Geschichte. Historische Ausstellungen im Reichstagsgebäude in Berlin und in der Paulskirche in Frankfurt am Main aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Jahres der Reichsgründung 1871, o. Ort 1971.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Fragen an die deutsche Geschichte: Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart; historische Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin, Stuttgart 1974.

Deutsches Historisches Museum (Hrsg.): Deutsches Historisches Museum. Kontinuität im Wandel, Berlin o. J.

Die Grünen (Hrsg.): Wider die Entsorgung der deutschen Geschichte. Streitschrift gegen die geplanten historischen Museen in Berlin und Bonn, Bonn 1986.

Duve, Freimut (Hrsg.): Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zum Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Protokoll vom 9. Mai 1984, Bonn 1984.

Ebenfeld, Stefan: Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950-1955), Marburg 2001.

Ernst, Wolfgang: Das historische Museum. Über die Kunst, die U-nausstellbarkeit der Historie dennoch zu zeigen, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1991), S. 25-43.

Fichter, Tilman: Ein Museum für die Union? in: Die neue Gesellschaft 12 (1983), S. 1156-1158.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänger der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Gerhold-Knittel, Elke: Die Stauferausstellung in Stuttgart 1977, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 115 (1979), S. 163-168.

Geschichtswerkstatt Berlin (Hrsg.): Die Nation als Ausstellungsstück: Planungen, Kritik und Utopien zu den Museumsgründungen in Bonn und Berlin, (= Geschichtswerkstatt Nr. 11) Hamburg 1987.

Glaser, Hubert: „...ein Bayerisch historisches Museum im weitesten Sinne des Wortes ...“, in: Marie-Louise von Plessen (Hrsg.): Die Nation und ihre Museen, Frankfurt am Main u.a. 1992, S. 181-190.

Ders.: Ausstellungen und Forschung am Beispiel kulturhistorischer Präsentationen der letzten Jahre betrachtet, in: Helmut Flashar, Nikolaus Lobkowicz und Otto Pöggeler (Hrsg.): Geisteswissenschaft als Aufgabe. Kulturpolitische Perspektiven und Aspekte, Berlin 1978, S. 86-98.

Halbwachs, Maurice: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt 1985.

Ders.: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt 1985.

Held, Jutta: Bourgeoiser Bildungsbegriff und historische Aufklärung. Zur Diskussion um die Ausstellungspraxis des Historischen Museums in Frankfurt, in: Detlef Hoffmann, Almut Junker und Peter Schirmbeck (Hrsg.): Geschichte als öffentliches Ärgernis, oder: Ein Museum für die demokratische Gesellschaft. Das Historische Museum in Frankfurt a. M. und der Streit um seine Konzeption, Steinbach 1974, S. 274-280.

Herbst, Wolfgang (Hrsg.): Museologie. Theoretische Grundlagen und Methodik der Arbeit in Geschichtsmuseen, Berlin 1988.

Ders.: Geschichtsmuseum und sozialistische Gesellschaft, in: Museum für deutsche Geschichte (Hrsg.): Beiträge und Mitteilungen 1,

Protokoll des wissenschaftlichen Kolloquiums am 19./20. Januar 1972, Ost-Berlin 1972, S. 9-34.

Heuser, Beatrice: Museums, Identity and Warring Historians on History in Germany, in: *The Historical Journal* 33 (1990), S. 417-440.

Heydemann, Günther: Geschichtsbild und Geschichtspropaganda in der Ära Honecker. Die "Erbe-und-Tradition"-Konzeption der DDR, in: Ute Daniel und Wolfram Siemann (Hrsg.): *Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung (1789-1989)*, S. 161-171.

Hildebrand, Klaus (Hrsg.): *Wem gehört die Deutsche Geschichte? Deutschlands Weg vom Alten Europa in die Europäische Moderne*, Symposium West-Berlin 1986, Köln 1987.

Hoffmann, Detlef, Almut Junker und Peter Schirmbeck (Hrsg.): *Geschichte als öffentliches Ärgernis, oder: Ein Museum für die demokratische Gesellschaft. Das Historische Museum in Frankfurt a. M. und der Streit um seine Konzeption*, Steinbach 1974.

Ders.: Ein Demokratisches Museum: Reaktionen, in: Detlef Hoffmann, Almut Junker und Peter Schirmbeck (Hrsg.): *Geschichte als öffentliches Ärgernis, oder: Ein Museum für die demokratische Gesellschaft. Das Historische Museum in Frankfurt a. M. und der Streit um seine Konzeption*, Steinbach 1974, S. 219-258.

Hudson, Kenneth: *Museums of Influence*, Cambridge 1987.

Hug, Wolfgang: Die "Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte" in Rastatt. Modell für ein Deutsches Historisches Museum?, in: Uwe Uffelman (Hrsg.): *Didaktik der Geschichte. Aus der Arbeit der Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs*, Villingen-Schwenningen 1986, S. 317-328.

Klein, Hans-Joachim und Monika Bachmayer: *Museum und Öffentlichkeit: Fakten und Daten, Motive und Barrieren (=Berliner Schriften zur Museumskunde, Bd. 2)*, Berlin 1981.

Kocka, Jürgen: Die Deutsche Geschichte soll ins Museum, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), 59-66.

Köckritz, Sieghardt von: Der Bund und die Museen, in: Achim Preiß (Hrsg.): *Das Museum. Die Entwicklung in den 80er Jahren*, Festschrift für Hugo Borger, München 1990, S. 39-52.

Köhler, Henning: Geschichtspolitik, in: *Merkur* 41 (1987), S. 73-77.

Korff, Gottfried (Hrsg.): *Preußen. Versuch einer Bilanz. Ausstellungsführer*, Bd. 1, Reinbek bei Hamburg 1981.

Ders.: Forum statt Museum, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 244-251.

- Kriss-Rettenbeck, Lenz*: Das Problem großer historischer Ausstellungen, in: *Museumskunde* 45 (1980), S. 115-133.
- Kulturdezernat der Stadt Frankfurt* (Hrsg.): Historisches Museum in Frankfurt am Main. Eine Dokumentation zur Neueinrichtung des Historischen Museums, Frankfurt 1972.
- Lauffer, Otto*: Das Historische Museum. Sein Wesen und Wirken und sein Unterschied von den Kunst- und Kunstgewerbe-Museen, in: *Museumskunde* 3 (1907), S. 1-14, 78-99, 179-185 sowie 222-245.
- Lübbe, Hermann*: Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts, Graz und Wien 1983.
- Ders.*: Über den Grund unseres Interesses an historischen Gegenständen. Kulturelle und politische Funktionen der historischen Geisteswissenschaften, in: Helmut Flashar, Nikolaus Lobkowicz und Otto Pöggeler (Hrsg.): *Geisteswissenschaft als Aufgabe. Kulturpolitische Perspektiven und Aspekte*, Berlin 1978, S. 179-193.
- Maier, Charles S.*: Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen, Frankfurt/Main und New York 1992, orig. 1988: *The Unmasterable Past*.
- Moller, Sabine*: Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl. Die Neue Wache, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1998.
- Mommsen, Hans*: Zum Projekt eines „Deutschen Historischen Museums“ in Berlin, in: *Geschichtsdidaktik* 11 (1986), S. 310-328.
- Müller, Rainer A.* (Hrsg.): *Historische Ausstellungen 1960-1990. Eine Bibliographie der Kataloge*, bearb. von Stefan Schuch, Paderborn, München u.a. 1992.
- Museum für Deutsche Geschichte* (Hrsg.): *Berlin-Information. Museum für Deutsche Geschichte*, 3. neu erarbeitete Auflage, Berlin 1987.
- Museum für Deutsche Geschichte* (Hrsg.): *Deutsche Geschichte: 1789-1917*, Berlin 1979.
- Nolan, Mary*: The Historikerstreit and Social History, in: *New German Critique*, 44 (1988), S. 51-80.
- Norá, Pierre*: *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*, Berlin 1990.
- Penny, Glenn*: The Museum für Deutsche Geschichte and German National Identity, in: *Central European History* 28 (1995), S. 343-372.
- Pfundt, Karen*: Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte in der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 10.6.1994, S. 23-30.
- Plessen, Marie-Louise von* (Hrsg.): *Die Nation und ihre Museen*, Frankfurt am Main u.a. 1992.

Raphael, Lutz: Geschichtswissenschaften im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003.

Reichel, Peter: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München und Wien 1995.

Rohlfes, Joachim: Das Interesse an Preußen. Eine Nachlese zum „Preußenjahr“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 33 (1982), S. 523-549.

Roth, Florian: Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969-1990), Baden-Baden 1995.

Rose, Ulrich: Geschichte, zur Schau gestellt in Vitrinen: Die Diskussion um zwei Museen und ein Mahnmal, in: Gernot Erler, Rolf-Dieter Müller u.a. (Hrsg.): *Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte*, Freiburg 1987, S. 35-61.

Schäfer, Hermann: Alltagsgeschichte im geteilten Deutschland. Zur Konzeption und Darstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Bernd Faulenbach und Franz-Josef Jelich (Hrsg.): *Probleme der Musealisierung der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte. Dokumentation einer Tagung des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung und der Hans-Böckler-Stiftung*, Essen 1993, S. 47-55.

Ders.: Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Strukturgeschichtliche Darstellung im Museum, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 8.1.1988, S. 27-34.

Schlenke, Manfred: Von der Schwierigkeit, Preußen auszustellen. Rückschau auf die Preußenausstellung Berlin 1981, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 33 (1982), S. 550-567.

Schnabel, Thomas: Geschichte und Wende. Vom heutigen Gebrauch der Vergangenheit bei konservativen Historikern und Publizisten, in: Gernot Erler, Rolf-Dieter Müller u.a. (Hrsg.): *Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte*, Freiburg 1987, S. 9-34.

Schulze, Hagen: Preußen – Bilanz eines Versuchs, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 32 (1981), S. 649-662.

Senator für kulturelle Angelegenheiten, Berlin (Hrsg.): *Protokoll der Anhörung zum Forum für Geschichte und Gegenwart*, Tagung im Reichstagsgebäude am 18. November 1983, Berlin 1983.

Ders. (Hrsg.): *Protokoll der (zweiten) Anhörung zum Forum für Geschichte und Gegenwart*, Tagung im Reichstagsgebäude am 13. Januar 1984, Berlin 1984.

Spickernagel, Ellen und *Brigitte Walbe* (Hrsg.): Das Museum. Lernort contra Musentempel (=Sonderband der Zeitschrift Kritische Berichte), 2. Aufl., Gießen 1976.

Steen, Jürgen: Konzeptioneller Prozess und Besucheransprache am Beispiel des historischen Museums Frankfurt am Main, in: Bernd Faulenbach und Franz-Josef Jelich (Hrsg.): Besucherinteressen und Besucherverhalten in historischen Museen und Ausstellungen. Dokumentation einer Tagung, Recklinghausen 1991, S. 52-64.

Stölzl, Christoph (Hrsg.): Deutsches Historisches Museum. Ideen, Kontroversen, Perspektiven, Frankfurt am Main 1988.

Ders.: Kann man Geschichte ausstellen? in: Dieter Sauberzweig, Bernd Wagner, Thomas Röbbke (Hrsg.): Kultur als intellektuelle Praxis, Hermann Glaser zum 70. Geburtstag, Essen 1998, S. 329-335.

Stürmer, Michael: Ein Preußen für die DDR – umstrittenes Erbe, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 582-598.

Treinen, Heiner: Museum und Öffentlichkeit, in: Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.): Denkschrift Museen. Zur Lage der Museen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), Bonn 1974, S. 21-38.

Ders.: Strukturelle Konstanten in der Entwicklung des Museumswesens, in: Wolfgang Zacharias (Hrsg.): Zeitphänomen Musealisierung. Das Verschwinden der Gegenwart und die Konstruktion der Erinnerung, Essen 1990, S. 151-165.

Tuchel, Johannes und *Reinold Schattenfroh*: Zentrale des Terrors: Prinz-Albrecht-Str. 8, Das Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987.

Urry, John: How Societies Remember the Past, in: Macdonald, Sharon und Gordon Fyfe (Hrsg.): Theorizing Museums. Representing Identity and Diversity in a changing world, Oxford 1996, S. 45-65.

Volk, Peter: Das Bayerische Nationalmuseum in München – Konstanz und Wandel, in: Marie-Louise von Plessen (Hrsg.): Die Nation und ihre Museen, Frankfurt am Main u.a. 1992, S. 191-199.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München³ 2001.

Ders. (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004.

Wolbring, Barbara: Politisch motivierte Popularisierung im Fall des Germanischen Nationalmuseums, in: Carsten Kretschmann (Hrsg.): Wissenspopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel, Berlin 2003, S. 211-219.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

Ders.: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Phasen und Kontroversen, in: ders. und Petra Bock (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999, S. 55-81.

Ders.: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999.

Zacharias, Wolfgang (Hrsg.): Zeitphänomen Musealisierung. Das Verschwinden der Gegenwart und die Konstruktion der Erinnerung, Essen 1990.

Personenregister

- Aretin, Karl Otmar von 44f.
 Assmann, Aleida 14, 16-18
 Assmann, Jan 14f.
 Aufseß, Hans Freiherr von
 und zu 19, 22
 Baring, Arnulf 35
 Baumunk, Bodo 101
 Böhme, Hartmut 87
 Boockmann, Hartmut 36f.,
 41, 53, 57, 75f., 78f., 90,
 103f., 107
 Borsdorf, Ulrich 118
 Bott, Gerhard 103
 Bracker, Jörgen 84
 Brock, Bazon 84
 Broszat, Martin 94
 Bußmann, Walter 29
 Conze, Werner 35
 Cullen, Michael 79
 Diepgen, Eberhard 88-90, 129
 Dregger, Alfred 40
 Duve, Freimut 113
 Ellwein, Thomas 94
 Engert, Jürgen 33
 Erdmann, Karl-Dietrich 103
 Fischer, Wolfram 29
 Frevert, Ute 44
 Fuhrmann, Horst 103
 Gaethgens, Thomas 103
 Gall, Lothar 30, 32, 35, 76,
 92f., 103
 Genscher, Hans-Dietrich 29,
 32
 Grass, Günter 65f.
 Grebing, Helga 94
 Greffrath, Mathias 101f.
 Gropius, Martin 50
 Gross, Claus-Peter 30
 Habermas, Jürgen 114f., 118
 Halbwachs, Maurice 13f.
 Hassemer, Volker 62, 68-70,
 81, 83, 88
 Heinemann, Gustav 33-36
 Herbst, Wolfgang 28
 Heuser, Beatrice 9
 Hildebrand, Klaus 92
 Hillgruber, Andreas 29
 Hinz, Hans-Martin 12
 Hoffmann, Detlef 77
 Hoffmann-Axthelm, Dieter
 114
 Hofmann, Hilmar 40
 Hudson, Kenneth 28
 Hug, Wolfgang 37
 Huizinga, Johan 53
 Jäckel, Eberhard 35, 53, 57,
 90
 Jeismann, Karl-Ernst 117f.
 Kessemeier, Siegfried 84
 Kewenig, Wilhelm 53, 58, 62
 Knopp, Werner 49, 103f., 115
 Kocka, Jürgen 12, 72, 75f.,
 79, 82, 86, 94, 104, 107,
 111, 114-116, 118f.
 Kohl, Helmut 7, 62, 89, 91f.,
 96f., 99f., 103, 105, 127f.,
 131
 Korff, Gottfried 82f., 85, 114,
 122
 Kriss-Rettenbeck, Lenz 45
 Lauffer, Otto 21f., 44, 56
 Lepsius, Renate 95
 Löber, Ulrich 92f.
 Löwenthal, Richard 103,
 115
 Lübke, Hermann 47
 Lutz, Heinrich 103f.
 Maier, Charles 8f.
 Martiny, Anke 127
 Maximilian II. von Bayern 20
 Meier, Christian 120f.
 Möller, Horst 72, 79f., 92
 Mommsen, Hans 73, 80, 87,
 95, 96, 113f., 116f.
 Mommsen, Wolfgang 30
 Momper, Walter 98f.
 Nagel, Wolfgang 127
 Nipperdey, Thomas 30
 Nolan, Mary 9f.
 Nolte, Ernst 114
 Norá, Pierre 16
 Plessen, Marie-Louise von 84
 Posener, Julius 67
 Reagan, Ronald 96
 Renger, Annemarie 32
 Rohlfes, Joachim 49
 Rossi, Aldo 7, 127
 Rothers, Eberhard 103
 Rüger, Christoph 77
 Rürup, Reinhard 35, 114
 Sack, Manfred 99
 Scheffler, Wolfgang 64
 Schieder, Theodor 29f., 35-37
 Schirmbeck, Peter 83, 85
 Schlenke, Manfred 49
 Schneider, Oscar 103
 Schultz, Uwe 122
 Schulze, Hagen 53, 57, 71f.,
 74, 78, 86, 121
 Schwarz, Hans-Peter 103
 Sembach, Klaus-Jürgen 83
 Semler, Christian 130
 Siedler, Wolf Jobst 98, 103
 Speicher, Stephan 129
 Stobbe, Dietrich 48
 Stölzl, Christoph 12, 85f.,
 103f., 109, 115, 117, 122,
 132
 Straub, Eberhard 45
 Strauß, Franz-Joseph 126
 Ströbele, Christian 100
 Stürmer, Michael 52f., 57,
 73-76, 78f., 86, 88, 90,
 103f., 114f.
 Thränhardt, Dietrich 94
 Vierhaus, Rudolf 103, 121
 Waetzoldt, Stephan 30, 58-
 62, 69, 77f., 80f., 108, 134
 Wehler, Hans-Ulrich 104
 Weißler, Sabine 127
 Weizsäcker, Richard von 53,
 56, 88, 96f.
 Winters, Peter Jochen 51
 Wolfrum, Edgar 17f.
 Ziesecke, Christiane 100